



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543127_0004

Die Vertretung
der Publikumsaktionäre in der Hauptversammlung
in Frankreich und Belgien

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung der juristischen Doktorwürde der Rechts-
und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-
Universität zu Freiburg im Breisgau, vorgelegt von

Peter Werner
Rechtsanwalt
Heidelberg



Dekan : Prof. Dr. Horst Ehmke
Referent : Prof. Dr. Ernst von Caemmerer
Korreferent : Prof. Dr. Fritz Rittner

Tag der mündlichen Prüfung: 25.7.1966

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	S. 4
§ 1 <u>Problemstellung</u>	S. 5
<u>1. Kapitel: Gesetzliche Grundlagen</u>	S. 7
§ 2 <u>Das Stimmrecht der Aktionäre in Frankreich und Belgien</u>	S. 7
1. Aktien und andere Beteiligungen	S. 7
2. Beschränkungen der Stimmrechtsausübung	S. 9
a) Eigene Aktien und Interessenkollision	S. 9
b) Andere Beschränkungen der Stimmrechtsausübung	S. 11
§ 3 <u>Die Hauptversammlung in Frankreich und Belgien</u>	S. 13
1. Einberufung und Tagesordnung	S. 13
2. Quorum	S. 13
3. Zuständigkeit	S. 14
4. Tatsächliche Bedeutung	S. 16
<u>2. Kapitel: Recht und Praxis der Vertretung der Publikums-</u> <u>aktionäre in Frankreich</u>	S. 20
§ 4 <u>Das Recht der Vertretung</u>	S. 20
1. Grundlagen	S. 20
2. Die Blankovollmacht	S. 24
a) Inhalt	S. 24
b) Rechtliches Wesen	S. 26
c) Gültigkeit	S. 28
§ 5 <u>Die Beschaffung der Blankovollmachten</u>	S. 29
1. Die Banken als Helfer der Gesellschaften	S. 29
a) Die Schlüsselstellung der Banken	S. 29
b) Die Bankenorganisation	S. 30
c) Das Interesse der Banken an der Vertretung	S. 32
d) Möglichkeiten und Interessen Dritter	S. 33
e) Der Vertrag Bank-Gesellschaft	S. 34
2. Die technische Durchführung durch die Domizilbanken und Dritte	S. 38
a) Das Begleitschreiben an die Aktionäre	S. 38
b) Die Reaktion der Aktionäre	S. 40
c) Die Sperrung der Aktien	S. 41

d) Die Beteiligung dritter Banken	S. 42
e) Die Beteiligung der Börsenmakler	S. 43
f) Regeln für das Verhalten der Banken	S. 45
3. Ablieferung der Blankovollmachten und Abrechnung	S. 46
a) Ablieferung der Vollmachten	S. 46
b) Abrechnung	S. 47
c) Stempelsteuer	S. 48
§ 6 <u>Verteilung und Benutzung der Blankovollmachten</u>	S. 48
1. Verfügungsmacht über die Blankovollmachten	S. 48
2. Verteilung der Blankovollmachten	S. 50
3. Ausübung der Blankovollmachten	S. 50
§ 7 <u>Verstöße bei Beschaffung und Benutzung der Blankovollmachten</u>	S. 51
1. Einfluß auf die Gültigkeit der Hauptversammlung	S. 51
2. Zivilrechtliche Haftung	S. 53
3. Strafrechtliche Haftung	S. 53
§ 8 <u>Umstände und Gegenkräfte, die die Bedeutung des beschriebenen Vertretungssystems bestimmen</u>	S. 54
1. Die Anonymität der Aktionäre	S. 55
a) Feuille de présence	S. 55
b) Liste des actionnaires	S. 56
2. Das "groupement"	S. 57
3. Aktionärsvereine	S. 58
4. Stimmrechtsbindungsverträge	S. 59
§ 9 <u>Reformbestrebungen</u>	S. 61
1. Konventionelle Reformvorschläge	S. 62
2. Vorschläge zur organisierten Vertretung der Publikumsaktionäre	S. 65
a) Der Vorschlag von Vigreux	S. 65
b) Der Vorschlag von Mutignon	S. 66
c) Der Vorschlag von Tunc	S. 67
3. Offizielle Reformprojekte, insbesondere vote par correspondance	S. 67
§ 10 <u>Problematik und Auswirkungen des deutschen Bankenstimmrechts und der Vertretung durch Blankovollmachten</u>	S. 73
1. Erhöhung der Kapitalpräsenz	S. 74
2. Die Eignung von Banken und Verwaltungsrat als Vertreter der Publikumsaktionäre	S. 76

a) Problemstellung	S. 76
b) Konfliktfälle	S. 77
aa) Aus der Stellung als Organ der Gesellschaft entstehende Konflikte	S. 78
bb) Aus der Stellung als Geschäftspartner der Gesellschaft entstehende Konflikte	S. 80
c) Andere die Eignung bestimmende Umstände	S. 84
3. Wettbewerbsfragen und Konzentration	S. 85
a) Das Kartellproblem	S. 85
b) Unternehmenskonzentration	S. 86
4. Die Macht der Banken	S. 87
<u>3. Kapitel: Die Vertretung der Publikumsaktionäre in Belgien</u>	S. 91
§ 11 <u>Überblick</u>	S. 91
1. Das Recht der Vertretung	S. 91
2. Die Praxis der Vertretung der Publikumsaktionäre	S. 93
§ 12 <u>Ausnahmen</u>	S. 94
1. Banken	S. 94
2. Gesellschaften der Gruppe einer Bank	S. 95
3. Gesellschaften mit Namensaktionären	S. 96
§ 13 <u>Ursachen des Fehlens einer Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen</u>	S. 97
1. Die Organisation der Banken	S. 98
a) Die Verordnungen von 1934 und 1935	S. 98
b) Folgen der Aufgabenteilung	S. 99
2. Der Wunsch der Aktionäre nach Anonymität	S. 100
3. Die Macht der Holdings und Gruppen	S. 103
§ 14 <u>Reformbestrebungen</u>	S. 107
§ 15 <u>Schlußbemerkung</u>	S. 108
<u>4. Kapitel: Die Vertretung der deutschen Publikumsaktionäre in französischen und belgischen Gesellschaften</u>	S. 110
§ 16 <u>Frankreich</u>	S. 110
§ 17 <u>Belgien</u>	S. 112

Abkürzungen

AktG 37	Aktiengesetz vom 30. 1. 1937
AktG 65	Aktiengesetz vom 6. 9. 1965
B.	Belgien
Cc	Code civil
C. com.	Code de commerce
D.	Recueil Dalloz de doctrine, de jurisprudence et de législation
D. C.	Recueil Dalloz, recueil critique de jurisprudence et de législation
D. H.	Dalloz, recueil hebdomadaire de jurisprudence
Diss.	Dissertation
D. P.	Dalloz, recueil périodique et critique de jurisprudence, de législation et de doctrine
Enc. Dalloz	Encyclopédie Dalloz, Droit commercial III Sociétés (Paris 1958)
EP	Entwurf Plevén
fasc.	fascicule (=Abschnitt)
Fr.	Frankreich
Frédéricq	Frédéricq, Traité de droit commercial belge (Gent 1950)
Ges. von 1867	Loi du 24 juillet 1867 sur les sociétés (Frankreich)
Ges. von 1966	Loi du 24 juillet 1966 sur les sociétés commerciales
Großkomm. AktG	Gadow-Heinichen, Großkommentar zum Aktiengesetz, 2. Auflage (Berlin 1961/65)
Houpin-Bosvieux	Houpin et Bosvieux, Traité général théorique et pratique des sociétés civiles et commerciales et des associations, 7. Auflage
J. C. P.	Semaine juridique
J. O.	Journal Officiel
J. soc.	Journal des sociétés
Jur. cl. com.	Jurisclasseur commercial
Jur. cl. soc.	Jurisclasseur des sociétés
LC	Lois coordonnées sur les sociétés commerciales (Belgien)
Mon.	Moniteur Belge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RE	Regierungsentwurf
Resteau	Resteau, Traité des sociétés anonymes, 2. Auflage
Rev. int. dr. comp.	Revue internationale de droit comparé
Rev. trim. dr. com.	Revue trimestrielle de droit commercial
Ripert	Ripert et Roblot, Traité élémentaire de droit commercial, 5. Auflage (Paris 1963)
R. P. S.	Revue pratique des sociétés
van Ryn	van Ryn, Principes de droit commercial, (Brüssel 1954-1960)

§ 1 Problemstellung

In allen wirtschaftlich hochentwickelten Ländern der westlichen Hemisphäre liegt der überwiegende Teil des Wirtschaftspotentials in Händen von Unternehmen, die in der Form der Aktiengesellschaft betrieben werden. Dieser Gesellschaftstyp hat sich in einer Zeit, in der das Großunternehmen auf Grund wachsender Industrialisierung die charakteristische Betriebsform geworden ist, als für Wirtschaftsunternehmen jeder Art besonders geeignete Rechtsform erwiesen. Die Gründung einer Aktiengesellschaft ermöglicht es nämlich, durch Beteiligung einer großen Zahl meist anonymer, wirtschaftlich unerfahrener Kapitalanleger die Mittel zu beschaffen, die der Aufbau eines umfangreichen, mit kostspieligen Anlagen ausgestatteten Industriebetriebes verlangt. Ganz abgesehen von sozialpolitischen Erwägungen ist es deshalb von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, der Aktiengesellschaft eine Verfassung zu geben, die ihr Funktionieren garantiert.

Mögen auch die Funktionen der Hauptversammlung durch das Aktiengesetz von 1937, dessen Grundzüge durch das Aktiengesetz von 1965 beibehalten wurden, stark beschnitten worden sein, so hat sich doch auch in Deutschland nichts daran geändert, daß letztlich alle Macht von der Hauptversammlung ausgeht, daß die Aktiengesellschaft auf die Mitwirkung der Aktionäre angelegt ist; die Aktie verbrieft nicht nur Vermögensrechte, sondern auch Herrschaftsrechte. Hierin liegt die Ursache dafür, daß in Publikumsgesellschaften die Verfassungswirklichkeit nicht der Grundkonzeption des Gesetzgebers entsprechen kann. Der überwiegende Teil der Publikumsaktionäre setzt sich nämlich aus Aktionären ohne Unternehmerinteressen zusammen; diese können und wollen ihre Mitwirkungsrechte nicht ausüben, sondern haben fast ausschließlich ihre mit der Aktie verknüpften Vermögensinteressen im Auge. Anders als der mit seiner Regierung unzufriedene Staatsbürger, der auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal seines Landes verbunden ist, können sie sich ohne Umstände durch Veräußerung ihrer Aktien von der Gesellschaft trennen. Sie sind deshalb, anders als der Bürger in seinem Lande, nicht darauf angewiesen, ihre Interessen und Wünsche in dem konkreten Unternehmen durch Ausübung ihrer Herrschaftsrechte zu wahren.

Schon allein die Nichtausübung der Herrschaftsrechte durch die Publikumsaktionäre bedeutet eine empfindliche Störung der Konstruktion der Aktiengesellschaften, deren Kapital weit gestreut ist. In der um das Aktienrecht in Deutschland geführten Diskussion erscheint aber als das eigentliche in diesem Zusammenhang bestehende Problem, daß die Banken die durch das Desinteresse der Aktionäre freigewordene Macht über das sogenannte "Depotstimmrecht" usurpiert haben. Denn damit ist die vom Gesetzgeber gewollte Verknüpfung des Kapitalrisikos mit den zur Steuerung dieses Risikos bestimmten Herrschafts- und Verwaltungsrechten gelöst: Träger der Gefahr und Inhaber der Macht sind nicht mehr identisch. Ganz abgesehen davon, wie

dieser Umstand sich auf die Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaften und die Interessen der Aktionäre auswirkt, muß diese Entwicklung angesichts der eminenten wirtschaftlichen Bedeutung der Aktiengesellschaften ein gewisses Unbehagen hervorrufen, weil das vom Gesetzgeber konzipierte Gefüge der Aktiengesellschaft im Kern betroffen ist.

Sofern im Ausland die Aktiengesellschaften wie in Deutschland auf die Mitwirkung der Aktionäre angelegt sind und falls dort echte Publikumsgesellschaften in bedeutendem Umfang bestehen, müssen auch in diesen anderen Ländern ähnliche Phänomene auftauchen. Denn das Depotstimmrecht findet seine Voraussetzungen in einem Grundprinzip der Aktiengesellschaft, nämlich in der Beteiligung einer breiten Masse notwendigerweise weitgehend unternehmerisch desinteressierter Kapitalanleger. Damit ist aber weder gesagt, daß auch im Ausland die Banken die Macht der Publikumsaktionäre usurpieren müßten, noch ist sicher, daß die freigewordene Macht überhaupt von einem Dritten ausgeübt wird, sei es für eigene Zwecke oder im Sinne der Aktionäre. In jedem Falle kann aber für die Diskussion um das Depotstimmrecht die Kenntnis nutzbringend sein, in welcher Weise durch die Divergenz zwischen der Grundkonzeption des Gesetzgebers und der Rechtswirklichkeit die Gewichte innerhalb der Aktiengesellschaften im Ausland verschoben worden sind und wie der Gesetzgeber versucht hat, diese Kräfteverschiebung zu steuern. Mögen die in anderen Ländern gefundenen Wege auch nicht als besser und deshalb nachahmenswert erscheinen, so kann die Betrachtung anderer Lösungswege doch wenigstens den Blick für Vor- und Nachteile sowie die Bedeutung des in seiner Wirkung vielleicht überschätzten Depotstimmrechts öffnen. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist das Schicksal der im Stimmrecht liegenden Macht der französischen und belgischen Aktionäre, und damit der Verfassung der Aktiengesellschaften in diesen Ländern, darüber hinaus für den deutschen Juristen von Interesse, weil - sollte eine Rechtsvereinheitlichung schon nicht möglich sein - wenigstens vermieden werden muß, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen auf einem für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Gebiet weitere Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen der Länder der Gemeinschaft geschaffen werden.

1. Kapitel: Gesetzliche Grundlagen

Die Frage, an welche Formen der Beteiligung an einer Aktiengesellschaft das Stimmrecht geknüpft ist, welchen Umfang dieses Stimmrecht hat, wem es zusteht und unter welchen Bedingungen und Beschränkungen es ausgeübt werden kann, ist in Frankreich und Belgien vom Gesetzgeber zum Teil anders entschieden als in Deutschland. Folglich sind auch in gewissem Umfang für die Vertretung der Publikumsaktionäre andere Voraussetzungen gegeben, die deshalb in einem kurzen Abriß dargestellt werden müssen. Darüber hinaus muß auch die Zuständigkeit der Hauptversammlung skizziert werden, weil sich ohne eine Darstellung der den Aktionären zustehenden Herrschaftsrechte kein Bild von der Bedeutung einer Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen entwickeln läßt.

§ 2 Das Stimmrecht der Aktionäre in Frankreich und Belgien

1. Aktien und andere Beteiligungen

Verwirrend ist die Fülle der Bezeichnungen für Beteiligungen an einer Aktiengesellschaft im französischen und belgischen Recht: action, action industrielle, action de prime, action de travail, action de jouissance, action de dividende, part de fondateur, part bénéficiaire und andere mehr (1). Im Prinzip gilt dort aber dasselbe wie im deutschen Aktienrecht (2); es sind nämlich nur die Beteiligungen mit einem Stimmrecht ausgestattet, die einen Teil des Grundkapitals repräsentieren (3) und nicht nur die Verbriefung eines Gewinnanspruchs darstellen, der für irgendwelche der Gesellschaft geleistete Dienste eingeräumt worden ist. Diese an sich klare Unterscheidung ist allerdings terminologisch nicht immer sauber durchgeführt. Der Begriff "action" wird nämlich häufig auch für Rechte verwandt, die keinen Teil des Grundkapitals vertreten, also auch nicht mit einem Stimmrecht in der Hauptversammlung ausgestattet sind.

Eine Besonderheit des französischen und belgischen Rechts gegenüber dem deutschen Aktienrecht (4) bilden die "actions de jouissance". Hierunter versteht man Aktien, auf die die Nennbeträge zurückgezahlt worden sind und deren Inhaber deshalb eine geringere Dividendenberechtigung haben als die übrigen Aktionäre und bei einer Liquidation der Gesellschaft auch erst nach diesen berücksichtigt werden (5). Wird das Grundkapital im Zusammenhang

(1) Siehe Aufstellung in Enc. Dalloz, "action" Nr. 40 ff. und "part de fondateur, d'intérêt", Nr. 1 ff.

(2) § 12 Abs. 1 S. 1 AktG 65

(3) Fr.: "capital social souscrit"; Art. 174 Ges. von 1966;

B.: "capital exprimé"; Art. 74 Abs. 2 LC

(4) s. Schilling in Großkomm. AktG Anm. 9 zu § 174

(5) Fr.: Ripert, Nr. 1153 ff.; B.: Baugniet, La réglementation du droit de vote dans les sociétés anonymes (Brüssel 1935), Nr. 14, 15

mit der Rückzahlung nicht herabgesetzt, so vertreten die auf diese Weise entstandenen actions de jouissance weiterhin einen Teil des Grundkapitals, und ihre Inhaber bleiben deshalb – entsprechend der allgemeinen Regel – stimmberechtigt (6). Anders ist es allerdings, wenn die actions de jouissance durch eine – meist durch Verluste der Gesellschaft verursachte – Kapitalherabsetzung entstanden sind. Dann haben sie kein Stimmrecht, weil ihnen kein Teil des Grundkapitals mehr entspricht (7).

Eine Ausnahme von der im deutschen und französischen Recht uneingeschränkt geltenden Regel, daß nur Anteile am Grundkapital ein Stimmrecht gewähren können, normiert allerdings Art. 75 LC für das belgische Recht (8). Danach können die Statuten einer Gesellschaft bestimmen, daß neben den Aktionären die Inhaber von solchen Beteiligungen ("parts bénéficiaires"), die etwa den deutschen Genußrechten (9) entsprechen, stimmberechtigt sind. Diese Beteiligungen dürfen jedoch, gleichgültig wie groß ihr Gewinnanteil ist, je Urkunde nur mit einer Stimme ausgestattet sein, und die Gesamtheit aller Inhaber von parts bénéficiaires darf nur die Hälfte der Stimmen besitzen, die die Aktionäre zusammen haben (10).

Umgekehrt gibt es im belgischen und ebenso im französischen Aktienrecht keine echten, also einen Anteil des Grundkapitals repräsentierenden, Aktien ohne Stimmrecht wie die Vorzugsaktien im deutschen Aktienrecht (11).

- (6) Fr.: Ripert, Nr. 1153 ff.; Enc. Dalloz, "assemblées générales" Nr. 123; Jur. cl. soc., fasc. 136 Nr. 4; B.: Frédéricq, Bd. 4 Nr. 351 (S. 541), 482 (S. 684); van Ryn, Bd. 1, Nr. 550, 518; Resteau, Bd. 2, Nr. 274; Baugnet, La réglementation ..., Nr. 14, 15

Darstellung des Vorgangs an Hand einer auf ein Skelett reduzierten Bilanz:

1. vor Rückzahlung

Anlagen	120	Grundkapital	100
Flüssige Mittel	50	Gesetzliche Reserve	20
		Freie Reserve	50
	<u>170</u>		<u>170</u>

2. nach Rückzahlung des Nennwertes von 50 % der Aktien

Anlagen	120	Grundkapital	100
Flüssige Mittel	--	Gesetzl. Reserve	20
		Freie Reserve	--
	<u>120</u>		<u>120</u>

- (7) Fr.: Ripert, Nr. 1153 ff.; Enc. Dalloz, "assemblées générales" Nr. 122; a. A. nur Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 4; B.: van Ryn, Bd. 1, Nr. 518; Baugnet, La réglementation ..., Nr. 14, 15
 (8) vergl. Frédéricq, Bd. 5, Nr. 565 (S. 800) und Nr. 485 (S. 687)
 (9) s. hierzu Weipert – Schilling in Großkomm. AktG Anm. 11 zu § 174
 (10) Art. 75 Abs. 2 LC
 (11) §§ 139 ff. AktG 65

Übereinstimmend entfallen grundsätzlich in allen drei Ländern auf eine Aktie so viele Stimmen wie ihrem Anteil am Grundkapital entspricht (12). Das belgische Recht kennt ausser einer gewissen Verfälschung dieses Prinzips durch die oben erwähnte Zulassung stimmberechtigter parts bénéficiaires keine Durchbrechung der Proportionalität des Stimmrechts; es verbietet die Mehrstimmrechtsaktien (13). Hiervon abweichend, und anders als die deutsche Regelung, nach der Mehrstimmrechte ebenfalls grundsätzlich verboten sind und nur durch ministerielle Genehmigung zugelassen werden können (14), kann die Satzung einer Gesellschaft in Frankreich bestimmen, daß die Inhaber voll eingezahlter Namensaktien nach zweijähriger Zugehörigkeit zur Gesellschaft über ein im Verhältnis zu ihrer Beteiligung doppeltes Stimmrecht verfügen (15). Von der Möglichkeit der Gewährung dieser Treupremie haben viele Gesellschaften Gebrauch gemacht (16).

2. Beschränkungen der Stimmrechtsausübung

a) Ebenso wie der deutsche Gesetzgeber (17) verbietet auch der französische die Ausübung des Stimmrechts eigener Aktien der Gesellschaft (18). Zu demselben Ergebnis gelangt das belgische Recht durch eine andere juristische Konstruktion: Eine von der Gesellschaft erworbene eigene Aktie wird automatisch ungültig (19). Merkwürdigerweise findet sich aber weder im französischen noch im belgischen Aktienrecht eine Bestimmung, die die naheliegende Möglichkeit ausschließt, das Verbot der Ausübung des Stimmrechts eigener Aktien dadurch zu umgehen, daß ein abhängiges Unternehmen Aktien des herrschenden Unternehmens erwirbt und in dessen Hauptversammlung an der Abstimmung teilnimmt. Für sich allein, ohne das im deutschen Aktiengesetz enthaltene, fast ausschließliche, Verbot des Erwerbs von Aktien des herrschenden Unternehmens durch ein abhängiges Unternehmen (20) und ohne den Ausschluß des Stimmrechts des beherrschten Unternehmens (21), dürften die im französischen und belgischen Recht enthaltenen Kautelen kaum von nennenswerter Bedeutung sein. Denn das vom Gesetzgeber auch in Frankreich und Belgien verfolgte Ziel, die Verselbständigung einer Aktien-

(12) Fr.: Art. 174 Ges. von 1966; B.: Art. 74 Abs. 3 und 4 LC; Frédéricq, Bd. 5, Nr. 483 (S. 686) zu den in Belgien sehr verbreiteten nennwertlosen Aktien; D.: § 134 Abs. 1 S. 1 AktG 65

(13) Art. 74 Abs. 4 LC

(14) § 12 Abs. 2 AktG 65

(15) Art. 175 Ges. von 1966

(16) s. Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 213 bis 215; Joly, Dictionnaire du droit des sociétés anonymes et en commandite par actions (Paris, Stand 30. 9. 1962), Bd. 1, Serie A, "assemblées d'actionnaires", Nr. 66

(17) § 71 Abs. 6, § 136 Abs. 2 AktG 65

(18) Art. 164 Abs. 1 Ges. von 1966

(19) van Ryn, Bd. 1, Nr. 510

(20) § 71 Abs. 4 und 1 AktG 65

(21) § 136 Abs. 2 AktG 65

gesellschaft und ihrer Verwaltung durch Erwerb der Mehrheit der eigenen Aktien auszuschließen, läßt sich allzu leicht vereiteln.

In ähnlicher Weise weicht auch die deutsche Regelung der Stimmrechtsausübung im Fall der Kollision von Interessen eines Aktionärs mit denen der Gesellschaft wesentlich ab von dem in diesem Punkte viel liberaleren französischen und belgischen Recht. Zwar ist seit der Neufassung des Aktiengesetzes im Jahre 1937 in Deutschland das Stimmrecht eines Aktionärs nicht mehr ausgeschlossen, wenn die Beschlußfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäfts der Aktiengesellschaft mit ihm betrifft (22), während das neue französische Aktienrecht gerade in diesem Fall ein Verwaltungsratsmitglied von der Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung ausschließt (23). In Deutschland bleibt aber ein Aktionär, der durch die Beschlußfassung entlastet oder von einer Verpflichtung befreit werden soll, so wie wenn über die Geltendmachung eines Anspruchs gegen ihn beschlossen werden soll, von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen (24), während in Frankreich und Belgien eine Interessenkollision grundsätzlich einer Stimmrechtsausübung nicht im Wege steht (25). Da dies auch für den Verwaltungsrat gilt, kann dieser sich selbst Entlastung erteilen, wenn er eine genügend große Beteiligung an der Gesellschaft in Händen hält. Auch wenn über die Entlastung eines jeden Verwaltungsratsmitglieds getrennt abgestimmt wird, ist nicht einmal der Aktionär ausgeschlossen, um dessen Entlastung es gerade geht.

In Frankreich ist dieses Ergebnis durch eine ständige Rechtsprechung, die mit einer Entscheidung des Kassationshofs vom 26. Oktober 1896 (26) beginnt, gefestigt. Trotz scharfer Kritik von Thaller, der in einer Anmerkung zu diesem Urteil ausführte, es widerspreche dem "bon sens", daß ein Geschäftsführer - es handelte sich um eine Kommanditgesellschaft auf Aktien - auf der einen Seite Rechenschaft legt und dann selbst als Aktionär zu seinen Gunsten mit abstimmt, blieb der Kassationshof bei seiner Ansicht. Er bestätigte sie ausdrücklich auch für Verwaltungsratsmitglieder einer Aktiengesellschaft in einem Urteil vom 29. Juli 1925 (27). In Belgien scheint diese Frage - *de lege lata* - als noch weniger problematisch angesehen zu werden. Es gibt hierzu keine höchstrichterliche Rechtsprechung (28). In der Literatur begründet, soweit ersichtlich, überhaupt nur Frédéricq seine Ansicht:

(22) Schmidt in Großkomm. AktG, Anm. 37 zu § 114

(23) Art. 103 Abs. 4 Ges. von 1966

(24) § 136 Abs. 1 S. 1 AktG 65

(25) Fr.: Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 68, 69; B.: Répertoire pratique du droit belge, Bd. 12: "Sociétés" (Brüssel-Paris 1951), "sociétés anonymes", Nr. 1262; van Ryn, Bd. 1, Nr. 706; Frédéricq, Bd. 5, Nr. 482 (S. 684)

(26) D. 1898. I. 65, Anm. Thaller

(27) D. P. 1926. I. 17, Anm. Chéron (zustimmend)

(28) nur: Bruxelles, 20. I. 1905, R. P. S. 1907, Nr. 1790 (die Frage ist hier als obiter dictum behandelt)

das Stimmrecht sei ein absolutes Recht (29). Nach belgischem Recht ist es allerdings zulässig, für den Fall einer Interessenkollision das Stimmrecht des betreffenden Aktionärs durch die Satzung auszuschließen (30). Doch dürfte eine solche Klausel kaum jemals vorkommen, da meist Gründer und erste Verwaltungsratsmitglieder identisch sind. Eine entsprechende Klausel wäre in Frankreich bisher schon nicht zulässig gewesen, weil sie gegen Art. 4 Abs. 2 Ges. v. 13. 11. 1933 verstoßen hätte, durch den die Freiheit der Stimmrechtsausübung garantiert wurde (31). Obwohl diese Bestimmung durch Art. 505 Ges. v. 1966 ersatzlos gestrichen worden ist, dürfte sich, soweit es hier interessiert, die Rechtslage kaum geändert haben (31a).

Das französische Recht kennt allerdings - neben dem oben (31b) erwähnten Fall - eine Ausnahme von der Regel, daß eine Interessenkollision den betreffenden Aktionär nicht ausschließt. Nach Art. 82 Abs. 3 Ges. v. 1966 kann nämlich ein Aktionär bei dem Beschluß der Hauptversammlung, die über den Wert seiner bei der Gründung geleisteten Sacheinlage zu entscheiden hat, nicht mitstimmen. Diese - schon in Art. 4 Abs. 5 Ges. v. 1867 enthaltene - Bestimmung, ist aber nach herrschender Lehre nicht durch extensive Auslegung auf andere Fälle einer Interessenkollision anwendbar (32).

b) Das deutsche (33), belgische (34) und wohl auch das französische (35) Aktienrecht gehen übereinstimmend davon aus, daß ein Aktionär nur unter sehr engen, gesetzlich zugelassenen Voraussetzungen in der Ausübung seines Stimmrechts beschränkt oder von einer Abstimmung ausgeschlossen werden darf. Im einzelnen ergeben sich aber Abweichungen der gesetzlichen Regelungen.

Während nach deutschem (36) und belgischem (37) Recht jedem Aktionär die

(29) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 482 (S. 684)

(30) Répertoire pratique du droit belge, wie Anm. (25)

(31) Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 203; jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 70; a. A. Houpin - Bosvieux, Nr. 1179

(31a) s. u. S. 59

(31b) s. Anm. 23

(32) Lyon - Caen, S. 1925. 1. 241 (Anm. zu Cass. civ. 29. 7. 1925)

(33) Schmidt in Großkomm. AktG, Anm. 1 und 2 zu § 114

(34) Resteau, Bd. 2, Nr. 1168 ("suffrage universel")

(35) Eingeschränkt werden muß dies, weil das Ges. vom 13. 11. 1933, dessen Art. 4 Abs. 2 bisher die "liberté du droit de vote" garantierte, durch Art. 505 Ges. von 1966 aufgehoben worden ist.

(36) Schmidt in Großkomm. AktG, Anm. 44 zu § 114

(37) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 482 (S. 684); van Ryn, Bd. 1, Nr. 684

Teilnahme an der Hauptversammlung offen steht, kann in der Satzung einer französischen Aktiengesellschaft für die Zulassung eines Aktionärs zur ordentlichen Hauptversammlung eine Mindestaktienzahl verlangt werden (38). Von dieser Möglichkeit, einige Kleinaktionäre von der Hauptversammlung auszuschließen, machen viele Gesellschaften Gebrauch (39). Weiterhin lassen es das französische (40) wie das deutsche (41) Recht zu, die Zahl der Stimmen, die größere Aktionäre auf ordentlichen sowie außerordentlichen Hauptversammlungen ausüben dürfen, durch die Satzung zu beschränken oder abzustufen. In Belgien ist dagegen schon im Gesetz selbst eine empfindliche Beschränkung der Rechte, die ein einzelner Aktionär auf einer Hauptversammlung ausüben darf, verankert: Nach Art. 76 LC darf ein Aktionär nur ein Fünftel der Gesamtheit aller Stimmen ausüben, wobei er höchstens zwei Fünftel der anwesenden oder vertretenen Titel haben darf (42). Diese Regelung ist zwingendes Recht (43), aber, wie Frédéricq bemerkt (44), durch Strohmannen leicht zu umgehen. Eine Sonderregelung, der keine Bestimmungen im deutschen und belgischen Recht entsprechen, findet sich noch für die Gründerversammlung im französischen Aktiengesetz von 1966. Nach Art. 82 Abs. 1 dieses Gesetzes darf bei Abstimmungen in dieser Versammlung kein Aktionär mehr als zehn Stimmen haben.

Neben den bisher dargestellten, zur materiellen Verfassung der Aktiengesellschaft gehörenden Stimmrechtsbeschränkungen stellen die Satzungen aller größeren Gesellschaften der drei Länder aus technischen Gründen notwendige formelle Voraussetzungen für die Stimmrechtsausübung auf. So wird vor allem meist bestimmt, daß jeder Inhaberaktionär, der an einer Hauptversammlung teilnehmen will, seine Aktien einige Tage vorher bei einer der von der Gesellschaft bestimmten Banken deponieren, beziehungsweise sperren lassen muß. Die Gültigkeit dieser Satzungsklauseln ist in allen drei Rechtsordnungen entweder ausdrücklich zugelassen – so in Deutschland (45) – oder sonst fast unumstritten (46). Außerhalb der Satzung kann die

-
- (38) Art. 165 Abs. 1 Ges. von 1966 (s. dagegen für die außerordentliche Hauptversammlung Art. 166); es können höchstens 10 Aktien verlangt werden, was häufig nicht viel ist, da in Frankreich bisher nur ein sehr geringer Mindestnennwert vorgeschrieben war (Art. 24 Abs. 1 Art. 1 Abs. 1 Ges. von 1867). Diese Materie harret noch einer Neuregelung durch Verordnung (vgl. Art. 268 Ges. von 1966).
- (39) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 87; diese Aktionäre haben aber die Möglichkeit, sich durch "groupements" zusammenzuschließen s. u. S. 57
- (40) Art. 177 Ges. von 1966
- (41) § 134 Abs. 1 S. 2 AktG 65; Schmidt in Großkomm. AktG, Anm. 9 zu § 114
- (42) Zu den häufig äußerst komplizierten Berechnungen s. Frédéricq, Bd. 5 Nr. 486 (S. 691)
- (43) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 487 (S. 693)
- (44) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 486 (S. 690)
- (45) § 123 Abs. 2 AktG 65; Schmidt in Großkomm. AktG, Anm. 11 zu § 107
- (46) Fr.: Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 18; a. A. nur Dalsace in Anm. zu Cass. civ. 27. 10. 1959, D. 1960, 454; B.: Frédéricq, Bd. 5, Nr. 480 (S. 678)

Verwaltung der Gesellschaft jedoch nicht von sich aus weitere Zulassungsvoraussetzungen einführen (47).

§ 3 Die Hauptversammlung in Frankreich und Belgien

1. Die Einberufung der Hauptversammlung ist in Frankreich und Belgien durch Gesetz oder Gesellschaftssatzung weitgehend wie in Deutschland geregelt. Die Verwaltung (48), manchmal auch die Buchprüfer (49), berufen die Versammlung ein. Zum Schutz von Minderheiten ist daneben im französischen (50) und belgischen (51) Gesetz, entsprechend der deutschen Regelung (52), den Aktionären, die wenigstens ein Zehntel (Belgien: ein Fünftel) des Kapitals vertreten, das Recht gegeben, die Einberufung zu verlangen.

Auch hinsichtlich der Veröffentlichung der Einberufung hat bisher nur der belgische Gesetzgeber, wie der deutsche (53), genaue Bestimmungen getroffen. Die Einberufung muß in Belgien gemäß Art. 73 Abs. 3 LC innerhalb bestimmter Fristen im "Moniteur belge" und zwei anderen Zeitungen erscheinen. In Frankreich hat es dagegen der Gesetzgeber bisher den Gesellschaften überlassen, in der Satzung die Einberufungsfrist zu regeln und das Organ für die Veröffentlichung zu bestimmen (54). Nach Art. 159 Abs. 1 Ges. v. 1966 können neuerdings jedoch Form und Frist der Einberufung durch Verordnung geregelt werden.

Damit die Aktionäre sich auf die Hauptversammlung vorbereiten können und nicht durch überraschend gestellte Anträge überrumpelt werden können, müssen französische und belgische Aktiengesellschaften mit der Einberufung die Tagesordnung bekanntmachen. Über Punkte, die nicht in dieser Weise mitgeteilt sind, kann – von geringen Ausnahmen abgesehen – kein Beschluß gefaßt werden (55). Das entspricht weitgehend dem deutschen Recht (56).

2. Während die Beschlußfähigkeit einer Hauptversammlung in Deutschland nicht davon abhängt, welcher Teil des Grundkapitals anwesend oder ver-

(47) Fr.: Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 20; B.: Art. 74 Abs. 1, S. 1 LC; D.: arg. aus § 123 Abs. 2 AktG 65

(48) Fr.: Art. 158 Abs. 1 Ges. von 1966; B.: Art. 73 Abs. 2 LC

(49) Fr.: Art. 158 Abs. 2 Nr. 1 Ges. von 1966; B.: Art. 73 Abs. 2 LC

(50) Art. 158 Abs. 2 Nr. 2 Ges. von 1966

(51) Art. 73 Abs. 2 LC

(52) § 122 Abs. 1 S. 1 AktG 65: 5 % des Kapitals genügen; vgl. auch § 122 Abs. 3 AktG 65

(53) §§ 121 Abs. 3, 123 Abs. 1 AktG 65

(54) Moreau, La société anonyme, Nr. 263, 264

(55) Fr.: Art. 160 Abs. 3 Ges. von 1966; B.: Art. 73 Abs. 3 LC; van Ryn, Bd. 1, Nr. 697, 698; s. auch Art. 70 Abs. 3 LC, der § 124 Abs. 2 S. 2 AktG 65 entspricht.

(56) § 124 AktG 65

treten ist, verlangen das französische und belgische Aktienrecht, daß ein bestimmtes Quorum erreicht ist.

In Frankreich beträgt das Quorum für die ordentliche Hauptversammlung ein Viertel des Kapitals (57). Wird das Quorum nicht erreicht, so kann die neu einzuberufende Hauptversammlung gültig abgehalten werden, gleichgültig wie groß die Beteiligung ist (58). Die außerordentliche Hauptversammlung ist nur beschlußfähig, wenn bei erster Einberufung ein Quorum von der Hälfte und bei der zweiten ein Quorum von einem Viertel des Kapitals erreicht wird (59). Wird das Quorum der zweiten Einberufung nicht erreicht, so kann die Hauptversammlung zwar auf einen Zeitpunkt, der wenigstens zwei Monate nach dem Versammlungstage liegt, verschoben werden. Mit weniger als einem Viertel des Kapitals ist eine außerordentliche Hauptversammlung jedoch nie beschlußfähig.

In Belgien ist nur für die außerordentliche Hauptversammlung, und dort auch nur für die erste Einberufung, ein Quorum vorgeschrieben. Es beträgt die Hälfte des Kapitals (60). Soll der Gegenstand des Unternehmens geändert werden, so gilt Art. 70 b Abs. 3 und 4 LC.

3. Die Bedeutung der Hauptversammlung in der Verfassung der französischen und belgischen Aktiengesellschaft ist der Stellung vergleichbar, die in Deutschland die Generalversammlung vor dem Aktiengesetz von 1937 hatte. In Frankreich wie in Belgien ist die Hauptversammlung das höchste Organ der Gesellschaft (61), sie ist nach Thaller "l'âme même de la personne morale" (62). Daraus folgt zwar nicht, daß sie unbegrenzt selbst in das Leben der Gesellschaft eingreifen könnte. Denn es gilt das Prinzip der Gewaltenteilung, nach dem die Hauptversammlung nur eine begrenzte, durch Gesetz und Satzung bestimmte, eigene Zuständigkeit hat (63). Da

(57) Art. 155 Abs. 2 S. 1 Ges. von 1966; nach Ripert, Bd. 1, Nr. 1183 kann das Quorum durch die Statuten weder herauf- noch herabgesetzt werden; a. A. Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 115, 116, wonach die Satzung ein höheres Quorum bestimmen kann.

(58) Art. 155 Abs. 2 S. 2 Ges. von 1966

(59) Art. 153 Abs. 2 S. 1 Ges. von 1966; dieses Quorum kann durch Satzung weder herauf- noch herabgesetzt werden (Ripert, Bd. 2, Nr. 1199; Cass. civ. 2. 6. 47. D. 48. 373, zust. Anm. Percerou).

(60) Art. 70 Abs. 3, 4 LC; das Quorum kann durch Satzung beliebig abgeändert werden (Frédéricq, Bd. 5, Nr. 505 (S. 718); Resteau, Bd. 2, Nr. 1281).

(61) Fr.: Jur. cl. soc., fasc. 129, Nr. 7; B.: Frédéricq, Bd. 5, Nr. 472 (S. 666); Art. 70 LC

(62) D. P. 1893. I. 108

(63) Fr.: Jur. cl. soc., fasc. 129, Nr. 9-11; Cass. civ. 4. 6. 1946, J. C. P. 1947. II. Nr. 3518, Anm. Bastian; B.: van Ryn, Bd. 1, Nr. 711; Frédéricq, Bd. 5, Nr. 495

aber eine Hierarchie der Organe besteht, kann die Hauptversammlung dem Verwaltungsrat in dessen Zuständigkeitsbereich Weisungen erteilen (64).

Die außerordentliche Hauptversammlung ist in beiden Ländern zuständig für Satzungsänderungen (65), über die sie in Frankreich mit Zweidrittel-, in Belgien mit Dreiviertelmehrheit des anwesenden und vertretenen Kapitals beschließt (66). Dabei ist sie in Frankreich grundsätzlich an keine Grenzen gebunden, nur eventuell von der Zustimmung der Versammlung der Inhaber von "parts" und Obligationen abhängig (67). Sie darf jedoch ihre Macht nicht mißbrauchen (68) und Sonderrechte (droits individuels) der Aktionäre nicht antasten (69). Dieses Verbot des Machtmißbrauchs und der Verletzung erworbenner Rechte gilt auch in Belgien (70). Dort können außerdem die "éléments essentiels" der Gesellschaft, mit Ausnahme des Gegenstands des Unternehmens, nicht verändert werden (71). Für die Änderung des Gegenstands des Unternehmens und der Rechte einzelner Aktien- oder parts-Gruppen gelten in Belgien die Sondervorschriften der Art. 70 b und 71 LC. Bei diesen Beschlüssen sind immer die Inhaber von parts zu beteiligen.

Die wesentlichen Unterschiede zum Recht der deutschen Hauptversammlung liegen jedoch in der Zuständigkeit der ordentlichen jährlich zusammentretenden Hauptversammlung. Diese wählt in Frankreich und Belgien den Verwaltungsrat, bestellt also unmittelbar das Exekutivorgan der Gesellschaft (72). Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind "révocable ad nutum", können also von der Hauptversammlung jederzeit ohne Grund entlassen werden (73). Tatsächlich sind jedoch in Belgien diejenigen, die die Gesellschaft wirklich verwalten und vertreten, gewöhnlich nicht unmittelbar von der Hauptversammlung abhängig. Vor allem in größeren Gesellschaften liegt die Verwaltung nicht in den Händen des Verwaltungsrats, sondern wird von diesem auf die von ihm ernannte "Direktion" übertragen (74). Zulässig ist diese Übertragung nur für die alltägliche Geschäftsführung und Vertretung (75); tatsächlich wird sie

-
- (64) Fr.: Cass. civ. 14. 3. 1950, J. C. P. 1950. II. Nr. 5694, Anm. Bastian; hieran scheint sich auch durch das Gesetz von 1966 nichts geändert zu haben; B.: van Ryn, Bd. 1, Nr. 711
- (65) Fr.: Art. 153 Abs. 1 Ges. von 1966; B.: Art. 70, Abs. 2 LC
- (66) Fr.: Art. 153 Abs. 3 Ges. von 1966; B.: Art. 70 Abs. 5 LC
- (67) Art. 156 Abs. 2 Ges. von 1966
- (68) David, J. soc., 1929, 401 (420); Jur. cl. soc., fasc. 135, Nr. 11; Ripert, Bd. 1, Nr. 1498
- (69) Jur. cl. soc., fasc. 135, Nr. 11
- (70) van Ryn, Bd. 1, Nr. 713
- (71) Art. 70 Abs. 2 LC
- (72) Fr.: Art. 90 Abs. 1 S. 1 Ges. von 1966; B.: Art. 55 Abs. 2 LC
- (73) Fr.: Art. 90 Abs. 2 S. 2 Ges. von 1966; B.: Art. 55 Abs. 2, 3 LC
- (74) Die Satzung kann allerdings auch bestimmen, daß die Direktion von der Hauptversammlung ernannt wird (van Ryn, Bd. 1, Nr. 646; vgl. Art. 63 Abs. 1 LC).
- (75) Art. 63 LC

häufig für die ganze Verwaltung vorgenommen (76). Die wirklich leitenden Persönlichkeiten sind deshalb in Belgien anscheinend oft nicht stärker von der Hauptversammlung abhängig als der Vorstand nach deutschem Recht.

In Frankreich hat der Gesetzgeber dagegen im Jahre 1940 den unmittelbaren Einfluß der Hauptversammlung auf die Besetzung der Verwaltungsspitze dadurch sichergestellt, daß er den vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte gewählten Präsidenten gleichzeitig zum Generaldirektor ("président directeur général") bestimmt hat (77). Dies hat das Gesetz von 1966 übernommen (77a). Gleichzeitig hat es aber den Aktiengesellschaften – in ausdrücklicher Anlehnung an das deutsche Recht (77b) – eine Verfassungsform zur Wahl gestellt, bei deren Annahme die Hauptversammlung die Verwaltung nur noch mittelbar kontrolliert. Nach dieser Verfassung wählt sie nämlich nur noch einen Aufsichtsrat ("conseil de surveillance"), der seinerseits das Verwaltungsorgan, das "directoire", bestimmt (77c).

Zur Zuständigkeit der ordentlichen Hauptversammlung gehört schließlich – und gerade hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zum deutschen Recht (78) – sowohl in Frankreich wie in Belgien die Feststellung des Jahresabschlusses, über den die Versammlung ohne Bindung an die Vorschläge des Verwaltungsrats beschließt (79).

4. In Wirklichkeit spielt jedoch die Hauptversammlung auch im Leben der französischen und belgischen Aktiengesellschaft eine weit weniger bedeutende Rolle, als man angesichts des Weisungsrechts gegenüber dem Verwaltungsrat sowie der Zuständigkeit zur Ernennung des Verwaltungsrats und zur Feststellung des Jahresabschlusses annehmen könnte. Schon das Recht der Hauptversammlung, den Verwaltungsrat zu wählen, wird häufig dadurch geschmälert, daß der erste Verwaltungsrat einer Gesellschaft (in Frankreich) durch die Statuten (80) oder (in Belgien) durch die Gründungsurkunde (81), also nicht durch die Hauptversammlung bestimmt wird. Fällt später ein Mitglied des Verwaltungsrats weg, so macht der Verwaltungsrat oft von dem ihm gewöhnlich zustehenden Recht Gebrauch, den freigewordenen Platz

(76) del Marmol, La Revue Nouvelle 1956, 29(36)

(77) Art. 2 Abs. 1 Ges. vom 16. 11. 1940

(77a) Art. 113 Abs. 1 Ges. von 1966

(77b) Molle, Rapport sur le projet de loi, Sénat, première session ordinaire de 1965 – 1966, Nr. 81, Bd. 2, S. 147 ff

(77c) Art. 134 Abs. 1, 120 Abs. 1 Ges. von 1966

(78) s. § 172 AktG 65

(79) Fr.: Art. 157 Abs. 3 Ges. von 1966; Moreau, La société anonyme, Nr. 286 (S. 381); B.: Art. 79 Abs. 1 LC; Frédéricq, Bd. 5, Nr. 500

(80) Art. 88 Ges. von 1966; Perroud, La condition de l'actionnaire, in: Le droit privé français au milieu du XX^e siècle, études offertes à G. Ripert, Bd. 2 (Paris 1950), S. 319

(81) Art. 55 Abs. 2 LC

provisorisch zu besetzen. Das ist in beiden Ländern zulässig (82). Diese "cooptation" muß zwar später durch die Hauptversammlung genehmigt werden (83). Praktisch kommt eine Ablehnung des neuen Verwaltungsratsmitglieds aber kaum vor. Ebenso ist auch der tatsächliche Einfluß der Hauptversammlung auf die Feststellung des Jahresabschlusses gering. Die meisten Aktionäre sind nämlich zur Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nicht in der Lage, und außerdem beschränkt sich der Verwaltungsrat meist auf eine wenig detaillierte Information der Aktionäre (84). Folglich entscheidet, von Ausnahmen abgesehen, auch in Frankreich und Belgien die Hauptversammlung nicht über den Jahresabschluß.

Neben diesen Gründen für die, verglichen mit der gesetzlichen Zuständigkeit, geringe Macht der Hauptversammlung ist die auch in Deutschland hinreichend bekannte und immer wieder beklagte Indolenz der Aktionäre die wichtigste Ursache der Machtlosigkeit der Hauptversammlung, verstanden als Organ der Gesamtheit der Aktionäre. Die meisten Aktionäre kommen weder selbst, noch lassen sie sich durch einen selbstgewählten Repräsentanten vertreten. Nach einer Untersuchung des "Institut Dourdain" gehen in Frankreich 85 % aller Aktionäre nie zu einer Hauptversammlung, 10 % gehen manchmal, 5 % regelmäßig (85). Alle Versuche, die Teilnahme zu beleben, sind gescheitert. Auch mit einem früher häufig gezahlten Sitzungsgeld (jeton de présence) hat man nichts ändern können.

Für dieses Verhalten der Aktionäre werden unzählige Gründe genannt (86). Das Desinteresse an der Gesellschaft (87), der mit dem Besuch einer Hauptversammlung verbundene Aufwand an Zeit und Geld und das Gefühl der Machtlosigkeit des Einzelnen sind wohl die wichtigsten. Dazu kommt, daß die Einberufung oft die Inhaberaktionäre nicht erreicht (88). Zwar muß in Belgien

(82) Fr.: Art. 94 Abs. 1 Ges. von 1966; Ripert, Rev. int. dr. comp. 1957, 291; B.: Art. 55 Abs. 4 S. 1 LC

(83) Fr.: Art. 94 Abs. 4 Ges. von 1966; B.: Art. 55 Abs. 4 S. 2 LC

(84) Jauffret, Rev. int. dr. comp. 1957, 269(272)

(85) zitiert bei Heurteux, L'information des actionnaires et des épargnants en droit français et comparé (Paris 1961), Nr. 161

(86) Eine Zusammenstellung siehe bei Vigreux, Les droits des actionnaires dans les sociétés anonymes (Paris 1953), S. 26 ff

(87) Nach einer Untersuchung des "Institut Dourdain", zitiert bei Heurteux, L'information des actionnaires, Nr. 19, bevorzugen 55 % aller Inhaber von Wertpapieren Spekulationspapiere.

(88) Nach einer Feststellung von Guimont (Les remèdes proposés contre l'absentéisme des actionnaires aux assemblées générales (Diss. Paris 1932), S. 223), gab es in Paris und im Département Seine im Jahre 1932 allein 34 für die Veröffentlichung von gesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen zugelassene Zeitungen. In Belgien erscheint jede Einberufung im "Moniteur Belge", den sich aber ein Privatmann nicht hält.

nach Art. 73 LC jede Satzung ein für alle Mal den Tag (z. B. erster Montag im Mai) und die Stunde der ordentlichen Hauptversammlung bestimmen. Der Aktionär kennt jedoch gewöhnlich die Satzung nicht. Außerdem hält auch die Angst vor dem Finanzamt die Aktionäre von der Hauptversammlung fern (89). Denn die Aktionäre erscheinen auf der Anwesenheitsliste, in die der Fiskus Einsicht nehmen kann.

Hamel (90) meint, daß dies der Hauptgrund sei. Seit das Finanzamt Steuererklärungen an Hand der Anwesenheitslisten nachprüfe, wollten die Aktionäre nicht mehr auf diesen Listen erscheinen. Andere sehen im Verhalten der Aktionäre auch einen Ausdruck des Vertrauens in die Verwaltung der Gesellschaft (91) oder meinen, daß die Aktionäre sich durch die dem Verwaltungsrat angedrohten Strafen genügend geschützt fühlen (92). Dies sind durchweg dieselben Gründe, die auch in Deutschland als Erklärung für die Indolenz der Aktionäre dienen und die in ihrer Gesamtheit aus der Tatsache herühren, daß die Publikumsaktionäre entweder Spekulanten oder Sparer sind, jedenfalls mit ihrem Aktienbesitz keine Unternehmerinteressen verfolgen.

Wert und Bedeutung der Hauptversammlung werden folglich in Frankreich und Belgien übereinstimmend als sehr gering beurteilt. "Die Hauptversammlung kann ihre Macht nur ausüben, wenn ihre Beauftragten (93) es wollen und soweit sie es wollen" (94). "Der gesetzliche Mechanismus läuft leer" (95). "Die Hauptversammlung ist nur eine Illusion und unnütze Förmlichkeit" (96). Fast nie trifft sie wirklich selbst die Entscheidungen (97).

Eine wichtige Ursache, die jedenfalls in Frankreich wesentlich mit zu dem vernichtenden Urteil der Literatur über den Wert der Hauptversammlung beigetragen hat, ist bisher nicht genannt worden. Dies ist die Tatsache, daß die der Hauptversammlung fernbleibenden Aktionäre sich, wie in Deutschland, nicht darauf beschränken, ihre Macht selbst nicht auszuüben, sondern

(89) Fr.: Guimont, Remèdes contre l'absentéisme, S. 118 ff; Hamel, Banque 1951, 329; B.: Centre d'Etudes des Sociétés, Heft 5: Le projet de loi du 7 juin 1939 modifiant les lois sur les sociétés commerciales (Brüssel und Paris 1939), S. 16; s. auch unten S. 100 ff

(90) Hamel, Banque 1951, 329

(91) Guimont, Remèdes contre l'absentéisme, S. 118 ff.

(92) Ripert, Aspects juridiques du capitalisme moderne, 2. Aufl. (Paris 1951), Nr. 43 (S. 104)

(93) Der Verwaltungsrat ist Beauftragter der Hauptversammlung.

(94) Jauffret, Rev. int. dr. comp. 1957, 269 (272, 273)

(95) Dabin, Le droit des sociétés anonymes et la conception contractuelle, in: Annales de la faculté de Droit de Liège 1959, 237 (248)

(96) Dabin, Annales de la faculté de Droit de Liège 1959, 237 (248)

(97) Tunc, Le rôle de l'actionnaire dans la société anonyme et les enseignements du droit américain, in: Travaux et Conférences VII (Brüssel 1959), S. 5 (12), herausgegeben von: Université de Bruxelles, Faculté de Droit

daß sie ihre Macht Dritten, nämlich dem Verwaltungsrat der Gesellschaft selbst, weitgehend übertragen. Die Rechtsgrundlage, der Mechanismus und die Folgen dieser Praxis sollen nun dargestellt werden.

2. Kapitel: Recht und Praxis der Vertretung der Publikumsaktionäre
in Frankreich

§ 4 Das Recht der Vertretung (1)

1. Grundlagen

Das französische Aktienrecht erlaubt es in Übereinstimmung mit dem deutschen Aktiengesetz nicht, das Zusammentreten der Aktionäre zur Hauptversammlung durch eine briefliche Abstimmung zu ersetzen (2). Wenn ein Aktionär sein Stimmrecht nicht verfallen lassen möchte, aber nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen kann, bleibt ihm nur die Möglichkeit, einen Vertreter zu bestellen. Die Konstruktion der Ermächtigung, durch die ein Dritter das Stimmrecht des Aktionärs im eigenen Namen ausüben könnte, ist nämlich dem französischen Recht unbekannt; wer ein fremdes Stimmrecht im eigenen Namen ausübt, macht sich vielmehr nach Art. 440 Nr. 1 Ges. v. 1966 strafbar. Wie dem deutschen Aktionär ist es dem französischen Aktionär auch nicht möglich, sein Stimmrecht zu zedieren (3). Nach Cordonnier(4) würde eine Zession des Stimmrechts die juristische Natur der Aktie verändern. Das Stimmrecht diene als Garantie für die pekuniären Rechte des Aktionärs und dürfe deshalb nicht von der Aktie getrennt werden. David (5) hält eine Zession für unzulässig, weil er, ähnlich wie Cordonnier, der Ansicht ist, daß der Gesetzgeber mit der Zuteilung des Stimmrechts ein bestimmtes Ziel verfolgt habe, dieses Ziel aber durch eine Zession des Stimmrechts verfehlt würde.

Die einzige dem Aktionär danach verbleibende Möglichkeit, sein Stimmrecht durch einen Dritten ausüben zu lassen, nämlich einen Vertreter zu bestellen, ließ sich vor dem Inkrafttreten des Ges. von 1966 durch die Satzung ausschließen (6). Das geschah aber äußerst selten, weil eine Gesellschaft sich durch eine solche Maßnahme selbst die Durchführung ihrer Hauptversammlungen erschwert hätte (7). Schon eher kam es vor, daß die Satzung nur einen bestimmten Personenkreis als Vertreter zuließ, was soweit recht-

-
- (1) Zur gesetzlichen Vertretung siehe Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 46 ff.
 - (2) Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 219 mit Nachweisen; vergl. Schmidt-Meyer-Landrut in: Großkomm. AktG Anm. 2 zu § 102
 - (3) Ripert, Bd. 1, Nr. 1217; Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 80; Moliérac, Manuel des sociétés, Bd. 2: Capitaux (Paris 1959), Nr. 1209; a. A. nur Michel, Recueil juridique des sociétés 1926, 80
 - (4) Cordonnier, J. soc. 1927, 5 (32)
 - (5) David, J. soc. 1929, 401 (406)
 - (6) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 26; Wahl, J. soc. 1905, 97 ff. (Nr. 8); a. A. Guimont, Remèdes contre l'absentéisme, S. 123, 124
 - (7) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 26

lich möglich war, als dadurch nicht ein Teil der Aktionäre diskriminiert wurde (8). So fand sich in den meisten Satzungen die Bestimmung, daß ein Aktionär sich nur durch einen anderen Aktionär der Gesellschaft vertreten lassen konnte (9). Dabei war gewöhnlich zusätzlich festgelegt, daß der Vertreter aufgrund eigenen Aktienbesitzes schon teilnahmeberechtigt sein mußte. Neuerdings schränkt schon das Gesetz selbst den Kreis der möglichen Vertreter entscheidend ein. Nach Art. 161 Abs. 1 Ges. von 1966 kann ein Aktionär sich nämlich nur noch durch seinen Ehegatten oder einen anderen Aktionär derselben Gesellschaft bei der Stimmrechtsausübung vertreten lassen. Die Bestimmung ist zwingendes Recht, und zwar auch insofern, als die Satzung den Aktionären nicht die Möglichkeit nehmen kann, sich durch die genannten Personen vertreten zu lassen (10). Diese Neuregelung läßt sich zwar, soweit sie den Kreis der Vertreter begrenzt, damit begründen, daß Dritte kein legitimes Interesse an einer Teilnahme an der Hauptversammlung haben. Da ein Aktionär selten einen anderen Aktionär derselben Gesellschaft kennen wird, den er mit seiner Vertretung beauftragen könnte, wird die wesentliche Auswirkung der Bestimmung jedoch sein, daß ein Aktionär, der nicht selbst teilnehmen kann, sein Stimmrecht aber auch nicht verfallen lassen möchte, keine andere Wahl hat, als sich einer Blankovollmacht zu bedienen, die in die Hände des Verwaltungsrats gelangt (11).

Eine Kollision der Interessen eines Vertreters mit denen der Gesellschaft schließt grundsätzlich den Vertreter ebensowenig von der Stimmrechtsausübung aus wie den Aktionär selbst in derselben Situation (12). Das ist konsequent und französischen Juristen anscheinend so selbstverständlich, daß es, soweit ersichtlich, nirgends besonders diskutiert wird. Auch die Möglichkeit, daß der Verwaltungsrat selbst als Vertreter anderer Aktionäre in der Hauptversammlung auftritt, wird nirgends bezweifelt. Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt (13), daß er auf der Hauptversammlung

-
- (8) Mutignon, *La représentation des actionnaires* (Diss. Paris 1962), S. 142 ff.; solche Bestimmungen sind auch in Deutschland zulässig, s. Schmidt-Meyer-Landrut, *Großkomm. AktG* Anm. 19 zu § 114
 - (9) Cordonnier, *J. soc.* 1934, 417 (419 Anm. 3)
 - (10) Art. 161 Abs. 2, 3 Ges. von 1966
 - (11) vgl. Mutignon, *La représentation des actionnaires*, S. 138 ff.; vgl. S. 33 Fußnote 70 a
 - (12) s. o. S. 11; umgekehrt darf nach Art. 82 Abs. 3 Ges. von 1966 derjenige nicht als Vertreter auftreten, der als apporteur von der Stimmrechtsausübung ausgeschlossen ist; so schon früher die Rechtsprechung: *Chambre de requêtes*, 31. 12. 1906, D. P. 1908. I. 513, Anm. Percerou; vgl. auch § 136 Abs. 1 AktG 65
 - (13) Es befaßt sich mit der Frage überhaupt nur Mutignon, *La représentation des actionnaires*, S. 157 ff.

wie im eigenen (14), so auch im fremden Namen stimmen darf. Weder durch seine Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglied der betreffenden Gesellschaft, noch durch einen speziellen Interessenkonflikt bei der zur Entscheidung stehenden Frage wird ein Mitglied des Verwaltungsrats als Vertreter von der Abstimmung ausgeschlossen. Das galt bisher uneingeschränkt (15). Durch Art. 103 Abs. 4 Ges. von 1966 ist allerdings nunmehr bestimmt, daß ein Verwaltungsratsmitglied nicht an der Abstimmung teilnehmen darf, wenn über seine Geschäfte mit der Gesellschaft Beschluß gefaßt wird. Da jedoch in dieser Bestimmung anders als in Art. 82 Abs. 3 Ges. von 1966 (15a), nicht ausdrücklich gesagt ist, daß das betreffende Verwaltungsratsmitglied auch als Vertreter nicht teilnehmen kann, dürfte einer Vertretung Dritter durch den Verwaltungsrat nichts im Wege stehen. Da die Verwaltungsratsmitglieder selbst Aktionäre sein müssen (16), kommt es auch nicht vor, daß sie nicht Vertreter sein können (16a).

Ist die Zahl der Aktienstimmen, die ein Aktionär ausüben darf, durch die Satzung beschränkt, so ergaben sich zur Zeit der Geltung des Ges. von 1867 Schwierigkeiten bei der Lösung der Frage, wieviele Stimmen jemand ausüben durfte, der als Vertreter für mehrere Aktionäre oder gleichzeitig im fremden und eigenen Namen stimmte. Durfte er sovielman die zugelassene Höchststimmenzahl ausüben, als er Aktionäre vertrat (distributive Berechnung), oder durfte er insgesamt nur einmal mit der Höchststimmenzahl teilnehmen (kumulative Berechnung)? Die Meinungen waren geteilt (17). Für die distributive Berechnung sprach, daß es sich bei den durch einen Vertreter ausgeübten Stimmen um Rechte des Vertretenen handelt, rechtlich gesehen diese selbst - durch einen Vertreter - stimmen (18). Zu Gunsten der kumulativen Berechnung ließ sich anführen, daß das Gesetz (19) den Gesellschaften die Möglichkeit geben wollte, den bestimmenden Einfluß Einzel-

(14) s. o. S. 10

(15) Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 157 ff.

(15a) s. o. S. 11

(16) Art. 95 Abs. 1 Ges. von 1966

(16a) vgl. Art. 161 Abs. 1 Ges. von 1966

(17) Für kumulative Berechnung: Houpin-Bosvieux, Bd. 2, Nr. 1223; Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 74; Joly, Bd. 1, Serie A, "assemblées d'actionnaires", Nr. 65; Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 35 ff.

Für die distributive Berechnung: Wahl, J. soc. 1905, S. 145 ff., Nr. 17; Moliérac, Manuel des sociétés, Bd. 2, Nr. 1224; Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 211; Leblond, J. soc. 1956, 5 (8)

(18) Wahl, J. soc. 1905, S. 145 ff., Nr. 17

(19) Art. 27 Abs. 1 Ges. von 1867

ner in der Gesellschaft auszuschließen. Diesem Ziele wäre eine distributive Berechnung zuwidergelaufen (20). In der Rechtsprechung hat sich anscheinend nur das Appellationsgericht Paris mit diesem Problem beschäftigt (21). Das Gericht hat sich für die distributive Berechnung ausgesprochen, da das Recht eines Aktionärs, sich vertreten zu lassen, durch Art. 27 Ges. von 1867, der die Beschränkung der Höchststimmenzahl zuließ, nicht angetastet werden sollte. In der Entscheidung kam es darauf aber nicht an, da die entsprechende Klausel in der Satzung sich ausdrücklich darauf beschränkte, die Zahl der Stimmen, die ein Aktionär im eigenen Namen ausüben kann, zu begrenzen. Daß die Statuten die Art der Berechnung regeln können, wurde aber allgemein als zulässig angesehen (22). Dies bestätigt nunmehr auch Art. 161 Abs. 2 Ges. von 1966. Wenn es dort nämlich heißt, jeder Aktionär könne einen anderen auf der Hauptversammlung vertreten "sans autres limites que celles résultant des dispositions légales ou statutaires fixant le nombre maximal des voix dont peut disposer une même personne, tant en son nom personnel que comme mandataire", so bedeutet dies hier, daß durch Auslegung der betreffenden Satzung zu ermitteln ist, ob von distributiver oder kumulativer Berechnung auszugehen ist. Wie zu verfahren ist, wenn diese Auslegung zu nichts führt, wird freilich auch durch das Gesetz von 1966 nicht geklärt.

Form und Wortlaut der Stimmrechtsvollmachten hat der Gesetzgeber nicht geregelt (23). Die Statuten einer jeden Gesellschaft können jedoch entweder selbst eine bestimmte Form vorschreiben (24), oder dem Verwaltungsrat die Möglichkeit geben, die Einhaltung einer Form zu verlangen (25). Aus Beweisgründen wird auch stets eine schriftliche Bevollmächtigung verlangt, wobei es sich eingebürgert hat, der Unterschrift des Aktionärs die Formel "bon pour pouvoir" vorzuschicken. Diese Floskel ist jedoch nicht Voraussetzung für die Gültigkeit der Vollmacht (26).

Die Vertretung einer größeren Anzahl von Publikumsaktionären wird wesentlich erleichtert durch Dauervollmachten und Vollmachten zur Ausübung des

(20) Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 35 ff.

(21) Paris 23. 2. 1957, D. 1958, 135, Anm. Goré

(22) Wahl, J. soc. 1905, S. 145 ff., Nr. 17; Leblond, J. soc. 1956, 5 (8); Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 35 ff.

(23) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 40 mit Nachweisen

(24) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 41; Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 197 ff.

(25) Houpin-Bosvieux, Bd. 2, Nr. 1139; Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 197 ff.

(26) Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 140; zweifelnd Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 202 ff., der sich fragt, ob die Formel nicht gewohnheitsrechtlich verlangt wird.

Stimmrechts aller Aktien eines Aktionärs, die sich in einem bestimmten Depot befinden. Die Beurteilung der Gültigkeit solcher Vollmachten ist deshalb von besonderer Bedeutung. Die Dauervollmacht (pouvoir permanent) wird allgemein als gültig angesehen, wenn sie nur widerruflich ist (27). Anderer Ansicht ist, soweit ersichtlich, nur Voirin. Er hält eine Vollmacht dieser Art für nichtig, weil sie einen Verzicht auf das Stimmrecht darstelle, auf den sich der Aktionär "in der Nacht" eingelassen habe, da er nicht in der Lage sei, die Tragweite seines Verhaltens abzuschätzen (28). Die Vollmacht hinsichtlich aller Aktien in einem bestimmten Depot ist trotz ihrer großen Bedeutung für die Vertretung einer erheblichen Zahl von Aktionären französischer Gesellschaften (29) in der Literatur nur von Mutignon behandelt, der diese Vollmacht für nichtig hält (30).

2. Die Blankovollmacht

Für die Vertretung der Publikumsaktionäre, das heißt der Aktionäre, die gewöhnlich von sich aus für ihre Teilnahme oder Vertretung auf der Hauptversammlung keine Initiative entwickeln, wird fast ausschließlich eine Blankovollmacht ("pouvoir en blanc") benutzt, also eine Vollmacht, bei deren Erteilung kein Vertreter bestimmt wird.

a) Für diese Vollmacht hat sich im Laufe der Zeit ein ganz bestimmter Wortlaut eingebürgert (31). Alle Gesellschaften fassen ihre Vollmachtsformulare, mit geringen Abweichungen, in folgender Weise ab:

- A U B Y -
SOCIETE DE PRODUITS CHIMIQUES D'AUBY
Société Anonyme au Capital de 39.365.000 F
SIEGE SOCIAL A NEUILLY-SUR-SEINE, 46, RUE JACQUES-
DULUD

Timbre
payé sur P O U V O I R
état Autori- -----
sation du 4
octobre 1963
N° 63.39

- (27) Ripert, Bd. 1, Nr. 1219; Moliérac, Manuel des sociétés, Bd. 2, Nr. 1228
(28) Voirin, D.H. 1931, Chr. S. 49 (50)
(29) s. u. S. 44
(30) Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 269, 270; die dort dafür angegebene Begründung, daß der Depositar nämlich nicht in allen Aktiengesellschaften die durch die Satzung geforderte Aktienzahl haben könne, ist unverständlich.
(31) Es gibt auch ein von der "Association française de normalisation" entworfenes Vollmachtsformular für die Vertretung auf ordentlichen Hauptversammlungen (Norm NFK 12, 64, bestätigt durch Erlaß vom 9. 11. 1956, J. O. 21. 1. 1957); die Anwendung dieses Formulars ist nicht vorgeschrieben.

Je, soussigné:

Nom (en lettres majuscules):.....

Prénoms (dans l'ordre de l'état civil):.....

Domicile:.....

Propriétaire de actions de 50 F de la SOCIÉTÉ DE
PRODUITS CHIMIQUES D'AUBRY,

Donne pouvoir à M.....

ou, à son défaut, à M.....

de me représenter à l'Assemblée Générale Ordinaire annuelle
des Actionnaires qui se tiendra le 13 décembre 1963, avec
l'ordre du jour suivant:

- Rapport du Conseil d'Administration;
- Rapports du Commissaire aux Comptes;
- Examen et, s'il y a lieu, approbation des comptes de
l'exercice 1962/63;
- Affectation du bénéfice, et fixation du dividende de
l'exercice 1962/63;
- Approbation des modifications apportées à la présentation
des postes du Bilan et du Compte de Pertes et Profits;
- Quitus aux Administrateurs;
- Approbation de la cooptation par le Conseil d'un Admini-
strateur;
- Décisions à prendre en exécution de l'article 40 de la
Loi du 24 Juillet 1867.

Ainsi qu'à toutes autres Assemblées Générales Ordinaires
appelées à statuer sur tout ou partie du même ordre du jour,
qui pourraient être convoquées ultérieurement, en cas de
remise ou d'ajournement de celle ci-dessus par défaut de
quorum ou pour toute autre cause.

A cet effet, assister aux Assemblées, prendre part aux dé-
libérations, présenter toutes observations, émettre tous
votes, signer les feuilles de présence et procès-verbaux,
substituer et, généralement, faire le nécessaire.

Fait à le

(1)

(1) Dater et faire précéder la signature des mots:

- BON POUR POUVOIR -. Si le mandant est une femme
mariée, le mari devra également signer, en faisant
précéder sa signature des mots: - Bon pour autorisa-
tion maritale-.

Die Tagesordnung ist, wie in diesem Beispiel, immer sehr wenig ausführlich wiedergegeben, auch wenn es um eine außerordentliche Hauptversammlung geht (31 a). Der Text der Tagesordnung ist in der überwiegenden Zahl der Fälle, wie in dem angeführten Beispiel, in den Wortlaut der Vollmacht eingefügt oder sonst neben den Text gesetzt. Manchmal ist die Tagesordnung auch auf der Rückseite des Formulars angegeben. Dann befindet sich auf der Vorderseite ein ausdrücklicher, fettgedruckter Hinweis auf die Rückseite. Wegen der Kürze der Tagesordnungen kann man annehmen, daß der Aktionär sie, wenn überhaupt, auch in diesem Falle liest, also nicht schlechter informiert als sonst seine Vollmacht erteilt.

Nur ganz selten kommt es vor, daß sich die Tagesordnung nicht auf dem Formular befindet. Dann steht in der Vollmacht eine Bemerkung, durch die der Aktionär bestätigt, von der Tagesordnung Kenntnis genommen zu haben. Üblicherweise ist sie dann in dem Begleitschreiben (32), das dem Formular beigelegt ist, erwähnt.

Wenn eine ordentliche und eine außerordentliche Hauptversammlung am gleichen Tag oder an kurz aufeinander folgenden Tagen stattfinden, wird das Formular für beide Hauptversammlungen, unter Aufführung der verschiedenen Tagesordnungen, entworfen. Nie kommt es dagegen vor – jedenfalls bei den routinemäßig beschafften Vollmachten dieser Art –, daß das Formular für eine unbestimmte Zahl von Hauptversammlungen, oder, wie die den Banken erteilten Stimmrechtsvollmachten nach deutschem Aktienrecht, für alle Hauptversammlungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, verfaßt wäre. Blankovollmachten beziehen sich immer auf eine oder mehrere bestimmte Hauptversammlungen, deren Tagesordnung dem Aktionär schon bekannt ist.

b) Über das rechtliche Wesen einer solchen Blankovollmacht, die üblicherweise auf einem später noch zu beschreibenden Wege an den Verwaltungsrat der Gesellschaft, um deren Aktien es sich handelt, geschickt wird, besteht keine völlige Klarheit.

Überwiegend wird die Blankovollmacht als "mandat étagé" oder "mandat double" angesehen (33). Es wird dabei in der Lehre fast immer auf Savatier verwiesen, der das "mandat" wie folgt definiert (34): "Das Mandat ist der Vertrag, durch den eine Person, Mandant genannt, einer anderen, Mandatar

(31a) Vielleicht ergibt sich in Zukunft auf Grund einer Verordnung nach Art. 162 Ges. von 1966 eine Änderung zu Gunsten einer besseren Information der Aktionäre.

(32) s. u. S. 38/39

(33) Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 142

(34) in: Planiol-Ripert, Traité pratique de droit civil français, Bd. 11: Contracts civils (Paris 1954), 2. Teil: Mandat, Nr. 1427

genannt, die Macht (pouvoir) gibt, an ihrer Stelle eine oder mehrere Rechtshandlungen vorzunehmen." (35).

Das "mandat" ist also kein Auftrag im Sinne von § 662 BGB, sondern der Vorgang der Bevollmächtigung.

Zur Blankovollmacht (blanc seing) führt Savatier aus (36):

"In jedem Fall scheint sich der Vorgang folgendermaßen zerlegen zu lassen: der Unterzeichner der Blankovollmacht gibt dem, dem er sie übergibt, das Mandat (mandat), nicht selbst die Handlung vorzunehmen, sondern ihm einen Mandatar auszuwählen, der rechtlich und tatsächlich geeignet ist, ihn bei der vorgesehenen Handlung zu vertreten (représenter). Es handelt sich also um zwei übereinanderliegende Mandate (mandats étagés)."

Mit "mandat étagé" ist also gemeint, daß der Aktionär durch die Blankovollmacht den Verwaltungsrat bevollmächtigt, ihm eine Person auszuwählen und zu seiner Vertretung zu bevollmächtigen.

Andere halten dagegen die Blankovollmacht für ein Inhabermandat ("mandat au porteur") (37) oder ein Ordermandat ("mandat à ordre") (38), das der Verwaltungsrat durch einfache Übergabe übertragen kann. Die Vorstellung, daß es sich um ein Inhabermandat handelt, hatte anscheinend auch die "Commission de Réforme du Code de Commerce". Einer ihrer Ausschüsse hatte nämlich folgenden Art. 8 vorgeschlagen (39), der von der Vollversammlung auch angenommen worden ist (40):

"La désignation du mandataire peut être laissée par le mandant au choix d'un tiers ou à tout porteur d'une procuration en blanc."

Ob den Verwaltungsrat aus der Tatsache, daß er eine Blankovollmacht entgegengenommen hat, irgendwelche Verpflichtungen treffen, ist nicht geklärt. Mutignon, der sich in der Literatur anscheinend als einziger mit der Frage beschäftigt, scheint davon auszugehen, daß der Verwaltungsrat einen geeigneten Mandatar aussuchen muß (41). Er meint jedoch, daß keine Fälle be-

(35) s. auch die Legaldefinition in Art. 1984 Cc, in der "mandat" und "procuration" synonym benutzt werden.

(36) Planiol-Ripert, Bd. 11, 2. Teil, Nr. 1443 unter (1.)

(37) Cordonnier, J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 4 (Cordonnier spricht aber gleichzeitig davon, daß es sich um "deux mandats étagés" handle); Nachweise bei Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 228 ff.

(38) Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 228 ff.

(39) Travaux de la Commission de Réforme du Code de Commerce, Bd. 5 (Paris 1951-1958), S. 118

(40) Travaux ..., Bd. 5, S. 127, 138

(41) Mutignon, La représentation des actionnaires, S. 228 ff.

kannt seien, in denen ein Aktionär Ansprüche gegen den Verwaltungsrat wegen einer Verletzung dieser Pflicht geltend gemacht hätte. Bei der Erörterung des oben erwähnten Art. 8 in der Vollversammlung der Reformkommission vom 21. 5. 1954 (42) hat Amiaud den Standpunkt vertreten, daß der Verwaltungsrat die Pflicht habe, die ihm von den Aktionären zugeschickten Blankovollmachten auszufüllen (also anscheinend; einen Mandatar zu besorgen), wenn er sie nicht zurückweist. Eine andere Ansicht äußerte in dieser Sitzung Escarra. Er meinte, die Blankovollmacht sei nur das Angebot eines Mandates, und schließt daraus offensichtlich, daß sie keine Verpflichtung für den Verwaltungsrat mit sich bringe. Daß der Verwaltungsrat zu nichts verpflichtet sei, vertrat auch Dalsace in dieser Diskussion.

c) Die Gültigkeit der Blankovollmacht ist in der Rechtsprechung unbestritten. Schon im Jahre 1857 hat der Kassationshof die Gültigkeit einer Blankovollmacht allgemein für das Gebiet des Zivilrechts anerkannt (43). Es handelte sich dort um eine Blankovollmacht, die zum Verkauf eines Landgutes an einen Notar geschickt worden war. Seitdem ist, soweit ersichtlich, die Gültigkeit solcher Vollmachten von einem Gericht nicht mehr in Frage gestellt worden. Im Jahre 1938 hat das Appellationsgericht Paris nur einmal in einem Rechtsstreit um die Gültigkeit einer Hauptversammlung erwähnt, daß "cette pratique (der Benutzung von Blankovollmachten)... ne saurait, en elle-même être critiquée" (44). Auch der Kassationshof hat in einem Urteil aus dem Jahre 1959 zu der Gültigkeit und der Zulässigkeit der Verwendung der Blankovollmachten nicht den geringsten Zweifel geäußert, sofern nicht besondere Umstände hinzutreten (45).

Auch in der Lehre bestehen an der Gültigkeit fast keine Zweifel (46). Cordonnier, der als einziger die Frage ausführlich erörtert, begründet die Gültigkeit der Blankovollmacht wie folgt (47): Die Blankovollmacht sei vom Gesetz nicht verboten, ihre Zulässigkeit ergebe sich aus der Vertragsfreiheit. Nach Art. 1994 Abs. 1 Cc sei auch die Erteilung einer Untervollmacht zulässig und Art. 407 Code pénal stelle den Mißbrauch einer Blankovollmacht unter Strafe, gehe also von ihrer Gültigkeit aus.

Gewisse Zweifel an der Gültigkeit von Blankovollmachten äußert dagegen Berr (48), weil der Aktionär nicht übersehe, welche Folgen die Unterzeichnung des Formulars hat, da er die zur Abstimmung gestellten Anträge und die Namen der zur Wahl gestellten Kandidaten nicht kenne.

Für nichtig hält Voirin (49) die freilich unübliche Blankovollmacht, welche auf

(42) wie Anm. 40

(43) Cass. req. 7. 12. 1857, D. P. 1858. 1. 111

(44) Paris 22. 7. 1938, D. P. 1939. 2. 44 = J. soc. 1940, 105 Anm. H. B.

(45) Cass. civ. 27. 10. 1959, D. 1960, 454, Anm. Dalsace

(46) Savatier, Planiol-Ripert, Bd. 11, 2. Teil, Nr. 1443; Cordonnier, J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 4, 11

(47) J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 4, 11

(48) L'exercice du pouvoir, Nr. 429, 430

(49) Voirin, D. H. 1931, Chr. S. 49 (52)

unbestimmte Dauer erteilt ist. Um die Verwendung dieser Vollmacht auf mehreren Hauptversammlungen durch verschiedene Personen zu ermöglichen, wird das Blanko vor der Benutzung nicht mit dem Namen des Bevollmächtigten ausgefüllt. Erst durch das Einsetzen des Bevollmächtigten in das Formular erfüllt man die Vollmacht – nach Voirin – mit Leben. Vorher sei die Erteilung der Vollmacht nicht gültig, da die Möglichkeit eines Vertrauensverhältnisses zwischen Aktionär und Bevollmächtigtem solange ausgeschlossen sei. Das widerspreche dem "intuitus personae" des Mandats, weil der Aktionär auf diese Weise auf sein Recht verzichte, den Bevollmächtigten zu kontrollieren. Hiergegen wendet sich Cordonnier (50) wohl zu Recht mit dem Argument, daß die vom Gesetz zugelassene Generalvollmacht viel weiter sei als eine solche Blankovollmacht und der Aktionär jederzeit die Möglichkeit habe, selbst zur Hauptversammlung zu gehen.

§ 5 Die Beschaffung der Blankovollmachten

Es wurde schon erwähnt, daß die Blankovollmachten praktisch das einzige Mittel sind, mit dessen Hilfe in Frankreich die Vertretung der Aktionäre, die mit ihrem Aktienbesitz keine Unternehmerinteressen verbinden, erreicht wird. Da es sich bei den interessierten Aktionären, wenn auch nicht ausschließlich, so doch wenigstens überwiegend, um Publikumsaktionäre handelt, also eine große Zahl von Inhabern nur relativ weniger Aktien einer Gesellschaft, muß ein gewisser technischer Apparat vorhanden sein, der der Beschaffung der Vollmachten dient. Darüber, wie der Mechanismus im einzelnen funktioniert, gibt es fast überhaupt keine Literatur, so daß es nötig war, den Versuch zu machen, durch Gespräche mit einer großen Zahl von Praktikern eine Vorstellung von der Wirklichkeit zu bekommen. Die folgenden Ausführungen beruhen deshalb im wesentlichen auf Unterhaltungen mit Bankbeamten, Rechtsanwälten, Wirtschaftsjuristen und Börsenmaklern.

1. Die Banken als Helfer der Gesellschaft

a) Von den 3000 verschiedenen, an französischen Börsen notierten Aktien (51) sind 75 % Inhaberaktien und 25 % Namensaktien (52). Die Übertragung der Namensaktien ist gegenüber der der Inhaberaktien recht umständlich, da sie durch Umschreibung im Aktienbuch der Gesellschaft erfolgt (53). Man kann deshalb annehmen, daß sich unter den Namensaktionären ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Daueraktionären befindet, die oft ein so großes Interesse an der Gesellschaft haben, deren Aktien sie besitzen, daß sie selbst die Hauptversammlung besuchen. Auf dieser Annahme beruhen die Reformvor-

(50) J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 10.

(51) Heurteux, L'information des actionnaires, S. 22 (Nr. 16)

(52) Moreau-Néret, Les valeurs françaises depuis 1940 (1957), S. 404

(53) Art. 265 Abs. 2 S. 1 Ges. von 1966

schläge, die nur den Namensaktionären als denjenigen, die vermutlich an der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte interessiert sind, ein Stimmrecht zuerkennen wollen (54). Aus dieser Erwägung folgt auch, daß derjenige, der sich um die Stimmrechte der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen bemühen will, sich gerade an die Inhaberaktionäre wenden muß. Diese sind nun aber nur den Banken bekannt, bei denen diese Aktionäre ihre Aktien verwahren lassen oder die mit dem breiten Publikum das Effektengeschäft betreiben. Diese Geschäfte - Depotverwaltung, Handel mit Wertpapieren für jedermann und Kupon-einlösung (55) - werden fast ausschließlich von den Depotbanken betrieben, die damit eine Schlüsselstellung für den Kontakt mit den Publikumsaktionären innehaben.

b) Von den Depotbanken (banques de dépôts) zu unterscheiden sind neben den Banken für mittel- und langfristigen Kredit (banques de crédit à long et à moyen terme), die hier nicht besonders interessieren (56), die Geschäftsbanken (banques d'affaires) (57). Die Aufteilung der Banken in diese Gruppen ist durch das Gesetz vom 2. 12. 1945 vorgenommen worden, beruht bei den meisten Banken aber schon auf einer längeren Entwicklung zur Spezialisierung (58).

Nach Art. 5 Abs. 1 dieses Gesetzes dürfen die Depotbanken nur Sichteinlagen und Einlagen mit höchstens zweijähriger Kündigungsfrist entgegennehmen. Nach Abs. 2 dieses Artikels dürfen sie an anderen Unternehmen als Banken etc. nur Beteiligungen in Höhe von 10 % des Kapitals dieser Unternehmen haben, und ihre gesamten Beteiligungen dürfen höchstens 75 % ihres

(54) s. u. S. 63

(55) Die Banken sind gemäß Art. 149 Code général des impôts verpflichtet, den Namen desjenigen, der einen Kupon einlöst, dem Fiskus mitzuteilen. Sie erfahren folglich den Namen dieses Kunden auch selbst.

(56) Zu diesen Banken siehe Widmer, Die Entwicklung des französischen Handelsbankwesens nach dem zweiten Weltkrieg (Diss. St. Gallen 1956), S. 14

(57) Am 31. 12. 1948 bestanden 372 Depotbanken, 37 Geschäftsbanken und neben 5 nicht klassifizierten Banken 8 Banken für mittel- und langfristigen Kredit (Terrel-Lejeune, Traité des opérations commerciales de banque, 8. Aufl. (Paris 1951), S. 16)

Beispiele: Depotbanken: Crédit Lyonnais, Société Générale, BNCI;
alle großen Depotbanken sind verstaatlicht
(Art. 6, Ges. vom 2. 12. 1945)

Geschäftsbanken: Banque de Paris et des Pays Bas, Lazart-
Frères

(58) Widmer, Französisches Handelsbankwesen, S. 3 ff.

Eigenkapitals (ressources propres) ausmachen (59). Einlagen von Kunden dürfen nicht in Beteiligungen angelegt werden (60). Diese Regelung bedeutet, daß die Depotbanken von fast jeder unmittelbaren Beteiligung an Aktiengesellschaften ausgeschlossen sind. Tatsächlich machte z. B. in der Bilanz des Crédit Lyonnais zum 31. 12. 1957 der Posten "titres" nur 0,95 % der Aktiva aus (61).

"Geschäftsbanken sind die Banken, deren Haupttätigkeit darin besteht, Beteiligungen an bestehenden oder in der Entstehung begriffenen Unternehmen zu erwerben und zu verwalten, Kredite ohne Begrenzung der Laufzeit an öffentliche und private Unternehmen zu eröffnen, an denen sie die genannten Beteiligungen haben, hatten oder haben werden" (62). Habenkonten können diese Banken nur eröffnen für ihr Personal, für Unternehmen, denen sie einen Kredit eröffnet haben oder an denen sie beteiligt sind, für Kaufleute und - unter bestimmten Umständen - für Personen, die bestimmte Aktien gezeichnet haben (63). Die zuletzt genannte Vorschrift wird zwar nicht immer korrekt eingehalten. Es ist zum Beispiel üblich, daß Verwaltungsratsmitglieder (64) einer Gesellschaft, mit der eine Geschäftsbank zu tun hat, ohne weiteres ein Konto eröffnet bekommen. Die Geschäftsbanken haben aber, insgesamt gesehen, mit dem breiten Publikum keinen Kontakt. Sie könnten zwar für jedermann Wertpapierdepots einrichten. Denn das Gesetz beschränkt nur die Eröffnung von Geldkonten. Daran haben aber weder sie noch die Aktionäre ein Interesse, da es viel zu umständlich wäre, jede Dividendenzahlung und Depotgebühr bar, und nicht über ein Konto, abzurechnen.

Folglich gibt es in Frankreich auf der einen Seite die Banken, die auf Grund eigener Beteiligungen unmittelbare unternehmerische Interessen an Wirtschaftsunternehmen haben (Geschäftsbanken). Auf der anderen Seite stehen die Banken des breiten Publikums (Depotbanken), denen es unmöglich ist, durch größere Beteiligungen und eigene mittel- oder langfristige Kredite auf die Führung anderer Unternehmen unmittelbar wesentlichen Einfluß auszuüben. Sie haben dafür ein großes Netz von Filialen, die über das ganze Land verstreut sind (65), während die Geschäftsbanken nur ihr Bankhaus am Gesellschaftssitz, gewöhnlich in Paris, haben. In der Verwahrung der vom Einfluß auf andere Wirtschaftsunternehmen weitgehend ausgeschlossenen Depotbanken befindet sich deshalb der überwiegende Teil des Aktienstreubesitzes.

(59) Art. 5 Abs. 3

(60) Art. 5 Abs. 3

(61) Berechnet nach Zahlenangaben bei Feuïlhade de Chauvin, Une grande banque de dépôt: Le Crédit Lyonnais (Paris, ohne Jahresangabe), S. 48

(62) Art. 5 Abs. 4

(63) Art. 5 Abs. 6

(64) Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind keine Kaufleute (Moreau, La société anonyme, Nr. 85(S. 123)).

(65) Der Crédit Lyonnais hat z. B. 1700 Filialen ("Agence Economique et Financière" vom 3. 4. 1963, S. 3).

c) Diese Trennung von Aufgaben und Interessen der Banken hat dazu geführt, daß die Depotbanken sich von sich aus nicht darum bemühen, von ihrer Klientel Stimmrechtsvollmachten für die bei ihnen im Depot ruhenden Aktien einzuholen, obwohl sie tatsächlich dazu in der Lage wären. Sie widmen sich nur dem reinen Bankgeschäft und betrachten es nicht als zu ihrer Aufgabe gehörig, aus eigener Initiative Stimmrechtsvollmachten einzusammeln, um mit ihnen auf der Hauptversammlung anderer Gesellschaften auftreten zu können.

Es wäre jedoch denkbar, daß die Geschäftsbanken ein Interesse an Vollmachten der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen hätten. Auf diese Weise könnten sie ihren Einfluß in anderen Unternehmen stärken. Wegen ihres beschränkten Kundenkreises, in dem außerdem der Anteil der Aktionäre mit unternehmerischen Interessen verhältnismäßig groß sein wird, hätte das Sammeln von Stimmrechtsvollmachten jedoch keinen besonderen Erfolg. Es kommt jedenfalls auch dort nicht vor. Vielleicht liegt der Grund dafür auch mit darin, daß das Verhalten der nach außen viel stärker in den Vordergrund tretenden Depotbanken eine Usance geprägt hat: so etwas tut eine Bank nicht. So wird auch die naheliegende Möglichkeit, daß sich eine Geschäftsbank einer Depotbank zum Beschaffen von Stimmrechtsvollmachten bedient, nie ausgenutzt (66).

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings aus zwei Veröffentlichungen aus dem Jahre 1930. Dauthy (67) hat damals in einem dem Senat erstatteten Bericht ausgeführt, daß die Banken von sich aus in ihrer Klientel Vollmachten sammelten, die sie dann selbst ausübten. Decugis (68) äußerte in der Diskussion um die Mehrstimmrechtsaktien, daß die Banken einen sehr großen Einfluß in einer Gesellschaft haben können, wenn sie der Gesellschaft die Blankovollmachten ihrer Klientel nicht zuschicken. Wenn das Mehrstimmrecht abgeschafft würde, sei der Verwaltungsrat der Aktiengesellschaften den Banken ausgeliefert.

Allem Anschein nach entsprachen die Darstellungen von Dauthy und Decugis aber weder im Jahre 1930 der Wirklichkeit, noch tun sie es heute. Mögen die hier verwandten Auskünfte auch überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, aus Bankkreisen stammen, so ist doch auch in der ganzen übrigen älteren und neueren Literatur nirgends erwähnt, daß Geschäfts- oder Depotbanken unter Publikumsaktionären für sich selbst Stimmrechtsvollmachten sammeln. Wegen des oben dargestellten begrenzten Betätigungsfelds der Depotbanken erscheint es auch auf Grund der daraus resultierenden Interessen dieser Banken als unwahrscheinlich, daß sie sich Stimmrechtsvollmachten beschaffen. Hinzu kommt, daß diese Banken verstaatlicht sind (69) und sich deshalb kaum in nennenswertem Umfang bankenunüblich verhalten werden. Über den

(66) Weitere Gründe s. u. S. 88 ff

(67) Rapport Dauthy, Impressions du Sénat 1930, Nr. 621, S. 17

(68) J. soc. 1930, 481

(69) Art. 6 Ges. vom 2. 12. 1945

großen Geschäftsbanken schwebt ständig das Damoklesschwert der Verstaatlichung. Auch bei ihnen, die unter ständiger Kontrolle eines staatlichen Kommissars stehen (70), ist deshalb nicht anzunehmen, daß sie ohne Kenntnis der Öffentlichkeit durch Stimmrechtsvollmachten in anderen Gesellschaften Einfluß zu erlangen versuchen und sich wegen des damit verbundenen Machtzuwachses mit Sicherheit im Laufe der Zeit der öffentlichen Kritik und eventuell weiteren staatlichen Zugriffen aussetzen. Möglich ist es deshalb allenfalls, daß sich kleinere Geschäftsbanken in Ausnahmefällen einmal von Teilen ihrer Klientel zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigen lassen. Es kann sich dabei aber nur um für das Gesamtbild unbedeutende Ausnahmen handeln.

d) Anders als in Deutschland, wo schon die Banken selbst als Inhaber der Schlüsselposition für den Kontakt mit den Publikumsaktionären die in deren Stimmrechten verkörperte Macht an sich gebracht haben, besteht in Frankreich, bedingt durch Organisation, Interessen und Übung der Banken, für Dritte die Möglichkeit, sich die von den Aktionären nicht ausgeübte Macht nutzbar zu machen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die Banken, insbesondere die Depotbanken, bereit sind, diesen Dritten ihre Dienste zur Verfügung zu stellen.

Als Interessenten für die Stimmrechte der Aktionäre kommen vor allem größere Aktionäre, Aktionärsvereinigungen und der Verwaltungsrat (70a) der Aktiengesellschaft selbst in Frage. Es ist jedoch in keiner der eingeholten Auskünfte ein Fall erwähnt worden, in dem eine Bank für einen anderen als den Verwaltungsrat der Gesellschaft, um deren Aktionäre es geht, tätig geworden wäre. Ein Dritter, der sich auf diesem Wege Stimmrechtsvollmachten besorgen wollte, hätte damit von vornherein wegen der Unüblichkeit dieses Vorgehens ein kaum überwindbares Hindernis vor sich. Dazu kommt, daß eine große Aktiengesellschaft meist für eine Bank der bei weitem interessantere, wirkliche oder potentielle, Kunde ist als irgendein Dritter. Eine Bank würde es kaum riskieren, ihre Beziehungen zu einer Aktiengesellschaft dadurch zu trüben, daß sie einem Dritten Macht in die Hand gibt, die dieser eventuell gegen den Verwaltungsrat ausüben könnte. Deshalb sind die Banken nur bereit, für den Verwaltungsrat Stimmrechtsvollmachten in ihrer Klientel einzusammeln. Der Verwaltungsrat des überwiegenden Teils der Aktiengesellschaften, deren Aktien weit gestreut sind, macht von dieser Bereitschaft der Banken Gebrauch.

(70) Art. 11 Abs. 1 Ges. vom 2.12.1945

(70a) Hier und im folgenden ist immer nur vom Verwaltungsrat als dem Vertretungs- und Verwaltungsorgan der Gesellschaft die Rede. Ob, soweit es hier interessiert, "directoire" oder "conseil de surveillance" an seine Stelle treten, wenn die in Art. 118 ff. Ges. von 1966 zur Wahl gestellte Verfassung angenommen wird, läßt sich noch nicht sagen.

Die Motive des Verwaltungsrats, sich in dieser Sache an eine Bank zu wenden, werden je nach der Verteilung des Kapitals und den Beziehungen zu den bestimmenden Aktionären verschieden sein. Wenn das Kapital sehr weit gestreut ist, besteht die Schwierigkeit, das Quorum zu erreichen. Bei einer ordentlichen Hauptversammlung führt die Tatsache, daß nicht genügend Aktionäre der Einberufung gefolgt sind, zwar nur dazu, daß eine zweite Hauptversammlung einberufen werden muß, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Aktionäre beschlußfähig ist. Aber auch das verursacht großen Arbeitsaufwand, erhebliche Kosten und eventuell unliebsame Verzögerungen. Noch schwerwiegender können die Folgen bei einer außerordentlichen Hauptversammlung sein, da für sie selbst bei der dritten Einberufung noch ein Quorum von einem Viertel des Kapitals vorgeschrieben ist. Wenn es dem Verwaltungsrat nicht gelingt, die entsprechende Zahl Aktionäre zu versammeln, ist eine für das Bestehen der Gesellschaft eventuell notwendige Satzungsänderung nicht durchführbar. Deshalb ist es in vielen Fällen im unmittelbaren Interesse der Gesellschaft, daß der Verwaltungsrat mit Hilfe von Banken versucht, die Vertretung einer ausreichenden Zahl Aktionäre zu erreichen.

Dazu kommen allerdings häufig andere Gründe. Ist das Aktienkapital ausschließlich in Händen von Aktionären mit einer prozentual geringen Beteiligung, kann der Verwaltungsrat nicht sicher sein, daß sich wieder die Mehrheit bildet, die ihn gewählt hat und mit seiner Geschäftspolitik einverstanden ist. Deshalb ist es für ihn interessant, selbst über einen gewissen Stimmenanteil zu verfügen, damit er sich durchsetzen kann. Auch wenn ein bestimmter Aktionär oder eine Aktionärgruppe die Gesellschaft beherrscht, kann es für den Verwaltungsrat von großem Interesse sein, seine Position mit Stimmrechtsvollmachten zu stärken und so den Aktionären, die die Gesellschaft oft nur mit einer Kapitalminderheit kontrollieren, nicht ausgeliefert zu sein. Endlich kann der Verwaltungsrat auch den Wunsch haben, dem einzelnen Aktionär dadurch, daß er auf der Hauptversammlung vertreten wird, ein gewisses Gefühl der Verbundenheit mit dem Unternehmen zu geben.

e) Was auch im Einzelfall der entscheidende Grund sein mag, jedenfalls ist es immer der Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft, der für das Beschaffen von Stimmrechtsvollmachten für die Hauptversammlungen dieser Gesellschaft die Initiative ergreift. Er schließt für die Gesellschaft mit einer Bank einen Vertrag, in dem sich die Bank verpflichtet, der Gesellschaft bei der Besorgung von Vollmachten, die durchweg Blankovollmachten sind, behilflich zu sein.

Vertragspartner der Gesellschaft ist fast immer die eine Bank, die für die Gesellschaft den "service des titres" versieht (71), worunter man z. B. den Um-

(71) So auch Jean Escarra, Edouard Escarra und Rault, Principes de droit commercial, Bd. 6 (Paris 1937), Nr. 839 (S. 649, 650)

tausch von Namensaktien in Inhaberaktien (72), den Umtausch abegenutzter Aktienurkunden und die Ausgabe von Gratisaktien versteht (73).

Eine andere Bank kommt deshalb kaum in Frage, weil die Banken gewöhnlich aus verschiedenen Gründen keinen besonderen Wert darauf legen, sich mit der Beschaffung der Vollmachten zu befassen. Finanziell stellt die Tätigkeit kein besonders gutes Geschäft für sie dar (74). Organisatorisch bringt sie Schwierigkeiten mit sich, da die meisten Hauptversammlungen innerhalb eines kleinen Zeitraumes im Frühsommer stattfinden. Durch das Einsammeln der Vollmachten werden die Banken für kurze Zeit mit einer Arbeit belastet, die sonst im ganzen Jahr fast nicht vorkommt. Sie werden gezwungen, dem "service des assemblées" für kurze Zeit auf Kosten anderer Abteilungen Personal zuzuteilen. Dadurch wird die übrige Arbeit gestört.

Die Bank, die sich verpflichtet fühlt, der Gesellschaft den gewünschten Dienst zu erweisen, weil ihr der "service des titres" übertragen ist, kann eine Depot- oder eine Geschäftsbank sein. Da die Depotbanken wegen ihres Filialennetzes geeigneter zur Durchführung des "service des titres" sind, handelt es sich jedoch meist um eine Depotbank. Ob im Einzelfall eine Depot- oder Geschäftsbank mit dem Beschaffen der Vollmachten betraut wird, ist für den Erfolg der Bemühungen nicht von besonderer Bedeutung. Die Gesellschaft teilt nämlich der Bank immer eine Reihe von anderen Banken mit, die bei der Beschaffung der Vollmachten zu beteiligen sind. Dies sind die Banken, zu denen die Gesellschaft geschäftliche Beziehungen hat; unter ihnen wird sich immer auch eine Depotbank befinden.

Mit all diesen Banken, außer der unmittelbar beauftragten, hat die Gesellschaft bei der Beschaffung der Vollmachten nichts zu tun. Diese Bankunternehmen verkehren in dieser Sache nur mit der Bank, die Vertragspartner der Gesellschaft ist, dem sogenannten "chef de file". Der "chef de file" und die anderen Banken werden als "banques domiciliataires" (Domizilbanken) für das Beschaffen der Vollmachten bezeichnet. Die betreffende Hauptversammlung ist für diese Banken eine domizilierte Hauptversammlung (assemblée domiciliée), während sie für alle außenstehenden Banken eine nicht domizilierte Hauptversammlung ist.

(72) Meist bestimmen die Satzungen, daß jeder Aktionär den Umtausch seiner Aktien verlangen kann, also den Tausch von Namensaktien in Inhaberaktien und umgekehrt (Moreau, La société anonyme, Nr. 331).

(73) Davon zu unterscheiden ist der "service financier", der gewöhnlich von mehreren Banken ausgeübt wird und sich z. B. mit der Kuponeinlösung beschäftigt.

(74) s. u. S. 47/48

Der Vertrag zwischen Gesellschaft und "chef de file" wird entweder für eine bestimmte Hauptversammlung oder für alle kommenden Hauptversammlungen abgeschlossen, je nach dem, ob der Verwaltungsrat nur für eine ganz bestimmte Gelegenheit, etwa eine außerordentliche Hauptversammlung, oder für die jährlichen ordentlichen Hauptversammlungen eine Vertretung der sonst nicht erscheinenden Aktionäre wünscht. Nach den Erfahrungen der Banken haben die Bemühungen der Banken umso mehr Erfolg, je regelmäßiger sie durchgeführt werden. Von den jährlich angeschriebenen Aktionären antwortet ein größerer Prozentsatz als von den nur von Fall zu Fall um eine Vollmacht gebetenen.

Großen Einfluß auf den Erfolg der Bemühungen hat die Wahl des Zeitpunkts der Hauptversammlung. In den Monaten Mai und Juni, in denen die meisten ordentlichen Hauptversammlungen stattfinden, geschieht es Aktionären, die an einer Reihe Gesellschaften beteiligt sind, daß man sie sehr häufig um Vollmachten bittet. Oft schenken sie dann den Schreiben der Banken gar keine Beachtung mehr und unterzeichnen die Vollmacht nicht. Deshalb legt eine Gesellschaft manchmal den Zeitpunkt für eine außerordentliche Hauptversammlung, bei der sie auf die Anwesenheit oder Vertretung eines großen Teils des Kapitals angewiesen ist, damit die Hauptversammlung beschlußfähig ist, auf eine andere Jahreszeit. Dann kann sie eher die Aufmerksamkeit der Aktionäre auf die Bitte um eine Vollmacht lenken. Gegen dieses Verfahren spricht allerdings, daß es mit erheblichen Kosten verbunden ist. Ließe es sich nämlich einrichten, die außerordentliche Hauptversammlung, wie es sonst üblich ist, mit der jährlichen ordentlichen Hauptversammlung durchzuführen, würden keine besonderen Aufwendungen entstehen. Denn in diesem Falle ist es üblich, um eine Vollmacht für beide Hauptversammlungen zu bitten.

Eine weitere Möglichkeit, die Zahl der unterzeichnet von den Aktionären zurückkommenden Vollmachten zu beeinflussen, liegt in der Intensität der Bearbeitung. Es wird deshalb zwischen der Gesellschaft und der Bank verabredet, ob die Aktionäre nur einmal angeschrieben werden sollen, oder ob man die Aktionäre, die nicht reagieren, noch ein- oder zweimal auf die Hauptversammlung aufmerksam machen soll.

Festgelegt wird in dem Vertrag zwischen Gesellschaft und "chef de file" auch, welche Aktionäre angeschrieben werden sollen. Zu wenden hat sich die Bank gewöhnlich nur an die Aktionäre, deren Beteiligung an der Gesellschaft sie dadurch kennt, daß sie die Aktien in Verwahrung hat. Nach Bouille (75) wird die Bank aber auch oft gebeten, nicht nur wie üblich ihre Depotkunden anzuschreiben, sondern auch die Klientel, von der sie durch die Einlösung von Dividendenscheinen weiß, daß sie Aktien der betreffenden Gesellschaft innehat. Immer ist mit der Gesellschaft vereinbart, daß die Bank die ihr durch das Aktienbuch der Gesellschaft bekannten Namensaktionäre um Vollmachten zu bitten hat. Dazu kommen gewöhnlich die der Bank bekannten Großanleger, wie z. B. Investmentfonds.

(75) Précis de technique bancaire, 2. Aufl. (Paris 1953), S. 453 ff.

Unter diesen, der Bank aus irgendeinem Grund bekannten Aktionären, wird in dem Vertrag gewöhnlich eine Auswahl getroffen. Einmal wäre es natürlich sinnlos, auch die Aktionäre anzuschreiben, die nach der Satzung gar nicht zur Hauptversammlung zugelassen sind, weil sie das vorgeschriebene Aktienminimum nicht besitzen. Weiter kann es dem Verwaltungsrat oft als zu kostspielig erscheinen, jeden einzelnen Aktionär anschreiben zu lassen, mag er auch nur über sehr wenige Stimmen verfügen, wenn der Verwaltungsrat meint, auf diese Stimmen nicht angewiesen zu sein. Ein erheblicher Teil der Kosten hängt nämlich nur von der Zahl der angeschriebenen Aktionäre ab, nicht von deren Stimmenzahl. Das gilt für Materialkosten, Porto und Stempelsteuer (76), die für jede Vollmacht von der Gesellschaft zu entrichten ist. Deshalb wird beispielsweise oft vereinbart, daß die Bank nur die Aktionäre um eine Vollmacht bittet, die wenigstens zehn Stimmen haben.

Durch die Begrenzung des Kreises der Aktionäre, um deren Vollmachten die Bank sich bemüht, ist eine gewisse Diskriminierung der nicht angeschriebenen Aktionäre möglich. Die gesetzlich vorgeschriebene Einberufung der Hauptversammlung erreicht nämlich die meisten Aktionäre nicht, während die von der Bank um eine Vollmacht gebetenen Aktionäre ausdrücklich auf die Hauptversammlung hingewiesen werden. Dem Verwaltungsrat kann es unter Umständen sehr unlieb sein, daß bestimmte, ihm nicht freundlich gesonnene Aktionäre auf diese Weise auf die Hauptversammlung aufmerksam gemacht werden und veranlaßt werden, selbst auf der Versammlung zu erscheinen. Deshalb kann es vorkommen, daß die Bank gebeten wird, diese Aktionäre nicht zu benachrichtigen. Mit einem solchen Fall beschäftigte sich das Appellationsgericht Paris in einem Urteil vom 23. 2. 1957 (77). Die Klage auf Nichtigerklärung einer Hauptversammlung war unter anderem darauf gestützt, daß die beklagte Gesellschaft alle ihre Aktionäre außer dem einzigen Großaktionär, der Klägerin, über die normale Einberufung hinaus angeschrieben und aufgefordert hatte, entweder selbst zur Hauptversammlung zu kommen oder eine Vollmacht zu schicken. Die Klägerin hatte allerdings trotzdem von der Hauptversammlung und deren Tagesordnung Kenntnis erlangt und sich vertreten lassen. Das Gericht hat aus den Vorgängen nicht den Schluß gezogen, daß die Klägerin in ihrer Freiheit der Stimmrechtsausübung beeinträchtigt worden sei, hat die Gültigkeit der Hauptversammlung aber unter diesem Gesichtspunkt geprüft. Leider läßt sich aus dem Urteil nicht erkennen, welche Folgerung das Gericht gezogen hätte, wenn die Klägerin die Hauptversammlung versäumt hätte, weil die Gesellschaft sie als einzigen Aktionär nicht benachrichtigt hatte. Goré stimmt in einer Anmerkung zu diesem Urteil der Entscheidung und ihrer Begründung zu, bezieht aber ebenfalls in der eigentlichen Frage, ob die Gesellschaft frei ist in der Auswahl der Aktionäre, die sie wegen der Hauptversammlung anschreiben läßt, keine klare Stellung. In der übrigen Literatur finden sich zu diesem Problem keine Ausführungen.

(76) s. u. S. 48

(77) D. 1958, 135; Anm. Goré

Über das Benachrichtigen der Aktionäre und Beschaffen der Vollmachten hinaus übernimmt es der "chef de file" häufig auch, die Hauptversammlung im übrigen vorzubereiten. Die Bank hat dann die Einberufung zu verfassen und ihre Veröffentlichung zu veranlassen. Sie hat kurz vor der Hauptversammlung die Anwesenheitslisten aufzustellen und alle technischen Vorbereitungen zu treffen. Oft verpflichtet sie sich auch dazu, das für die Durchführung der Hauptversammlung benötigte Personal zu stellen.

Der "chef de file" trifft auch die Abmachungen über die finanziellen Bedingungen gleichzeitig für sich und die anderen Domizilbanken, wobei die Höhe der Vergütung vom Umfang der übernommenen Aufgaben abhängt. Für das Beschaffen der Vollmachten allein erhalten die Banken eine Aufwandsentschädigung, für die Sperrung der Aktien eine Provision, die sogenannte "commission". Als Provision wird grundsätzlich der durch eine Vereinbarung unter den Banken bestimmte Satz festgelegt (78), der sich nur in ganz besonderen Fällen um ein Geringes erhöht, nämlich wenn die Gesellschaft ein besonderes Interesse an der Vertretung eines großen Teils der Aktionäre hat. Als Entschädigung für entstandene Unkosten wird manchmal eine Pauschale, neuerdings aber häufiger volle Abrechnung der tatsächlich entstandenen Kosten vereinbart.

2. Die technische Durchführung durch die Domizilbanken und Dritte

a) Die Durchführung der Aufgabe beginnt einige Wochen vor der Hauptversammlung damit, daß der "chef de file" die Vollmachtsformulare von der Gesellschaft bekommt oder drucken läßt (79). Dazu entwirft er ein an die Aktionäre gerichtetes Begleitschreiben, das als "Einberufung" ("convocation") bezeichnet wird und gewöhnlich etwa folgenden Wortlaut hat:

(Nom de la Société)

Paris, le (date de la poste)

Avis de Convocation

ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

Par décision du Conseil d'Administration, Messieurs les Actionnaires de la Compagnie ... sont convoqués au siège social à Paris ... en assemblée générale ordinaire pour le ...

ORDRE DU JOUR

- 1^o Rapport du Conseil d'Administration;
- 2^o Rapport des Commissaires-Censeurs;
- 3^o Approbation des comptes de l'exercice 1962;
- 4^o Fixation des valeurs pouvant être employées comme placement de fonds conformément aux prescriptions légales;
- 5^o Autorisation à donner aux Administrateurs et aux Directeurs dans les termes de l'article 4 du Décret du 30 décembre 1938;

(78) Über die Höhe der "commission" und die Art der Berechnung s. u. S. 47

(79) Zum Inhalt dieser Formulare s. o. S. 23 ff.

6° Renouvellement du mandat de 4 Administrateurs en exécution des articles 24 et 25 des statuts.

Seront seuls admis à cette Assemblée, ou à s'y faire représenter:

- 1° les propriétaires d'actions nominatives inscrits sur les registres de la Société 10 jours au moins avant la date de l'Assemblée, avec dispense de dépôt de leurs certificats;
- 2° les propriétaires d'actions au porteur, qui auront au préalable justifié de cette qualité soit en déposant leurs actions cinq jours au moins avant la date de l'Assemblée, soit en faisant justifier dans le même délai leur immobilisation dans les caisses d'une banque, d'un établissement de crédit ou d'un agent de change:

- au Siège Social, (Adresse)
 - à la Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie;
 - au Comptoir National d'Escompte de Paris;
 - au Crédit Commercial de France;
 - au Crédit Industriel et Commercial;
 - au Crédit Lyonnais;
 - à la Société Générale;
 - à la Banque de l'Indochine,
- et dans toutes les succursales et agences de ces établissements à Paris et en province.

Pour le cas où vous ne pourriez vous présenter vous-même, nous vous re-mettons, sous ce pli, une formule de pouvoir que vous voudrez bien remplir, signer et adresser à votre mandataire avec la présente lettre d'admission (le mandat ne peut être conféré qu'à un actionnaire membre de l'assemblée, article 42 des Statuts), ou, s'il entre mieux dans vos convenances de confier au Conseil d'Administration le soin de vous faire représenter, nous faire parvenir votre pouvoir, en utilisant l'enveloppe ci-jointe.

Comme l'insuffisance des actions représentées aurait pour effet d'empêcher la constitution régulière de l'Assemblée et de nécessiter une nouvelle convocation, nous vous prions instamment d'assister personnellement à cette assemblée, ou de nous faire parvenir votre pouvoir pour vous y faire représenter.

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION.

Zu beachten ist, daß dieses Schreiben von dem Verwaltungsrat unterzeichnet ist und im Namen der Gesellschaft geschrieben ist, die Rolle der Bank also gar nicht in Erscheinung tritt. Für die Stellung der Bank zwischen Aktionär und Gesellschaft ist außerdem typisch, daß der Aktionär nicht in erster Linie um eine Blankovollmacht gebeten wird. Die Bank, sie verfaßt dieses Schreiben ja, macht ihn nur auf die Hauptversammlung aufmerksam, bittet ihn teilzunehmen oder sich vertreten zu lassen. Sollte ihm eine Teilnahme nicht möglich sein und sollte er keinen geeigneten Vertreter kennen, möge er es dem Verwaltungsrat überlassen, ihm einen Vertreter zu suchen. Sicher bietet nur dieser letzte Hinweis für die meisten Aktionäre eine wirkliche Möglichkeit.

Die Banken legen aber jedenfalls Wert darauf, nicht ausschließlich als Interessenvertreter des Verwaltungsrats zu erscheinen. Sie fühlen sich als Mittler zwischen zwei Geschäftspartnern, Gesellschaft und Depotkunde. Das soll auch in dem Brief an die Aktionäre zum Ausdruck kommen.

Nachdem dieses Schreiben abgefaßt ist, setzt sich der "chef de file" mit den anderen ihm von der Gesellschaft genannten Banken (Domizilbanken) in Verbindung, teilt ihnen die mit der Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen mit und stellt ihnen die nötigen Vollmachtsformulare und Begleitschreiben zur Verfügung.

Von diesem Moment an arbeitet jede der beteiligten Banken bis zur Ablieferung der eingegangenen Vollmachten für sich allein. Jede von ihnen schickt nach den mit der Gesellschaft durch den "chef de file" getroffenen Abmachungen an den festgelegten Kreis der Aktionäre einen Brief mit dem Vollmachtsformular und dem Begleitschreiben. Beigefügt wird üblicherweise ein an die Bank, die im Einzelfall tätig wird, adressierter, freigemachter Briefumschlag zum Zurücksenden der Vollmacht.

b) Nach den Erfahrungen der Banken schicken 50 bis 60 % der angeschriebenen Aktionäre eine unterzeichnete Blankovollmacht zurück. Maurice Polti, Präsident der "Association Nationale des Sociétés Anonymes" ("Ansa"), meint allerdings, daß sogar 75 % der Aktionäre eine Blankovollmacht erteilen (80).

Weshalb diese Aktionäre eine Blankovollmacht erteilen, läßt sich ebenso schwer beantworten wie die Frage, warum die Aktionäre in Deutschland ihre Bank zur Ausübung des Stimmrechts ermächtigen, beziehungsweise nach dem Aktiengesetz 1965 "bevollmächtigen". Für viele der Aktionäre, die aus irgendeinem Grund an der Hauptversammlung beteiligt sein wollen, ist die Erteilung einer Blankovollmacht die einzige Möglichkeit, sich vertreten zu lassen. Manche glauben, gewiß manchmal zu Recht, daß sie so bei einer ordentlichen Hauptversammlung schneller ihre Dividende erhalten, da das Quorum durch die Blankovollmachten vielleicht schon bei erster Einberufung erreicht wird (81). Zum Teil mögen die Aktionäre auch auf diese Weise ihr Vertrauen zum Verwaltungsrat der Gesellschaft ausdrücken (82). Nach Troullier (83) wird

(80) Polti, *Psychologie de l'actionnaire*, in: *La Revue des deux Mondes*, 1958, Mai-Juni, S. 294 (304)

(81) Mutignon, *La représentation des actionnaires*, S. 924

(82) Hepp und Troullier in der Diskussion des Berichts von André Vienot, *Bulletin de la Société d'Etudes Législatives*, 1936, S. 252 (261, 263); Lesaché, *Rapport au nom de la commission de législation civile et criminelle*, in: *Impressions du Sénat* 1932, Nr. 826, S. 28

(83) Troullier in der Diskussion des Berichts von André Vienot, *Bulletin de la Société d'Etudes Législatives* 1936, S. 252 (263).

diese Annahme dadurch bestätigt, daß dann, wenn das Vertrauen in den Verwaltungsrat schwindet, die Zahl der eingehenden Blankovollmachten erfahrungsgemäß geringer wird. Als Vertrauensbeweis für den Verwaltungsrat ist es jedenfalls sicher zu werten, wenn ein Großanleger, wie z.B. ein Investmentfond, eine Blankovollmacht erteilt. Denn von seiner Geschäftsführung kann man annehmen, daß sie über die Lage der Gesellschaft orientiert ist. Berr (84) meint dagegen - und das wird der Wirklichkeit wohl meist am nächsten kommen-, die meisten Aktionäre seien indifferent und hätten keine rechte Vorstellung von der Bedeutung ihres Verhaltens. Bailly (85) endlich ist der Ansicht, der Aktionär glaube, getäuscht durch die Banken, seine Vollmacht gelange an die Hauptversammlung selbst und nicht an den Verwaltungsrat; auf diesem Irrtum beruhe es, daß er seine Vollmacht schickt.

c) Ist der Vollmachtgeber Namensaktionär, so genügt der Gesellschaft, wie einem deutschen Unternehmen, die Vollmacht allein. Denn kurz vor der Hauptversammlung kann durch Vergleich mit dem Aktienbuch festgestellt werden, ob der Vollmachtgeber Aktionär ist (86).

Mit den Vollmachten der Inhaberaktionäre ist der Gesellschaft allein jedoch nicht gedient, Sie braucht eine Bestätigung ("avis d'immobilisation") der Bank, die die Vollmacht beschafft hat, daß der Vollmachtgeber auch tatsächlich Eigentümer der in der Vollmacht genannten Anzahl Aktien ist.

Geht bei der Bank eine Vollmacht eines Depotkunden ein, der Inhaberaktionär ist, so wird, gleichgültig ob die Aktien von der Bank selbst verwahrt werden oder sich in Verwahrung der "Sicovam" (87) befinden, wie bei der Erteilung einer Stimmrechtsvollmacht in Deutschland, bei den Depotunterlagen vermerkt, daß für die betreffenden Aktien eine Vollmacht erteilt ist (88). Auf der Voll-

(84) L'exercice du pouvoir, Nr. 431

(85) Bailly, Défense des actionnaires et finance minière (Nancy 1930) S. 497

(86) Art. 265 Abs. 2 S. 1 Ges. von 1966; vgl. auch §67 Abs. 2 AktG 65

(87) "Sicovam"=Société interprofessionnelle pour la compensation des valeurs mobilières; s. zur Sicovam Jur. cl. soc., fasc. 98, Nr. 50 ff.

Die Sicovam ist eine Einrichtung, die den deutschen Kassenvereinen nachgebildet ist, auch dieselben Aufgaben hat wie sie. Zwei Drittel der an französischen Börsen notierten Inhaberaktien befinden sich in Verwahrung der Sicovam (Moreau-Néret, Les valeurs françaises depuis 1940, S. 404); derjenige, dessen Aktie bei der Sicovam verwahrt wird, wird als Aktionär behandelt, obwohl sein Eigentumsrecht an der Aktie dadurch verändert wird, daß die Aktie nicht mehr individualisierbar ist. Eine Zusammenstellung der juristischen Konstruktionen zu den Rechten an der Aktie in diesem Fall s. bei Jur. cl. soc., fasc. 98, Nr. 70

(88) Zur technischen Durchführung im einzelnen s. Boulle, Précis de technique bancaire, 2. Aufl. (Paris 1953), S. 453 ff.

macht wird gleichzeitig die Sperrung der Aktien durch den "avis d'immobilisation" bestätigt. Sollte ein Aktionär nach diesen Vorgängen, aber vor der Hauptversammlung, seine Titel veräußern, woran er durch die Sperrung nicht gehindert ist, so hat die Bank hiervon Nachricht an die Gesellschaft zu geben (89), die daraufhin die betreffende Vollmacht auszusondern hat. Eine zur Stimmrechtsausübung ermächtigte deutsche Bank braucht in solch einem Fall den Verkauf nur intern bei der Berechnung der Stimmen zu berücksichtigen, die sie ausüben darf.

d) Auch andere Banken, die nicht Domizilbanken für das Beschaffen der Vollmachten sind, ermöglichen oft in gewissem Umfang die Vertretung von Aktionären ohne Unternehmerinteressen auf der Hauptversammlung. Im Unterschied zu den Domizilbanken treten sie jedoch nie von sich aus an ihre Kunden heran, sondern werden nur auf deren Verlangen tätig. Sie benachrichtigen ihre Depotkundschaft nicht einmal von den Hauptversammlungen. Früher hat sich in den Depotbedingungen der Banken häufig eine Klausel befunden, die ausdrücklich bestimmte, daß die Bank nicht verpflichtet ist, den Deponenten von den Hauptversammlungen der Gesellschaften, deren Aktionär er ist, in Kenntnis zu setzen (90). Heute fehlt eine solche Bestimmung anscheinend immer, da niemand der Ansicht ist, daß eine solche Verpflichtung bestehe, und es außerdem völlig unüblich ist, daß eine Bank einen Aktionär auf eine Hauptversammlung aufmerksam macht.

Ein Aktionär, der trotzdem, vielleicht durch die Presse, von der Hauptversammlung erfahren hat und seine Vertretung durch Blankovollmacht wünscht, bittet seine Bank, bei der er die Aktien im Depot hat oder bei der er sie sonst sperren lassen will, ihm ein Vollmachtsformular zu beschaffen. Die Bank besorgt dann die von ihrer Klientel benötigten Formulare bei einer Domizilbank und läßt sie, wie die Domizilbanken, von den Aktionären unterzeichnen. Dann sperrt sie, wie oben beschrieben, die Aktien und versieht jede der Blankovollmachten mit einem von ihr ausgestellten "avis d'immobilisation".

Kurz vor dem in der Einberufung genannten Datum, bis zu dem Aktien oder "avis d'immobilisation" bei einer der Domizilbanken deponiert sein müssen, übergibt sie die Vollmachten mit der Sperrbescheinigung einer dieser Banken. Dabei wählt sie in den meisten Fällen den "chef de file", den sie daran erkennt, daß er an erster Stelle der Liste der Banken auf der Einberufung steht (91). Die Domizilbank beteiligt die Bank, die diese Vollmachten beschafft hat, mit 75 bis 85 % an der auf diese Vollmachten entfallenden, von der Gesellschaft gezahlten Provision (commission). Sie selbst behandelt diese Vollmachten, von der Ablieferung durch die aussenstehende Bank an, wie die von ihr selbst beschafften (92).

(89) Ferronière, Les opérations de banque, 2. Aufl., (Paris 1958), Nr. 588 (S. 554)

(90) Nach Guimont, Remèdes contre l'absentionnisme, S. 238 existierte diese Klausel immer.

(91) s. o. S. 39

(92) s. u. S. 46 ff.

e) In dem Mechanismus, der der Vertretung der Aktionäre durch Blankovollmachten dient, nehmen die Börsenmakler (agents de change) eine Sonderstellung ein. Deshalb muß ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre Tätigkeit in dem hier interessierenden Zusammenhang kurz dargestellt werden.

Die Börsenmakler haben nach Art. 76 Abs. 1 C. com. das Monopol für den Handel mit an der Börse notierten Wertpapieren. Dieses Monopol ist für sie besonders wertvoll, weil es für die Banken die Möglichkeit ausschließt, Kundenaufträge zu kompensieren; alle Aufträge müssen über die Börse abgewickelt werden. Die Stellung der Makler ist auch deshalb sehr stark, weil es in Paris, der wichtigsten französischen Wertpapierbörse, nur etwas über achtzig Makler gibt und diese Zahl nicht ohne weiteres veränderbar ist (93).

Zur Kundschaft der Makler gehören nicht nur die Banken, die eigene Börsenaufträge oder Aufträge ihrer Kunden über sie abwickeln, sondern vor allem auch Privatpersonen. Diese ziehen es oft vor, ihre Wertpapiergeschäfte unmittelbar über einen Makler abzuschließen, da sie entweder von einer Bank nicht individuell genug behandelt werden oder selbst bei einer Bank beschäftigt sind und deshalb nicht gern bei dieser oder einer anderen Bank diese Geschäfte bekannt werden lassen wollen.

Die Makler handeln aber nicht nur mit Effekten, sondern sind auch darauf eingerichtet, die Papiere für ihre Kundschaft zu verwahren; da sie an die "Sicovam" (94) angeschlossen sind, verfügen sie über dieselben technischen Mittel wie die Banken. Daneben übernehmen sie oft eine "gestion de portefeuille" (95), führen Habenkonten für jedermann (96) und schließen mit Kontoinhabern Scheckverträge ab.

Der Börsenmakler bietet also das Bild einer Bank im Kleinen, wobei er freilich auf Teilgebiete der Banktätigkeit beschränkt ist. Da die Gesamtheit der Makler wegen ihrer Monopolstellung im Effektenhandel und durch die anderen von den Maklern in erheblichem Umfang betriebenen Bankgeschäfte eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung hat, verdient ihre Tätigkeit beim Beschaffen der Blankovollmachten der Aktionäre Beachtung.

Jeder Kunde, der einem Makler zum ersten Mal einen Auftrag zum Kauf von Aktien erteilt, die vom Makler verwahrt werden sollen, wird um Unterzeichnung des folgenden oder eines ähnlichen Formulars gebeten. Es handelt sich bei diesem Schriftstück um einen an den Makler gerichteten Brief:

(93) s. Art. 13 Abs. 1 Verordnung vom 7. 10. 1890

(94) s. o. Anm. 87

(95) Das bedeutet, daß dem Makler ein bestimmtes Kapital zur selbständigen Verwaltung überlassen wird.

(96) Kredite gegen Zinsen dürfen sie nicht gewähren.

Monsieur,

Je vous prie d'immobiliser d'office, en vue des Assemblées Générales qui pourront avoir lieu, et ce dans tous les cas où vous estimeriez que cela vous paraît opportun, toutes les actions de toute nature pouvant reposer sous mon dossier dans vos Caisses.

Je vous prie aussi de me représenter ou de me faire représenter à ces Assemblées.

Veuillez agréer, Monsieur, l'expression de mes sentiments distingués.

Nom:

Adresse:

Dieses von den meisten Klienten unterzeichnete Formular verschafft dem Makler eine Dauervollmacht zur Ausübung des Stimmrechts fast aller sich bei ihm jeweils im Depot befindenden Aktien. Der Makler kann außerdem Dritte zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigen, also auch Blankovollmachten für die Aktien seiner Kunden erteilen. Damit haben die Börsenmakler Frankreichs hinsichtlich der bei ihnen verwahrten Kundenaktien dieselben Möglichkeiten der Stimmrechtsausübung wie die deutschen Banken bezüglich ihres Depotbesitzes. Es kommt aber anscheinend nie vor, daß ein Makler versucht, mit Hilfe von Kundenstimmen Einfluß in der Hauptversammlung einer Gesellschaft auszuüben. Die Makler beschränken sich stets darauf, dem Verwaltungsrat für den Kundenbesitz eine Blankovollmacht zu erteilen.

Sobald ein Börsenmakler durch die Fachpresse von der Hauptversammlung einer Gesellschaft hört, von der er Aktien im Depot hat, sperrt er diese Aktien genau so, wie die Banken es tun, und stellt eine Blankovollmacht aus. Hierin bringt er zum Ausdruck, daß es sich um Aktien von Kunden handelt, die ihm eine Vollmacht erteilt haben, das Stimmrecht ausüben zu lassen. Die Namen der Kunden werden jedoch fast nie genannt. Anschließend schickt er die Vollmacht mit entsprechendem, von ihm selbst ausgestelltem, "avis d'immobilisation" an eine Domizilbank, meist an den "chef de file".

Die Zahl der auf diese Weise gesammelten Stimmen ist oft erheblich; statistische Angaben gibt es leider nicht. Mögen Kundenstamm und Geschäftsvolumen der Makler, verglichen mit den Banken, auch relativ klein sein, so ist die Beteiligung der Makler an der Vertretung der Publikumsaktionäre dennoch von einer gewissen Bedeutung, zumal sie als einzige mit Dauervollmachten arbeiten, die es ihnen erlauben, ohne großen Aufwand viele Aktionäre vertreten zu lassen. Für ihre Tätigkeit erhalten die Makler, wie eine Bank, die nicht Domizilbank ist, 75 bis 85 % der von der Gesellschaft für die abgelieferten Vollmachten gezahlten Provision.

Wie sich der Makler bei der Erteilung von Blankovollmachten für den Depotbesitz zu verhalten hat, bestimmt die "Chambre Syndicale" der "Compagnie des Agents de Change de Paris", die die gesamte Tätigkeit der Makler scharf kontrolliert, in einer Anweisung vom 30. 3. 1961 (97). Dort ist ausgeführt, daß die Makler berechtigt sind, der Gesellschaft auf deren Verlangen eine spezifi-

(97) Aktenzeichen: 61-6, C. 5; die Anweisungen der Maklerkammer sind nicht veröffentlicht.

zierte Aufstellung der Namen und Beteiligungen der vertretenen Aktionäre zu schicken.

Nach der herrschenden Lehre wäre es schon bisher zur ordnungsgemäßen Errichtung der Anwesenheitsliste notwendig gewesen, daß die vertretenen Aktionäre immer genannt wurden (98). Tatsächlich begnügte man sich allerdings meist mit der Angabe des Maklers, daß er die Vollmacht "pour divers clients" erteile. Dies dürfte sich jedoch ändern, weil Art. 167, 447 Nr. 1 lit. a. Ges. von 1966 die Angabe des Namens des vertretenen Aktionärs verlangen.

Von besonderem Interesse sind die in der genannten Anweisung getroffenen Bestimmungen, wie der Makler sich verhalten soll, wenn auf der Hauptversammlung Opposition zu erwarten ist. Zwar billigt die "Chambre Syndicale" grundsätzlich die Benutzung einer in Form eines Briefes erteilten allgemeinen Dauervollmacht. Für den Fall, daß Opposition zu befürchten ist, bestimmt sie jedoch:

"Lorsqu'il apparaît que certaines propositions du Conseil d'Administration doivent être contestées par un groupe d'actionnaires, le principe constant de notre Compagnie est de conserver une complète neutralité: en ce cas, il est donc expressément recommandé aux charges de ne pas utiliser, pour l'immobilisation des titres et l'envoi des pouvoirs, les autorisations générales qu'elles peuvent détenir de leurs clients, mais de demander à ces derniers des instructions spéciales en vue de l'assemblée dont il s'agit."

Für die Makler ist es selbstverständlich, dieser Empfehlung zu folgen. Sie machen sich allerdings meist nicht die Mühe, ihre Klientel um Weisungen zu bitten, sondern lassen, falls Opposition zu erwarten ist, die bei ihnen deponierten Aktien unvertreten.

f) Die von der Maklerkammer ausgesprochenen Empfehlungen sind eine Besonderheit; denn für das Verhalten der Banken gibt es nichts Entsprechendes, und es bestehen auch keine Vereinbarungen unter den Banken, wie etwa in Deutschland die durch den Bundesverband des privaten Bankgewerbes aufgestellten Grundsätze über die Ausübung des Depotstimmrechts.

Soweit ersichtlich, befassen sich in der Literatur auch nur Jean Escarra, Edouard Escarra und Rault in ihren "Principes de droit commercial" (99) mit der Frage, wie eine Bank sich zu verhalten hat, wenn auf einer Hauptversammlung mit einer Opposition zu rechnen ist. Besonderes Gewicht hat die dort geäußerte Ansicht, weil Edouard Escarra Generaldirektor des Crédit Lyonnais, der bedeutendsten französischen Depotbank, war. Nach seiner Meinung müssen die Banken neutral bleiben und im Prinzip die Blankovollmachten an den im Amt befindlichen Verwaltungsrat schicken. Sie könnten allerdings, wobei sie völlige Objektivität zu wahren hätten, die Aktionäre,

(98) s. u. S. 56 Anm. 148

(99) Paris 1937, Bd. 6, Nr. 839 (S. 649, 650)

die zu ihrer Klientel gehören, unterrichten, damit sie wissen, was sie zu tun haben und an wen sie ihre Vollmachten schicken können, wenn sie gegen den Verwaltungsrat stimmen wollen.

Danach scheint es als mit der Stellung der Bank vereinbar angesehen zu werden, daß sie für eine Hauptversammlung auch dann Blankovollmachten zu Gunsten des Verwaltungsrats sammelt, wenn dieser mit Widerstand zu rechnen hat. Sie hat nicht die Pflicht, die von ihr um Vollmachten gebetenen Aktionäre von der Hauptversammlung irgendwie zu informieren. Dies ist auch die Ansicht aller im Rahmen der vorliegenden Arbeit befragten Bankenvertreter.

3. Ablieferung der Blankovollmachten und Abrechnung

a) Zum Abschluß ihrer Tätigkeit schicken die Domizilbanken die von ihnen beschafften Blankovollmachten an den "chef de file". Diese Bank, auch "banque centralisateur" genannt, läßt die von den verschiedenen Banken eingehenden Vollmachten getrennt und schickt sie dem Verwaltungsrat zu, der folglich in der Lage ist zu erkennen, welche Bank am meisten Erfolg hatte.

Wenn eine Bank besonders viele Vollmachten beschafft hat, kann man daraus schließen, daß die Kundschaft dieser Bank in besonders großem Umfang Aktien der betreffenden Gesellschaft besitzt. Falls diese Bank nichts mit der ursprünglichen Plazierung dieser Aktien zu tun hatte, liegt der Schluß nahe, daß die Bank ihrer Klientel den Erwerb dieser Aktien empfiehlt, also von der Güte dieser Papiere überzeugt ist. Aus einem Erfolg der Bemühungen der Bank läßt sich auch der Schluß ziehen, daß sie besonders sorgfältig gearbeitet hat. Nach den Erfahrungen der Banken ziehen die Gesellschaften aus dem Umfang der

Ausbeute einer Bank an Vollmachten oft die Konsequenz, den Umfang der Geschäftsbeziehungen danach einzurichten. Es ist einzusehen, daß ein Verwaltungsrat leicht dazu neigen wird, das Geschäft mit einer Bank zu beleben, die ihm stets besonders viele Vollmachten besorgt. Gute Beziehungen zu dieser Bank werden ihm wertvoll sein, da der Gedanke nahe liegt, daß diese Bank dem Verwaltungsrat schon allein dadurch Schwierigkeiten machen könnte, daß sie sich später weigert, für ihn Vollmachten zu beschaffen.

Häufig schickt der "chef de file" nicht nur die von ihm und den anderen Domizilbanken gesammelten Vollmachten der Kundschaft an den Verwaltungsrat, sondern auch Blankovollmachten für die ihm und den anderen Banken gehörenden Aktien. Wie dieses, für die der Hauptversammlung beigemessene Bedeutung gewiß charakteristische, Verhalten zu werten ist, wird unten (100) erörtert. Die Vorbereitung der Hauptversammlung wird der Gesellschaft jedenfalls auf diese Weise erleichtert, weil sie jetzt schon die Anwesenheitsliste (feuille de présence) errichten kann. Dazu spart sich die Bank die Mühe, einen eigenen Vertreter zu der Hauptversammlung zu schicken.

Falls es im Vertrag vereinbart ist, stellt schon der "chef de file" selbst vor der Ablieferung der Vollmachten die Anwesenheitsliste für die Hauptversammlung auf (101). Da alle "avis d'immobilisation", auch die für die Aktien, deren Inhaber selbst zur Hauptversammlung kommen wollen, zum "chef de file" gelangen, kann er diese Liste für alle Inhaberaktionäre, die anwesend oder vertreten sein werden, vollständig vorbereiten. Nur die Namensaktionäre brauchen dann auf der Hauptversammlung selbst noch eingetragen zu werden, falls sie sich nicht ebenfalls vorher anmelden müssen. Da noch nicht feststeht, durch wen die Aktionäre, die eine Blankovollmacht erteilt haben, vertreten werden, bleibt in der Liste der Raum für den oder die Vertreter frei.

b) Wenn der "chef de file" sich nicht auch zur Mitwirkung bei der Hauptversammlung selbst verpflichtet hat, hat er mit der Ablieferung der Blankovollmachten seine Aufgaben erfüllt. Er kann nun mit der Gesellschaft für sich selbst und die anderen Domizilbanken abrechnen.

Der finanzielle Teil der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Bank ist deshalb von Interesse, weil immer wieder Vorwürfe erhoben werden, der Verwaltungsrat kaufe für sich auf Kosten der Gesellschaft Stimmen. Die Banken machten dabei ein blendendes Geschäft und erhielten, da es oft dem Verwaltungsrat nur auf die Rettung seiner Stellung ankomme, im Verhältnis zu ihren Bemühungen eine viel zu hohe Vergütung (102).

Die eigentliche Bezahlung der Bank besteht in der Provision ("commission"), die nicht für die dem Verwaltungsrat beschafften Vollmachten oder Stimmen, sondern für die Sperrung der Aktien, gezahlt wird. Für jede von ihr gesperrte Aktie erhält die Bank nach den zur Zeit zwischen den Banken bestehenden Abreden, die insoweit gewöhnlich Bestandteil des Vertrags mit der Gesellschaft werden (103), 0,5 % des Nennwertes der Aktie, höchstens aber FF 0,15 (= DM 0,12). Dieser Betrag wird nicht nur für die Sperrung der Aktien geschuldet, für die dem Verwaltungsrat eine Blankovollmacht zur Verfügung gestellt wird, sondern für jede im Hinblick auf die Hauptversammlung gesperrte Aktie. Die Gesellschaft bezahlt also auch für die selbst erscheinenden Aktionäre die Kosten der Sperrung.

Die Provision ist für alle Domizilbanken gleich hoch. Die manchmal aufgestellte Behauptung, der "chef de file" erhalte mehr als die übrigen Banken, ist nicht richtig. Der einzige Vorteil des "chef de file" ist, daß ihm von fast allen Banken, die nicht Domizilbanken sind, und von den Börsenmaklern die von diesen beschafften Blankovollmachten mit Sperrbescheinigung zugeschickt werden. Das hat für ihn die Folge, daß er zwischen 15 und 25 % der Provision erhält, die auf die von diesen Instituten gesperrten Aktien entfällt (104).

(101) Zum Inhalt dieser Liste s. u. S. 55

(102) Zu den Folgen von "commissions excessives" für die Gültigkeit der Hauptversammlung s. u. S. 51 ff.

(103) s. o. S. 38

(104) vgl. o. S. 42

Außer der Provision erhalten die Banken eine Unkostenentschädigung. Neben dem Ersatz der eventuell entstandenen Druckkosten und der durch Sonderleistungen entstandenen Kosten (Hilfe bei der Hauptversammlung etc.) hatte früher die Gesellschaft meist eine Pauschale von etwa FF O, 55 je vertretenen oder anwesenden Aktionär, der seine Aktien bei der Bank hatte sperren lassen, zu zahlen. Da in diesem Betrag allein FF O, 50 Porto für das Schreiben an den Aktionär und den frankierten Rückumschlag enthalten waren und viele Aktionäre auf den Brief der Bank nicht reagieren, wurden der Bank von der Gesellschaft oft tatsächlich entstandene Kosten nicht ersetzt. Deshalb rechnen die Banken neuerdings meist mit der Gesellschaft über die wirklichen Kosten ab.

c) Die Blankovollmachten unterliegen nach Art. 876, 878 Code Général des Impôts einer Stempelsteuer ("droit de timbre de dimension") von FF 2, 50 (= ca. DM 2, --) je Vollmachturkunde. Durch diesen sehr hohen Betrag läßt sich der Verwaltungsrat, wie oben (105) erwähnt, oft davon abhalten, jeden kleinen Aktionär um eine Vollmacht zu bitten.

Die Steuermarke muß eigentlich durch die Bank auf die Vollmacht geklebt werden, bevor sie dem Aktionär zugeschickt wird. Auf diese Weise gingen jedoch erhebliche Beträge verloren, da viele Aktionäre die Vollmacht nicht unterzeichnen. Deshalb ist in Art. 93 A bis G Annex IV zum Code Général des Impôts eine Sonderregelung getroffen worden, nach der eine Gesellschaft sich vom zuständigen Finanzamt die Genehmigung zur Verwendung unsteuerter Vollmachten erteilen lassen kann. Die Gesellschaft hat dann nach der Hauptversammlung nur für die tatsächlich ausgeübten Vollmachten, an Hand von ihr aufgestellter Listen, die Stempelsteuer zu entrichten. Für diesen, inzwischen allein üblichen, Fall erhalten die Vollmachtsformulare den Aufdruck "Timbre payé sur états; autorisation du .. (Datum)" (106).

§ 6 Verteilung und Benutzung der Blankovollmachten

1. Die Blankovollmachten gelangen an die Gesellschaft und damit an deren Verwaltungs- und Vertretungsorgan, den Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit. Sollten innerhalb dieses Gremiums Unstimmigkeiten bestehen, ist es von Bedeutung, wer darüber zu bestimmen hat, durch welche Personen die Vollmachten ausgeübt werden.

(105) s. o. S. 37

(106) s. o. S. 24/25

Allein zu stehen scheint Dalsace (107) mit seiner Ansicht, der Verwaltungsrat könne nur einstimmig beschließen, die Vollmachten auf einzelne seiner Mitglieder zu verteilen, da die Aktionäre nur dem Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit, und nicht den einzelnen Verwaltungsratsmitgliedern, Vertrauen entgegengebracht hätten. Die entgegengesetzte Lösung, die Vollmachten nämlich grundsätzlich gleichmäßig auf alle Verwaltungsratsmitglieder zu verteilen, hält Cordonnier (108) an sich für die nächstliegende, weil dann jedes Mitglied des Verwaltungsrates in der Hauptversammlung seine eigene Meinung wie in den vorhergehenden Beratungen des Verwaltungsrates vertreten könne. Dennoch hält Cordonnier es für richtiger, der Mehrheit im Verwaltungsrat die Verfügungsbefugnis über die Vollmachten zuzuerkennen. Denn nur die durch die Mehrheit im Verwaltungsrat gefaßten Entscheidungen träten nach außen in Erscheinung. Der Mehrheit, die diese Entscheidungen getroffen habe, schenke der Aktionär, der die Vollmacht schickt, Vertrauen. Deshalb müsse sie auch über die Verwendung der Vollmachten entscheiden können (109).

Diese Ansicht hat sich auch in der Rechtsprechung des Kassationshofs durchgesetzt, der über einen Fall zu entscheiden hatte, in dem ein Verwaltungsratsmitglied seine Klage auf Nichtigkeitserklärung einer Hauptversammlung unter anderem darauf gestützt hatte, daß ihm im Gegensatz zu seinen Kollegen keine Blankovollmachten zugeteilt worden waren (110). Das Gericht hat diesen Angriff ohne weitere Begründung mit der Bemerkung abgewiesen, der Verwaltungsrat habe die Möglichkeit, den Vertreter der Aktionäre zu bestimmen, ohne daß er dazu gezwungen sei, die Vollmachten unter alle seine Mitglieder aufzuteilen.

Eine Sonderregelung gilt für Blankovollmachten, die Aktionäre von großen Geschäftsbanken für deren Hauptversammlungen erteilt haben (111). Diese Unternehmen haben als Ausgleich dafür, daß sie im Gegensatz zu den großen Depotbanken der Verstaatlichung entgangen sind, einen staatlich eingesetzten Kommissar, der an allen Hauptversammlungen und den Sitzungen des Verwaltungsrats teilnehmen kann und dort unter bestimmten Umständen ein Veto-recht hat (112). Dieser Kommissar kann über alle Blankovollmachten verfügen (113). In der Praxis läßt sich eine Auswirkung dieser Bestimmung jedoch leicht wesentlich einschränken. Der Verwaltungsrat einer Geschäftsbank bittet zu diesem Zweck die Aktionäre der Bank, für den Fall, daß sie nicht selbst teilnehmen wollen, ihm persönlich unter Nennung seines Namens, also nicht blanko, eine Vollmacht zu erteilen. Oder er weist sie jedenfalls ausdrücklich darauf hin, daß eventuell eingehende Blankovollmachten zur Verfügung des staatlichen Kommissars stehen.

(107) Dalsace, *Revue des Sociétés* 1960, 258 (263)

(108) *J. soc.* 1934, 417 ff. Anm. 18 bis

(109) So auch Moliérac, *Manuel des Sociétés*, Bd. 2, Nr. 1224

(110) *Cass. civ.* 27. 10. 1959, *D.* 1960, 454; Anm. Dalsace

(111) Art. 11 Abs. 1 Ges. vom 2. 12. 1945

(112) Art. 11 Abs. 1 und 3 Ges. vom 2. 12. 1945

(113) Art. 11 Abs. 7 Ges. vom 2. 12. 1945

2. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle, in denen dem Verwaltungsrat einer gewöhnlichen Aktiengesellschaft Blankovollmachten verschafft worden sind, spielt die Frage der Verfügungsmacht über diese Vollmachten keine Rolle. Dementsprechend hat sich in den großen Gesellschaften ein sehr unpersönliches System der Verteilung der Vollmachten eingespielt. Der Verwaltungsrat bestimmt einige seiner Mitglieder, leitende Angestellte der Gesellschaft oder Vertreter einer befreundeten Bank, die ihm möglicherweise selbst eine Blankovollmacht für ihre Eigenbestände erteilt hat, zu Vertretern der Aktionäre. Natürlich wird der Verwaltungsrat nur ihm wohlgesonnene Vertreter auswählen. Diese Personen finden sich eine halbe Stunde vor Beginn der Hauptversammlung am Versammlungsort ein und setzen ihre Unterschrift Seite für Seite auf die vorbereitete Anwesenheitsliste in die Spalte "Bevollmächtigter" hinter die Namen der Aktionäre, die eine Blankovollmacht geschickt haben. Die Zahl der auf den einzelnen Vertreter entfallenden Vollmachten richtet sich also oft allein danach, wieviele Unterschriften er geleistet hat und wieviele Stimmen "seiner" Aktionäre haben (114). In die Vollmachtsurkunden wird der Name des Bevollmächtigten meist nicht einmal eingesetzt (115), woraus Voirin (116), im Gegensatz zu Cordonnier (117), auf die Ungültigkeit der Bevollmächtigung schließt. Gerichte haben sich mit dieser Frage, die wegen des Fehlens gesetzlicher Formvorschriften für die Bevollmächtigung gewiß im Sinne von Cordonnier zu entscheiden ist, anscheinend noch nicht befaßt.

3. Der Ausübung der Blankovollmachten steht kaum jemals ein Hindernis entgegen. Bei der Auswahl der Vertreter muß nur darauf geachtet werden, daß Gesetz und Satzung diese Personen auch zur Hauptversammlung zulassen (118).

Sollte die Satzung bestimmen, daß ein Teilnehmer an der Hauptversammlung nur eine bestimmte, niedrige Zahl Stimmen ausüben darf (119), so bereitet auch das keine Schwierigkeiten. Denn man braucht nur eine genügend große Anzahl Vertreter zu bestimmen, um mit dieser Klausel nicht zu kollidieren. In dem Fall, daß eine Begrenzung der Höchststimmenzahl besteht, kann sich die Benutzung der Blankovollmachten sogar als besonders vorteilhaftes Mittel der Vertretung erweisen. Würden die Aktionäre nämlich nur ein oder zwei prominente Mitglieder des Verwaltungsrats bevollmächtigen, könnte es sein,

(114) Auf diese Art der Verteilung weist auch Rengade, *Droit des sociétés*, 1955, Nr. 4 S. 2 hin.

(115) So scheint es auch bei der Gesellschaft "Bon Marché" in dem Fall, den das Appellationsgericht Paris am 3. 7. 1961 (D. 1961, 616; Anm. Rodière) entschieden hat, gewesen zu sein. Denn es ließ sich anscheinend nicht mehr feststellen, welche Aktionäre durch welche Bevollmächtigte vertreten worden waren, da man es sogar unterlassen hatte, in der Anwesenheitsliste selbst die Namen der vertretenen Aktionäre aufzuführen.

(116) D. H. 1931, Chr., 49 (52)

(117) J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 9

(118) s. o. S. 20 ff

(119) s. o. S. 12

daß diese nicht alle ihnen zur Verfügung gestellten Stimmen ausüben könnten (120).

Im übrigen ist oben dargestellt worden (121), daß ein Aktionär oder Aktionärvertreter von der Stimmrechtsausübung grundsätzlich durch eine Kollision seiner Interessen mit denen der Gesellschaft nicht ausgeschlossen wird.

§ 7 Verstöße bei Beschaffung und Benutzung der Blankovollmachten

1. Es ist oben (122) schon erwähnt worden, daß eine Verletzung der Freiheit der Stimmrechtsausübung mit der Folge, daß die Hauptversammlung nichtig ist (123), eventuell schon darin liegen kann, daß die Gesellschaft nur einen Teil der Aktionäre benachrichtigen und um eine Blankovollmacht bitten läßt. Die Kritik am Verhalten der Verwaltungsräte setzt jedoch gewöhnlich an einer anderen Stelle an, nämlich bei den an die Banken und Börsenmakler gezahlten Provisionen (commissions). So findet sich in der Literatur oft die Bemerkung, daß eine Hauptversammlung nur solange gültig sei, als die Provisionen, die der Verwaltungsrat für die Beschaffung der Blankovollmachten gezahlt hat, nicht übertrieben hoch sind (124).

Mit einem Fall, in dem die Höhe der Provisionen eine Rolle spielte, hat sich das Appellationsgericht Paris in einem Urteil vom 22. 7. 1938 (125) befaßt. Es handelte sich um eine Klage auf Nichtigkeitserklärung einer Hauptversammlung oder jedenfalls eines Teiles der dort gefaßten Beschlüsse. In dem der Entscheidung zu Grunde liegenden Fall waren an verschiedene Banken von der beklagten Gesellschaft Provisionen gezahlt worden, die nach Ansicht des Gerichts (126) zu hoch waren. Hinzukam aber noch einiges weitere: Eine andere Gesellschaft

(120) Mit solch einem Fall hatte es die Cour d'Amiens (Urteil vom 12. 7. 1929, J. soc. 1929, 651; Anm. Cordonnier) zu tun. Der Verwaltungsrat hatte die Aktionäre um Blankovollmachten gebeten, um zu vermeiden, daß alle Vollmachten einem Verwaltungsratsmitglied erteilt würden, das sie dann zum Teil nicht ausüben könnte, da kein Teilnehmer mehr als 20 Stimmen ausüben durfte.

(121) s. o. S. 11 ff., 21/22

(122) s. o. S. 37ff.; vgl. auch S. 11 Fußnote 36

(123) s. o. S. 37

(124) z. B. Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 120; Ripert, Bd. 1, Nr. 1175

(125) D. P. 1939. 2. 44 = J. soc. 1940, 105; Anm. H. B.

(126) In einer Anmerkung zu diesem Urteil, die mit H. B. unterzeichnet ist, (J. soc. 1940, 105), wird die im vorliegenden Fall gezahlte Provision als normal bezeichnet. Das Urteil beruht aber auf den - möglicherweise falschen - Vorstellungen des Gerichts. Deshalb ist allein der von dem Gericht angenommene Tatbestand für die Rechtsfrage von Bedeutung.

(Société Latécoère), die denselben Sitz und denselben Präsidenten und fast den gleichen Verwaltungsrat wie die Beklagte besaß, war Inhaberin eines grossen Aktienpaketes der Beklagten. Da sie weit mehr Stimmen hatte, als ein Aktionär auf der Hauptversammlung ausüben durfte, übertrug sie zum Schein einen Teil ihrer Aktien auf einige Freunde eines Verwaltungsratsmitglieds der Beklagten. Eine dritte Gesellschaft (Société Générale Aéronautique), die auf ähnliche Weise wie die Société Latécoère mit der Beklagten verbunden war, besaß gerade so viele Aktien, daß sie alle ihre Stimmen ausüben durfte. Kurz vor der Hauptversammlung erwarb sie durch ein teures Reportgeschäft (127) weitere Aktien, die sie durch ein zweites, ebenfalls kostspieliges, Reportgeschäft auf zwei Strohänner übertrug, die dann als Aktionäre auf der Hauptversammlung auftraten.

Das Gericht schloß aus diesen Vorgängen: "Offensichtlich hatten die oben festgestellten Machenschaften das tatsächliche Ergebnis, die Mehrheit zu verlagern und die Unabhängigkeit und Echtheit der Abstimmungen in einer solchen Weise zu gefährden, daß man sie für nichtig und nicht geschehen ansehen muß und, dem Antrag der Kläger entsprechend, die Nichtigkeit der Hauptversammlung und aller dort gefaßten Beschlüsse aussprechen muß." (128).

Den Nichtigkeitsgrund sieht das Gericht also nicht in der Zahlung einer zu hohen Provision selbst, sondern in einem Verfälschen des Abstimmungsergebnisses durch verschiedene unlautere Machenschaften, zu denen das Beschaffen der Blankovollmachten gegen hohe Provisionen durch den Zusammenhang, in dem es geschah, auch gehörte. Das Gericht sieht unter diesen Umständen eine echte, freie Willensbildung der Aktionäre als gefährdet an.

Dieselben Erwägungen scheinen einem Urteil des Kassationshofs vom 27. 10. 1959 (129) zugrunde zu liegen. Auch dieses Gericht hat anscheinend die Höhe der Provisionen als Merkmal für den Versuch angesehen, die Freiheit der Stimmrechtsausübung anzutasten. Da der Kassationshof diese Überlegungen bei der Untersuchung anstellt, ob die Hauptversammlung für nichtig zu erklären ist, scheint er einen solchen Verstoß als Nichtigkeitsgrund anzusehen. Er war aber an die Feststellung der Vorinstanz gebunden, wonach die Provisionen im vorliegenden Fall normal waren.

Eine Verletzung der Freiheit der Stimmrechtsausübung, also einen Grund für die Nichtigkeit einer Hauptversammlung, scheint auch Dalsace in seiner Anmerkung zu diesem Urteil unter gewissen Umständen darin zu sehen, daß zu hohe Provisionen gezahlt werden (130). In diesem Sinne sind wohl auch die oben (131) erwähnten Äußerungen in der Literatur zu verstehen, daß die

(127) Zum Begriff des Reportgeschäfts siehe Jur. cl. com. : Banque et Bourse, "Bourse", fasc. 25, Nr. 1.

(128) Zum Verfahren der Nichtigerklärung s. Jur. cl. soc. , fasc. 136, Nr. 104

(129) D. 1960, 454; Anm. Dalsace

(130) D. 1960, 454

(131) S. 51

Provisionen solange zulässig seien, als sie nicht übertrieben hoch sind.

2. Daß den Verwaltungsrat selbst aus einer mißbräuchlichen Benutzung von Blankovollmachten eine zivilrechtliche Haftung treffen kann, erwähnt, soweit ersichtlich, nur Cordonnier (132). Nach seiner Ansicht kommen sowohl die Vorschriften über das Mandat (133) als auch die deliktrechtliche Generalklausel (134) als Grundlage für Schadenersatzansprüche gegen den Verwaltungsrat in Betracht.

3. Den Verwaltungsrat kann bei der Benutzung der ihm zur Verfügung gestellten Blankovollmachten auch eine strafrechtliche Haftung treffen. Die einschlägige spezialgesetzliche Norm ist Art. 437 Nr. 4 Ges. von 1966. Danach macht sich das Mitglied des Verwaltungsrats strafbar, das Stimmen, über die es in dieser Eigenschaft verfügt, bewußt zum Nachteil der Gesellschaft, zu seinem eigenen Vorteil oder zum Vorteil einer Gesellschaft, an der es interessiert ist, ausübt. Daß dieser Tatbestand durch die Ausübung von Blankovollmachten, ohne Rücksicht auf die Bedeutung der zu treffenden Entscheidung (135) erfüllt werden kann, war hinsichtlich des im Wortlaut gleichen Art. 15 Nr. 7 Ges. von 1867 unstrittig (136). Dafür, daß der Verwaltungsrat sich nach Art. 15 Nr. 7 strafbar machte, war es nicht nötig, daß er selbst an der Abstimmung teilnahm, sondern es genügte, daß er die Vollmachten durch Dritte ausüben ließ (137), wobei der Dritte sich als Gehilfe strafbar machte, wenn

(132) J. soc. 1934, 417 ff., Nr. 15

(133) Art. 1991, 1992, 1994 Cc.

(134) Art. 1382 Cc.

(135) Streittig, s. Riou, La protection pénale du droit de vote des actionnaires, in: Le droit pénal spécial des sociétés anonymes, Etudes de Droit Commercial, herausgegeben unter der Leitung von Hamel (Paris 1955), S. 345 mit Nachweisen.

(136) Solus, La réforme du droit des sociétés par les décretslois de 1935 et 1937 (Paris 1938), Nr. 106 zu Art. 15, Nr. 7; Goyet, Rousselet, Patin, Droit pénal spécial (Paris 1958), Nr. 998; Pinoteau, Législation pénale en matière économique et financière (Paris 1959), Nr. 234

Streittig ist nur, ob der Tatbestand auch dadurch erfüllt werden kann, daß der Verwaltungsrat Stimmen eigener Aktien oder ihm persönlich übertragene Vollmachten ausübt;

ja: Solus, La réforme du droit des sociétés ..., Nr. 106 zu Art. 15, Nr. 7, der allerdings Stimmen aus eigenen Aktien ausnimmt;

nein: Pinoteau, Législation pénale ..., Nr. 234; Riou, La protection pénale, S. 343

(137) Riou, La protection pénale ..., S. 342

er die Umstände kannte (138). Daß das Abstimmungsergebnis im Sinne des Täters ausfiel, war nicht nötig. Denn es handelte sich nicht um ein Erfolgsdelikt (139). All dies dürfte ohne Einschränkung auch für Art. 437 Nr. 4 Ges. von 1966 gelten, der Gefängnisstrafen von einem bis zu fünf Jahren und Geldstrafen von FF 2 000, -- bis FF 40 000, -- androht.

Soweit ersichtlich hat die Rechtsprechung Art. 15 Nr. 7 niemals auf die Benutzung von Blankovollmachten angewandt. In dem allerdings häufig hierfür zitierten Fall des Strafverfahrens gegen Mitglieder des Verwaltungsrats der Gesellschaft "Bon Marché" beruht das Urteil nicht auf Nr. 7, sondern auf Nr. 6 des Art. 15 (140).

Cordonnier (141) hält auch die allgemeine Norm, die den Mißbrauch eines Blankos unter Strafe stellt, nämlich Art. 407 Code pénal, für anwendbar auf den Mißbrauch von Blankovollmachten (142).

§ 8 Umstände und Gegenkräfte, die die Bedeutung des beschriebenen Vertretungssystems bestimmen

Die Macht des Verwaltungsrats in der Hauptversammlung kraft der ihm zur Verfügung stehenden Blankovollmachten wird weitgehend davon bestimmt, einen wie großen Anteil des gesamten anwesenden und vertretenen Kapitals der Verwaltungsrat auf diese Weise vertritt. Statistische Unterlagen über die Menge der durch Verwaltungsräte ausgeübten Blankovollmachten existieren ebensowenig, wie Angaben über das im übrigen auf den Hauptversammlungen vertretene Kapital. Es steht aber fest, daß wegen der weiten Streuung der Aktien der meisten großen Aktiengesellschaften (143) nur ein sehr geringer Teil des Kapitals von den Aktionären selbst auf den Hauptversammlungen dieser Gesellschaften vertreten wird. Der Anteil des insgesamt anwesenden und vertretenen Kapitals, das der Verwaltungsrat kraft der Blankovollmachten vertritt, ist dementsprechend oft sehr hoch.

(138) Riou, wie Anmerkung 137

(139) Riou, La protection pénale ..., S. 345

(140) Paris 9. 1. 1952, D. 1952, 383

(141) J. soc. 1934, S. 417 ff. (Nr. 15)

(142) Zum Tatbestand des Art. 407 code pénal, allerdings ohne Stellungnahme zu unserer Frage: Pinoteau, Législation pénale ..., Nr. 101 ff

(143) Die Gesellschaft "Péchiney" hatte im Jahre 1952 keinen Aktionär mit einer größeren Beteiligung als 3 % (Polti, Synthèse des grandes assemblées d'actionnaires de 1952, in: Revue politique des Idées et des Institutions (Paris) 1952, S. 424 (426)).

Im Jahre 1960 hatten "Rhône-Poulenc", "Péchiney", "Saint-Gobin" und "Les pétroles d'Aquitaines" je über 80 000 Aktionäre (Heurteux, L'information des actionnaires, S. 22, Nr. 16).

Die Bedeutung der Blankovollmachten in den Händen des Verwaltungsrats hängt aber auch davon ab, ob es möglich ist, daß ein Dritter Aktionär organisiert, um gegen den Verwaltungsrat und dessen Vorschläge vorgehen zu können. Welche Möglichkeiten hierfür bestehen, soll im Folgenden untersucht werden. Es kommt dabei nicht darauf an, ob es sich bei den Aktionären, die organisiert werden sollen, um an der Gesellschaft unternehmerisch interessierte Aktionäre handelt oder nicht. Wichtig ist hier nur, ob und in welchem Umfang die Formierung von Gegenkräften durchführbar ist.

1. Die Anonymität der Aktionäre

a) Die grundlegende Schwierigkeit, die jeden Zusammenschluß von Aktionären behindert, ist die Tatsache, daß sich die Aktionäre gegenseitig nicht kennen und die Möglichkeiten begrenzt sind festzustellen, wer Aktionär einer bestimmten Gesellschaft ist. Es wäre allerdings denkbar, daß Interessenten außer über die Banken, die aber in diesem Zusammenhang verständlicherweise für niemanden als den Verwaltungsrat zu arbeiten bereit sind (144), die Namen eines Teiles der großen Anzahl Inhaberaktionäre über die Anwesenheitsliste ("feuille de présence") erfahren können. Von dem Inhalt der Anwesenheitslisten der Hauptversammlungen der letzten drei Jahre kann nämlich jeder Aktionär während des ganzen Jahres am Gesellschaftssitz Kenntnis nehmen oder Abschriften herstellen (145). Während insoweit schon zur Zeit der Geltung des Ges. von 1867 Einigkeit bestand, war bisher die Frage, welchen Inhalt die Anwesenheitsliste haben muß, umstritten. Für den, der Namen und Adresse der anderen Aktionäre seiner Gesellschaft erfahren will, ist aber gerade entscheidend, ob die Liste neben den Namen der anwesenden auch die der nur vertretenen Aktionäre enthalten muß oder nur die der Vertreter. Denn eben bei den Aktionären, die, gewiß oft ohne bestimmte Absicht, dem Verwaltungsrat eine Blankovollmacht erteilt haben, hat ein Opponent die Chance, für eine spätere Hauptversammlung eine Vollmacht zu bekommen.

Das Gesetz von 1966 behält zwar in Art. 167 die Regelung der endgültigen Anforderungen an die Anwesenheitsliste einer Verordnung vor, stellt aber durch seine Strafbestimmungen bestimmte Mindestanforderungen auf. Der Verwaltungsrat macht sich nämlich - sofern er vorsätzlich handelt - strafbar, wenn er nicht dafür sorgt, daß die Anwesenheitsliste neben Angaben über anwesende Aktionäre und Aktionärsvertreter auch Namen, Anschrift und Aktienbesitz der nur vertretenen Aktionäre enthält (146). Damit hat sich der Gesetzgeber gegen eine Mindermeinung (147) im Sinne der schon bisher herrschenden Lehre

(144) s. o. S. 33

(145) Art. 170 Ges. von 1966. Diese Bestimmung spricht neutral von "obtenir communication", womit jedoch auch das Recht auf Kopie gemeint ist; im Bericht einer vom Senat eingesetzten Kommission heißt es nämlich, daß der jetzige Art. 170 (damals Art. 130) "reprend cette disposition", nämlich Art. 35 Ges. von 1867, in dem ausdrücklich das Recht auf Kopie genannt war (Molle, Rapport sur le projet de loi, Sénat, première session ordinaire de 1965-1966, Nr. 81, Bd. 2, S. 195).

(146) Art. 447 Nr. 1 lit. c

(147) Rodière, D. 1961, 67; Anm. zu Paris 3.7.1961, D. 1961, 616; früher auch Paris (Zivilsenat), D. 1958, 135 Anm. Goré und Paris (Strafsenat), J. soc. 1958, 198

(148) entschieden.

Nach bisher geltendem Recht hatte es weder zivilrechtliche (149) noch strafrechtliche (150) Konsequenzen, wenn die Anwesenheitsliste nicht die von der herrschenden Lehre geforderten Angaben enthielt. Wohl nur deshalb hatte es sich in der Praxis, wie oben (151) erwähnt, durchgesetzt, daß auf den von Börsenmaklern erteilten Blankovollmachten meist nur vermerkt war, der Makler erteile die Vollmacht "pour divers clients". Das Fehlen von Sanktionen muß auch der Grund dafür gewesen sein, daß ein so bedeutendes Unternehmen wie "Bon Marché" es sich jahrelang leisten konnte, neben den Aktionärsvertretern nur die Aktionäre in die Anwesenheitsliste aufzunehmen, die persönlich anwesend waren (152). Mit der Strafandrohung des Art. 447 Nr. 1 lit. c Ges. von 1966, wird in Zukunft zwar sicher erreicht, daß die Anwesenheitslisten genaue Auskunft über die anwesenden und vertretenen Aktionäre geben. Es ist aber zu bedenken, daß selbst eine korrekt geführte Anwesenheitsliste häufig nur einen geringen Teil der Aktionäre enthält, da oft nur eine Minorität auf der Hauptversammlung anwesend oder vertreten ist. Die Anwesenheitslisten können einem Aktionär deshalb nur in beschränktem Umfang dabei helfen, die Namen anderer Aktionäre in Erfahrung zu bringen.

b) Falls es Namensaktionäre in einer Gesellschaft gibt, bietet jedoch das Aktienbuch ("liste des actionnaires") eine weitere Möglichkeit, Kontakt zu anderen Aktionären herzustellen. Da die Eintragung im Aktienbuch für den Aktienerwerb konstitutiv ist (153), gibt dieses Buch stets Auskunft darüber, wer jeweils Namensaktionär ist (154).

(148) Ripert, Bd. I, Nr. 1191; Dalsace, *Revue des sociétés* 1960, 258 (265); Goré, Anm. zu Paris 23.2.1957, D. 1958, 135; Leblond, *J. soc.* 1956, 5 (10); Paris 3.7.1961, D. 1961, 616 Anm. Rodière.

(149) Paris 3.7.1961, D. 1961, 616: eine Hauptversammlung kann nicht wegen fehlerhaft aufgestellter Anwesenheitsliste für nichtig erklärt werden; die Vorinstanz (Trib. com. Seine 16. 12. 1960, D. 1961, 35) hatte umgekehrt entschieden.

(150) Art. 35 Abs. 5 Ges. von 1867; Paris 12.6.1959, D. 1959, 322 mit zustimmender anonymer Anmerkung

(151) S. 45

(152) vgl. Trib. com. Seine 16. 12. 1960, D. 1961, 35

(153) Art. 265 Abs. 2 S. 1 Ges. von 1966

(154) Dalsace (*Revue des sociétés* 1960, 258 (264)) meinte, daß die "liste des actionnaires" im Sinne des Art. 35 Abs. 3, 2. Halbs. Ges. von 1867, an dessen Stelle jetzt Art. 169 Ges. von 1966 getreten ist, auch die Namen der Inhaberaktionäre enthalten müsse, deren Aktien schon für die Hauptversammlung gesperrt sind.

Schon in Art. 35 Abs. 3, 2. Halbsatz Ges. von 1867 war bestimmt, daß jeder Aktionär wenigstens zwei Wochen vor der Hauptversammlung am Gesellschaftssitz Kenntnis nehmen konnte ("prendre communication") vom Aktienbuch. Dieses Recht, Einsicht zu nehmen, umfaßte aber nach herrschender Auffassung nicht das Recht auf Kopie, da in Art. 35 Abs. 3 Ges. von 1867 bewußt zwischen "prendre connaissance ou copie" (hinsichtlich der Anwesenheitsliste) und "prendre communication" (hinsichtlich des Aktienbuchs) unterschieden wurde (155). Das bedeutete, daß das Aktienbuch als Mittel, die Namen anderer Aktionäre zu erfahren, jedenfalls für eine größere Aktion unbrauchbar war. In diesem Punkt hat nun Art. 169 Ges. von 1966 eine Änderung zugunsten kontakt-suchender Aktionäre gebracht. Nach dieser Bestimmung kann nämlich jeder Aktionär unter Bedingungen und innerhalb von Fristen, die noch durch Verordnung zu bestimmen sind, in das Aktienbuch einsehen und Kopien fertigen (156). Entscheidende Änderungen wird diese neue Norm jedoch gewiß nicht bewirken. Denn gerade in den hier besonders interessierenden Publikumsgesellschaften ist der Anteil der jetzt für ihre Mitaktionäre erreichbaren Namensaktionäre äußerst gering (157).

Daraus, daß die Banken nicht bereit sind, sich im Auftrage eines anderen als des Verwaltungsrats an die ihnen bekannten Aktionäre zu wenden, und daß sowohl Anwesenheitsliste als auch Aktienbuch einem Dritten nur in sehr begrenztem Umfang dabei helfen können, die Namen anderer Aktionäre zu erfahren, ergibt sich, daß jeder Vorstoß gegen den Verwaltungsrat mit Hilfe des Aktienstreubesitzes von vornherein große Schwierigkeiten zu überwinden hat. Unter diesem Blickwinkel ist deshalb jede derartige Bemühung zu betrachten.

2. Das "groupement"

Das Gesetz kennt selbst eine Form des Zusammenschlusses, das "groupement". Schon nach Art. 27 Abs. 1, Satz 3 Ges. von 1867 konnten die Aktionäre, die nicht das für die Zulassung zur Hauptversammlung von der Satzung geforderte Aktienminimum besaßen, ein "groupement" bilden und sich durch einen von ihnen oder einen Dritten (158) vertreten lassen. Dies hat Art. 165 Abs. 2 Ges. von 1966 übernommen, freilich mit der Änderung, daß das "groupement" nur durch eines seiner Mitglieder oder den Ehegatten eines Mitglieds vertreten werden kann.

-
- (155) Paris 8. I. 1945, D. 1945, 231; Solus, La réforme du droit des sociétés ..., Nr. 301; Rodière, D. 1961, 67 (68); Dalsace, Revue des sociétés 1960, 258 (264); a. A. Ripert, Bd. 1, Nr. 1188
- (156) Die Bestimmung spricht wie Art. 170 Ges. von 1966 von "obtenir communication"; vgl. hierzu Anm. 145
- (157) vgl. auch S. 29/30
- (158) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 92, mit Nachweisen

Das "groupement", das viele rechtliche Probleme aufwirft (159), ist tatsächlich ohne jede Bedeutung. Zur Bildung eines "groupement" kommt es fast nie, weil die Schwierigkeiten, die einer Kontaktaufnahme unter den zur Hauptversammlung nicht zugelassenen Aktionären im Wege sind, in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem mit dem "groupement" überhaupt erreichbaren Erfolg stehen.

3. Aktionärsvereine

Es besteht nun noch die Möglichkeit, Aktionäre nicht wie beim "groupement" innerhalb einer Gesellschaft, sondern von außen her zu organisieren. Diesen Versuch unternimmt der einzige französische Aktionärsverein, der "Club des Actionnaires", der die recht polemische Zeitschrift "Droits et Intérêts de l'Actionnaire" herausgibt. Dieser Verein hat nach seinen eigenen Angaben 40 000 Mitglieder. Er befaßt sich einerseits, unter der Bezeichnung "Comité d'Etude et de Gestion de Portefeuilles", mit der Beratung seiner Mitglieder in Rechtsfragen und bei der Kapitalanlage, andererseits, unter dem Namen "Association Nationale des Porteurs d'Actions et de Parts", mit der Unterstützung und Ausübung der Aktionärsrechte der Mitglieder.

Mit der Ausübung der Stimmrechte seiner Mitglieder befaßt sich der Verein nur, wenn er in irgendwelchen Ereignissen im Leben einer Gesellschaft einen besonderen Anlaß dazu sieht. In diesem Fall unterrichtet er in seinem Organ seine Mitglieder über die angeblichen Mißstände und kündigt an, daß er eine "Aktion" unternehmen wolle. Er bittet gleichzeitig in der Zeitschrift alle Leser, die Aktien der betreffenden Gesellschaft besitzen, den Verein davon zu unterrichten. Die ihm auf diese Weise bekannt gewordenen Aktionäre bittet er dann, sobald eine Hauptversammlung einberufen wird, um eine Stimmrechtsvollmacht. Außerdem versucht er, dadurch die Namen von Aktionären zu erfahren, daß er sich Kopien von Anwesenheitslisten ihn interessierender Gesellschaften beschafft und, soweit sie dazu geeignet sind, auswertet. Zudem erwirbt der Verein meist dadurch noch einige Stimmen, daß sein Vertreter auf einer Hauptversammlung durch seine Kritik an der Geschäftsführung auffällt.

Nur auf den Hauptversammlungen ganz weniger, sich meist in einer schwierigen Situation befindenden, Unternehmen vertritt der Verein wesentliche Kapitalanteile. Schon die technischen Schwierigkeiten, die sich dem Beschaffen der Vollmachten entgegenstellen, sind zu groß. Mit der Zeitschrift läßt sich nur ein kleiner Leserkreis erreichen, und die Auswertung der Anwesenheitslisten versprach jedenfalls bisher, wie oben (160) dargelegt, nicht viel Erfolg. Es ist für den Verein auch nicht sinnvoll, sich Dauervollmachten, mit denen sich viel technischer Aufwand ersparen ließe, von den Aktionären, zu denen der Kontakt hergestellt ist, erteilen zu lassen. Verwendbar sind Vollmachten zur Stimmrechtsausübung ja nur, wenn sie mit einem "avis d'immobilisation" versehen sind (161), den die Banken aber immer nur für eine bestimmte Hauptversammlung ausstellen. Da der Verein nicht wie die Börsenmakler selbst

(159) Siehe Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 89 ff

(160) s. o. S. 55/56

(161) s. o. S. 41

Aktiendepots führt, also auch die Sperrung nicht bestätigen kann, wären Dauervollmachten für den Verein nutzlos, weil der Aktionär für jede Hauptversammlung um einen besonderen "avis d'immobilisation" gebeten werden müßte. Ein weiteres Hindernis ergibt sich dann, wenn eine Gesellschaft die Vorbereitung ihrer Hauptversammlung nicht einer Bank übertragen haben sollte, also auch nicht die Kosten der Sperrung der Aktien übernimmt: Die Banken verlangen in diesem Fall von den Aktionären die ihnen sonst von der Gesellschaft gezahlte Provision. Dadurch werden viele Aktionäre von der Sperrung der Aktien zum Zwecke der Stimmrechtsausübung durch den Verein abgehalten.

Aus all diesen Gründen ist der Einfluß des "Club des Actionnaires" sehr gering. Der Verein ist selbst in Bankenkreisen teilweise unbekannt. Er ist, aufs Ganze gesehen, keine Gegenkraft zur Stimmrechtsausübung mittels Blankovollmachten durch den Verwaltungsrat.

4. Stimmrechtsbindungsverträge

Gibt es in einer Aktiengesellschaft mehrere größere Aktionäre, so besteht die Möglichkeit, daß sie durch einen Stimmrechtsbindungsvertrag ihre Stellung zu stärken versuchen und dadurch Gegenkräfte formieren, die ebenfalls die Bedeutung der in Händen des Verwaltungsrats befindlichen Blankovollmachten mitzubestimmen geeignet sind. Die den übrigen Zusammenschlüssen im Wege stehenden technischen Schwierigkeiten fallen dabei nicht ins Gewicht, da ein Vertrag dieser Art sowieso nur für eine relativ kleine Zahl Aktionäre in Frage kommt.

Dafür ergeben sich hier rechtliche Hindernisse. Das Ges. vom 13. 11. 1933, dessen Art. 4 Abs. 2 (162) alle Bestimmungen für nichtig erklärte, die das Ziel oder die Wirkung hatten, die freie Stimmrechtsausübung anzutasten, ist zwar durch Art. 505 Ges. von 1966 aufgehoben und es findet sich in dem neuen Gesetz keine entsprechende Norm. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dies hinsichtlich der Freiheit der Stimmrechtsausübung eine Änderung bedeutet. Es scheint sich bei der "liberté de vote" vielmehr um ein Prinzip zu handeln, das inzwischen in Frankreich so selbstverständlich ist, daß es keiner ausdrücklichen Erwähnung mehr bedarf. Im folgenden wird deshalb die bisher bestehende Rechtslage dargestellt.

Wie weit nach dem bisher in Art. 4 Abs. 2 Ges. vom 13. 11. 1933 kodifizierten Prinzip der "liberté de vote" Stimmrechtsabreden gültig sind, ist nicht endgültig geklärt (163). Sicher ist nur, daß ein Vertrag nichtig ist, durch den sich die Vertragsschließenden verpflichten, auf den Hauptversammlungen so zu

(162) Diese Bestimmung ist eingefügt durch décret-loi vom 31. 8. 1937

(163) s. Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 84 ff mit zahlreichen Nachweisen; Zusammenstellung und Würdigung der Rechtsprechung bei Freyria, rev. trim. dr. com. 1951, 419 ff

stimmen, wie es die Mehrheit der Vertragsschließenden vorher beschlossen hat (164). Eine gemeinsame Stimmabgabe läßt sich unstreitig auch nicht dadurch erzwingen, daß alle Teilnehmer ihre Aktien bei einer Bank sperren lassen und einem unter ihnen eine unwiderrufliche Vollmacht zur Stimmrechtsausübung erteilen (165). Eine solche Vollmacht wäre nichtig (166).

Teilweise wird aber ein Vertrag für gültig gehalten, in dem sich die Vertragsschließenden verpflichten, über schon feststehende Punkte der Tagesordnung einer Hauptversammlung in bestimmter Weise abzustimmen (167). Als Maßstab für die Gültigkeit nennt Freyria (168), daß es sich um "une promesse libre et éclairée de vote" handeln müsse. Nach Freyria genügt es also, daß ein Aktionär sich überhaupt frei entscheidet, sei es auch schon vor der Hauptversammlung. Daß die Organisation der Aktiengesellschaft dadurch gestört werde, daß die Beschlüsse in Wirklichkeit nicht mehr auf der Hauptversammlung gefaßt werden, sei unwesentlich, da die Hauptversammlung sowieso illusorisch sei (169). Andere halten aber einen solchen Vertrag aus diesem Grunde für nichtig (170). Manche greifen Freyria's Ansicht dagegen mit der Begründung an, daß ein Aktionär sich nur dann frei entscheiden könne, wenn er vor der Hauptversammlung ebenso gut orientiert sei wie zur Zeit der Beschlußfassung auf der Hauptversammlung; da das jedoch nie der Fall sei, seien auch diese Stimmrechtsbindungsverträge nichtig (171).

Die tatsächliche Bedeutung dieser Verträge wird jedoch nicht allein durch ihre rechtliche Gültigkeit bestimmt. Sie hängt insbesondere davon ab, ob die Verträge - eventuell trotz Nichtigkeit - durchgeführt werden. Hierauf weist Tunc mit der Bemerkung hin, daß das Bestehen eines solchen Vertrages wegen des Eigeninteresses und der geringen Zahl der Beteiligten meist verborgen bleibt, und der Vertrag oft erfüllt wird, obwohl er nichtig ist (172).

Es läßt sich deshalb schwer sagen, inwieweit, insgesamt gesehen, Stimmrechtsbindungsverträge die Machtverhältnisse in der Hauptversammlung beeinflussen. Obwohl ihre rechtliche Gültigkeit oft zweifelhaft sein wird, ist es möglich, daß durch die tatsächliche Ausführung solcher Verträge ein Einfluß in der Hauptversammlung ausgeübt wird, durch den die auf den Blankovollmachten beruhende Macht des Verwaltungsrates wenigstens beschränkt, wenn nicht gar überwunden wird.

(164) Freyria, rev. trim. dr. com. 1951, 427

(165) Tunc, Revue générale de droit commercial 1942, 97 (139)

(166) Jur. cl. soc., fasc. 136, Nr. 30; Enc. Dalloz, "assemblées générales", Nr. 141; Ripert, Bd. 1, Nr. 1217

(167) Siehe Nachweise bei Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 84, 85

(168) Frèyria, rev. trim. dr. com. 1951, 428

(169) Freyria, rev. trim. dr. com. 1951, 429

(170) Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 91

(171) Jur. cl. soc., fasc. 139, Nr. 85

(172) Tunc, Revue générale de droit commercial 1942, 97 (138)

Es ist dargestellt worden, daß Versuche einer Opposition, die Stimmrechtsausübung des Aktienstrebendes zu organisieren, auf sehr große Schwierigkeiten stoßen. Als Gegengewicht zu den Blankovollmachten des Verwaltungsrates spielt deshalb die Zusammenfassung von Stimmrechten einer großen Zahl Aktionäre fast nie eine Rolle. Folglich ist der Stimmrechtsbindungsvertrag der einzige Weg, Stimmenmacht in einem solchen Umfang zu organisieren, daß gegen die Vollmachtstimmen des Verwaltungsrates Einfluß auf die Beschlüsse der Hauptversammlung ausgeübt werden kann. Deshalb haben die Blankovollmachten des Verwaltungsrates in der Hauptversammlung ganz besonderes Gewicht.

§ 9 Reformbestrebungen (173)

Durch das soeben erst erlassene Gesetz vom 24. 7. 1966 hat die Literatur zur Reform des Aktienrechts auf absehbare Zeit ihre Bedeutung für die Aktienrechtspraxis eingebüßt. Ihr gebührt jedoch, gerade weil sich der Gesetzgeber trotz mutiger Anfänge (174) keinen Vorschlag, der sich unmittelbar auf die Vertretung der Publikumsaktionäre auswirken könnte, zu eigen gemacht hat, weiterhin Interesse, da sie die Möglichkeiten einer Lösung des Problems der Vertretung der Publikumsaktionäre aufweist.

Während es in den Debatten um die deutsche Aktienrechtsreform heftig umkämpft war, ob das Bankenstimmrecht nicht verboten werden solle, ist es in Frankreich einhellige Meinung, daß ein Verbot des Systems der Blankovollmachten ohne Schaffung eines Ersatzes nicht in Frage kommt (175). Das Quorum

-
- (173) Eine umfassende Zusammenstellung und kritische Behandlung der französischen Reformvorschläge zum Stimmrecht der Aktionäre findet sich bei Mutignon, *La représentation des actionnaires*, S. 909 ff.
- (174) s. u. S. 68 ff
- (175) Cordonnier, *J. soc.*, 1934, 417 (Nr. 16); Vanhaecke, *Les groupes de sociétés*, S. 83; Vigneux, *Les droits des actionnaires*, S. 173; Vienot, *Bulletin de la société d'études législatives* 1934, S. 338 ff, geht ohne weiteres vom Weiterbestehen der Blankovollmachten aus. Auch aus der Diskussion dieses Berichtes (*Bulletin de la société d'études législatives* 1936, S. 252 ff) ergibt sich, daß die Blankovollmachten erhalten bleiben sollen; ausdrücklich für die Blankovollmachten auch Lesaché, der die Vollmachten als Vertrauensbeweis für den VR ansieht; *Rapport au nom de la commission de législation civile et criminelle*, in: *Impressions du Sénat* 1932, Nr. 826, S. 26 ff; ein Vorschlag (Maguet, *Journal des notaires et des avocats* 1939, 209 ff) geht sogar dahin, die Vertretung durch Blankovollmachten dadurch zu erleichtern und zu verbilligen, daß Dauerblankovollmachten eingeholt werden und den Aktionären weitgehend die Sperrung der Aktien erspart wird.

ließe sich nämlich häufig nicht erreichen, wenn die Vertretung der Publikumsaktionäre nicht ermöglicht wird, und das Quorum selbst gilt anscheinend als unantastbar, weil durchweg die Überzeugung besteht, daß die Bildung einer Mehrheit auf den Hauptversammlungen dem Zufall überlassen sei, wenn die Anwesenheit bestimmter Anteile des Grundkapitals nicht mehr Voraussetzung der Beschlußfähigkeit der Versammlung wäre (176).

1. In der Literatur sind allerdings vereinzelt und im wesentlichen ohne rechtes Echo Vorschläge gemacht worden, die auf eine gewisse Entschärfung der durch die Blankovollmachten hervorgerufenen Gefahren zielen. So haben Gaillard (177) und Chéron (178) sich dafür ausgesprochen, jeden Gesellschafter (Chéron) bzw. jedes Verwaltungsratsmitglied (Gaillard) - ob nur im eigenen Namen oder auch als Bevollmächtigte, läßt sich ihren Vorschlägen nicht sicher entnehmen - dann von der Teilnahme an der Beschlußfassung auszuschließen, wenn die Entscheidung einen Gegenstand betrifft, in dem die Interessen der Gesellschaft mit denen der betreffenden Personen kollidieren (179). Die Verwirklichung dieser Vorschläge brächte eine wesentlich stärkere Beschränkung in der Stimmrechtsausübung mit sich, als die deutsche Regelung sie kennt (180), weil der Ausschluß eines Aktionärs bei jedem Fall eines Interessenkonflikts vorgesehen ist. Anders verhält es sich dagegen mit Anregungen Guimont's, der den Vorschlag gemacht hat, Verwaltungsratsmitglieder in allen Fällen von Interessenkollisionen bei der Ausübung des Stimmrechts eigener Aktien nur mit 50 % der ihnen an sich zustehenden Stimmen zu berücksichtigen (181) und sie als Bevollmächtigte ganz von der Stimmrechtsausübung auszuschließen (182). Verglichen mit dem deutschen Aktiengesetz sind diese Vorschläge insofern weniger streng, als ein Verwaltungsratsmitglied das Recht behalten soll, auch bei seiner eigenen Entlastung und in den anderen Fällen des § 136 Abs. 1 AktG 1965, wenn auch nur mit 50 % seiner Stimmen, mitzustimmen, andererseits aber deshalb einschneidender, weil einem Verwaltungsratsmitglied in jedem Fall einer Interessenkollision nur 50 % seiner auf seinen Kapitalanteil ent-

(176) Siehe statt Aller : Vigreux*, Les droits des actionnaires, S. 173

(177) La société anonyme de demain, 2. Aufl. (Paris, ohne Jahresangabe), S. 80, 83

(178) Anm. zu Cass. civ. 29. 7. 25, D. P. 1926. 1. 17

(179) Chéron verlangt Interessenkollision in der Intensität des Art. 4 Ges. von 1867; Lesaché (Rapport, in: Impressions du Sénat 1932, Nr. 826, S. 26 ff und Proposition de Loi Art. 2, ebenda S. 112) empfiehlt bei Interessenkonflikt nur Stimmrechtsausschluß hinsichtlich eigener Aktien.

(180) Gerade den über die deutsche Regelung hinausgehenden Teil der Vorschläge Gaillards hat Art. 103 Abs. 4 Ges. von 1966 verwirklicht, vgl. S. 10.

(181) Les remèdes proposés, S. 187/188

(182) Les remèdes proposés, S. 193

fallenden Stimmen zustehen sollen und er als Bevollmächtigter, auch wenn kein Fall eines Interessengegensatzes vorliegt, von der Stimmrechtsausübung ausgeschlossen sein soll.

Wohl zu Recht sind die Vorschläge von Gaillard, Chéron und Guimont in der späteren Diskussion um die Blankovollmachten nicht berücksichtigt worden. Denn sie sind nicht geeignet, das herrschende Vertretungssystem zu beeinflussen oder gar zu beseitigen. Entgegen dem ersten Anschein ist die Existenz des Systems der Vertretung durch Blankovollmachten nämlich nicht abhängig davon, ob Verwaltungsratsmitglieder auch in den sie selbst angehenden Angelegenheiten an der Abstimmung teilnehmen können. Denn der Verwaltungsrat wäre, auch wenn man ihn bei Interessenkollisionen oder überhaupt als Bevollmächtigten ausschlösse, künftig in der Lage, sich in derselben Weise wie bisher Blankovollmachten zu beschaffen und sie durch abhängige Dritte in seinem Interesse ausüben zu lassen, wie er es häufig auch jetzt schon tut.

Mehr Wirkung auf das jetzige Vertretungssystem könnte dagegen von einer Verwirklichung der Vorschläge Percerou's ausgehen, der als Publikumsaktie die stimmrechtslose Vorzugsaktie, wie das deutsche Recht sie kennt (183), empfiehlt und nur die Namensaktie mit einem Stimmrecht ausstatten will (184). Denn diese Anregung trägt, indem sie einem Teil der Aktionäre das Stimmrecht nimmt, dem Grundübel in der Verfassung der Publikumsgesellschaften Rechnung, daß die Mehrzahl der Aktionäre an ihrem Stimmrecht desinteressiert ist und es deshalb ohne Bedenken aus der Hand gibt. Percerou's Vorschlag ist aber auf den Widerspruch von Vigreux gestoßen, der die Befürchtung äußert, daß die Anlage von Kapital in Aktien durch die Einführung stimmrechtsloser Aktien an Reiz einbüßen müsse und folglich die Kapitalknappheit zunehmen werde, weil die Möglichkeit stimmberechtigter Teilnahme an einer Hauptversammlung für die Inhaberaktionäre jetzt doch noch einen gewissen Wert verkörpere (185). Ob diese Überlegungen Vigreux's zutreffend sind, dürfte angesichts des chronischen Desinteresses der Publikumsaktionäre an eigener Stimmrechtsausübung und wegen der den stimmrechtslosen Aktien zugedachten Vorzugsdividende fraglich sein, zumal es einem Kapitalanleger auch nicht verwehrt ist, eine mit einem Stimmrecht ausgestattete Namensaktie zu erwerben. Jedenfalls hat aber auch die "Commission de Réforme du Code de Commerce", deren Arbeitsgrundlage ein Projekt der ANSA (Association Nationale des Sociétés par Actions) war,

(183) § 139 Abs. 1 AktG 65; mit den "Certificats pétroliers" gibt es auch jetzt in Frankreich schon stimmrechtslose Beteiligungen, vgl. Ngo Ba Thanh, Les rapports entre l'assemblée générale et le conseil d'administration de la société anonyme moderne (droit français et droit comparé) (Diss. Paris 1960), S. 340; Rault, Les certificats pétroliers, rev. trim. dr. com. 1957, 843

(184) Percerou, Lois actuelles et projets récents en matière de sociétés par actions (Diss. Paris 1932), Nr. 420 ff.

(185) Vigreux, Les droits des actionnaires, S. 174

den ähnlich liegenden Vorschlag der ANSA (186) abgelehnt, nur Namensaktien mit einem Stimmrecht auszustatten (187).

Neben anderen Autoren (188) ist es insbesondere Vigreux, der dem System der Vertretung durch Blankovollmachten dadurch den Boden zu entziehen versucht, daß er Maßnahmen empfiehlt, die weite Aktionärskreise zur Teilnahme an Hauptversammlungen anregen und damit eine Wiederbelebung des "höchsten Organs" der Aktiengesellschaft herbeiführen sollen. Erst einmal müsse, so meint Vigreux, der Kontakt zwischen Gesellschaft und Aktionären enger werden wozu es nötig sei, daß die Aktionäre zu einer geringeren Streuung des von ihnen angelegten Kapitals veranlasst würden (189). Dieser zur Verbesserung des Kontakts vorgebrachte Vorschlag dürfte freilich illusorisch sein, da gerade der Kleinanleger ein ausgeprägtes Interesse an weiter Streuung seiner Anlage zur Verteilung des Risikos hat, wie die Entwicklung des Investmentsparens zeigt, und da sich schwerlich Mittel finden lassen, durch die man Publikumsaktionäre zur Kapitalanlage im Sinne Vigreux's veranlassen könnte. Als unmittelbar auf die Belebung der Teilnahme an den Hauptversammlungen gerichtete Maßnahme empfiehlt Vigreux weiter Vorschriften, nach denen die Hauptversammlung einer Gesellschaft jährlich an einem von vornherein bestimmten Tag stattfinden muss (190) und die es der Gesellschaft zur Pflicht machen, die Einberufung mit ausführlicher Tagesordnung im BALO (Bulletin des annonces légales obligatoires), und nicht wie jetzt in einer der zahlreichen dafür zugelassenen Zeitungen, zu veröffentlichen (191). Ferner möchte Vigreux den Gesellschaften die Verpflichtung auferlegen, alle erreichbaren Aktionäre durch Einschreibebrief zur Hauptversammlung einzuberufen; die Depotbanken sollen ihnen dazu eine Aufstellung der betreffenden Depotkunden zur Verfügung stellen (192). Als Anreiz zur Teilnahme an der Hauptversammlung soll schließlich jeder persönlich erscheinende Aktionär ein Sitzungsgeld ("jeton de présence") erhalten, während einem nur vertretenen Aktionär ein geringeres Sitzungsgeld zugedacht ist (193). Durch die Einräumung besserer Möglichkeiten der Information vor der Hauptversammlung soll außerdem ein wirkungsvolleres Auftreten der Aktionäre in der Versammlung gewährleistet werden (194).

(186) in: Travaux de la Commission de Réforme du Code de Commerce, Bd. 2, S. 215 ff.

(187) Travaux..., Bd. 2, S. 224

(188) z.B. Heurteux, L'information des actionnaires, Nr. 246

(189) Droits des actionnaires, S. 223 ff.

(190) Droits des actionnaires, S. 183 ff.; dem schließt sich Heurteux an, L'information des actionnaires, Nr. 244

(191) Droits des actionnaires, S. 181 ff.; ebenso Guimont, Les remèdes proposés, S. 223, 224; Heurteux, L'information des actionnaires, Nr. 241

(192) Droits des actionnaires, S. 181 ff.

(193) Droits des actionnaires, S. 194 ff.

(194) Droits des actionnaires, S. 186, 187

Diesen Vorschlägen Vigreux's kann nicht nur mit Einzelkritik, also etwa mit dem Hinweis darauf, daß kaum ein Kleinaktionär von nun an das BALO abonnieren wird, um die Einberufungen verfolgen zu können, und daß die Indolenz der Aktionäre sich schwerlich durch ein verbessertes Einberufungsverfahren überwinden lassen wird, begegnet werden. Vigreux muß sich vor allem Einwendungen entgegenhalten lassen, die sich aus einem neuen Bild der Aktiengesellschaft herleiten lassen, das allen voran Ripert mit besonderer Schärfe zeichnet. In seinen "Aspects juridiques du capitalisme moderne" lehnt Ripert jeden Versuch der Wiederbelebung der Hauptversammlung rigoros ab (195). Nach seiner Ansicht ist die Aktiengesellschaft nämlich nichts als "un merveilleux instrument créé par le capitalisme moderne pour collecter l'épargne en vue de la fondation et de l'exploitation des entreprises". "C'est une machine juridique aussi utile que celles que l'industrie utilise" (196). Auf die Frage, was die Aktionäre im Leben dieser Gesellschaft bedeuten, kann Ripert deshalb nur antworten: "Rien du tout" (197). Da die Aktionäre keine Unternehmer, sondern nur noch "apporteurs" seien, sei es unnütz, sie zur Verteidigung ihrer Rechte zu treiben und zum Zusammenschluß zu veranlassen, damit sie für eine bessere Verwaltung der Gesellschaft sorgen könnten (198). Die Hauptversammlung solle vielmehr zu einem Organ gemacht werden, das nur noch den Verwaltungsrat wählt, aber keine übrigen Aufgaben mehr hat (199).

2. Solange freilich der Gesetzgeber der Hauptversammlung ihre Befugnisse und jedem einzelnen Publikumsaktionär die ihm jetzt zustehenden Rechte erhält, sind die Vorschläge von Bedeutung, die, ausgehend von der zur Zeit gültigen Verfassung der Aktiengesellschaft und unter Berücksichtigung der Indolenz der Aktionäre, Anregungen dafür geben, wie die Publikumsaktionäre anders als bisher vertreten oder sonst an der Hauptversammlung beteiligt werden können. In diesem Zusammenhang sind neben einem Regierungsentwurf und dem hierauf aufbauenden "Projet Plevén" (200) - beide Vorarbeiten zu dem Gesetz von 1966 - besonders die Vorschläge von Mutignon und Vigreux von Interesse.

a) Vigreux schlägt neben den oben wiedergegebenen, von ihm empfohlenen Maßnahmen zur Belebung der persönlichen Teilnahme an den Hauptversammlungen,

(195) Aspects juridiques du capitalisme moderne, 2. Aufl. (Paris 1951),
S. 107 ff.

(196) S. 109

(197) S. 110

(198) S. 107

(199) S. 120 ff

(200) s. u. S. 68 ff

die Bildung einer Organisation ähnlich der der "commissaires aux comptes" (201) vor, durch die sich die Aktionäre, wenn sie wollen, vertreten lassen können (202). Die Vertreter dieser Organisation, die sorgsam ausgesucht und examiniert werden müßten, könnten sich auf die Vertretung in bestimmten Unternehmen spezialisieren und würden deshalb eine fachlich gute Vertretung garantieren. Als Vergütung wäre an einen Teil des "jeton de présence" zu denken.

Von den in Deutschland jetzt schon bestehenden Organisationen zur Vertretung der Interessen der Publikumsaktionäre unterscheidet sich die von Vigreux ins Auge gefasste Vertretungskörperschaft grundsätzlich. Sowohl die Vereinigungen, die sich, wie zum Beispiel der Volkswagenaktionärsverein, auf die Vertretung der Aktionäre einer bestimmten Gesellschaft beschränken, wie die "Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V." als Organisation von Aktionären ohne Beschränkung auf eine bestimmte Gesellschaft, sind rein privatrechtliche Zusammenschlüsse, die jeder Kontrolle von Seiten des Staates entzogen sind. Es handelt sich bei ihnen um Interessenvertretungen, denen kein eigener Platz in der Verfassung der Aktiengesellschaft zugewiesen ist, während Vigreux's Organisation unter staatlicher Kontrolle gesetzlich umrissene gesellschaftsrechtliche Funktionen ausüben soll.

Aus Sorge, der Staat könne durch seine Beteiligung bei der Bestellung der Mitglieder dieser Organisation Einfluß auf die Privatwirtschaft erlangen, hat Heurtreux sich gegen Vigreux gewandt (203). Dieser Autor meint weiter, daß eine solche Organisation kein sachlich orientierter Aktionärsvertreter sein würde, sondern daß die Organisation sich zu einer Einrichtung entwickeln würde, die entweder, wie jetzt die "commissaires aux comptes", immer auf Seiten des Verwaltungsrats stünde, oder stets gegen den Verwaltungsrat Stellung beziehen würde (204).

Auch Mutignon begegnet Vigreux's Plan mit Mißtrauen, weil er - wohl nicht ganz ohne Grund - befürchtet, mit der Schöpfung einer Vertretungskörperschaft für die Publikumsaktionäre könne man eine neue, "oligarchie de bureaucrates" ins Leben rufen, die gefährlich sei, weil der Einfluß dieser Organisation auf die Publikumsgesellschaften nicht wie sonst bei jedem Aktionär auf einer mit eigenem Risiko verknüpften Kapitaleinlage beruhe (205). Im übrigen hält er auch die Finanzierung der Vertretung durch eine Beteiligung am "jeton de présence" nicht für gesichert (206).

b) Ausgehend von dem Grundgedanken, daß ein Vertreter der Publikumsaktionäre eigene Aktionärsinteressen haben müsse, daß er zu denen gehören müsse, die selbst viel in der betreffenden Gesellschaft zu verlieren haben, hält Mutignon eine Aktionärsvertretung in folgender Weise für zweckmäßig (207). In allen Ge-

(201) Siehe Enc. Dalloz, "commissaires aux comptes"

(202) Droits des actionnaires, S. 190 ff.; ähnlich Guimont, Les remèdes proposés, S. 202 ff.

(203) L'information des actionnaires, Nr. 248

(204) a. a. O.

(205) La représentation des actionnaires, S. 974, 939 ff., 1108 ff.

(206) La représentation des actionnaires, S. 975 ff.

(207) La représentation des actionnaires, S. 1173 ff.; ähnlich Bailly, Défense des actionnaires, S. 497

sellschaften, die sich zur Kapitalbeschaffung an die Öffentlichkeit wenden (qui font appel à l'épargne public), sollen alle Stimmrechtsvollmachten, seien sie auf eine Person ausgestellt oder blanko erteilt, sofern sie nur durch irgendeinen Dritten ("intermédiaire" = Bank etc.) an die Gesellschaft gelangt sind, je nach Größe der Gesellschaft, gleichmäßig auf 10 bis 40 in der Hauptversammlung anwesende Aktionäre verteilt werden; dabei sollen zuerst die Namensaktionäre, dann die größten Inhaberaktionäre berücksichtigt werden. Von dieser Maßnahme erhofft sich Mutignon neben der Beseitigung des Systems der Vertretung durch Blankovollmachten als Nebeneffekt eine Belebung der persönlichen Teilnahme der Aktionäre an der Hauptversammlung; denn er meint, daß die Stärkung der Gesamtheit der Aktionäre den Verwaltungsrat zu umfangreicherer Auskunfterteilung zwingen werde, was zur weiteren Folge habe, daß das Interesse an den Hauptversammlungen steigen werde (208).

Ob diese letzte Folge wirklich eintritt, kann gewiß bezweifelt werden. Es mag auch sein, daß die Bevorzugung der Namensaktionäre bei der Aufteilung der Vollmachten keine glückliche, sachgerechte Lösung ist. Interessant bleibt der Vorschlag Mutignon's dennoch, weil er einen Weg weist, die Macht der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen in die Hände derer gelangen zu lassen, die wegen ihrer eigenen Kapitalbeteiligung ein legitimes Interesse an einem Einfluß auf die Gesellschaft haben. Es würde die mit jedem Aktionärsverein, mag er Aktionäre nur einer Gesellschaft zusammenfassen oder eine Vereinigung der Aktionäre verschiedenster Unternehmen darstellen, und die mit jeder Vertretungskörperschaft verbundene Gefahr ausgeschlossen, daß die Macht der Publikumsaktionäre Personen zur Verfügung steht, die die ihnen gegebene Einwirkungsmöglichkeit mangels eines eigenen Kapitalrisikos in ihrem eigenen, gesellschaftsfremden und aktionärswidrigen Interesse verwenden.

c) Auf ganz anderem Wege versucht Tunc, eine Vertretung der Publikumsaktionäre zu ermöglichen (209). Er empfiehlt die Übernahme des amerikanischen proxy-Systems (210), will den Aktionären also die Teilnahme an der Beschlußfassung auf den Hauptversammlungen durch die Erteilung von Imperativmandaten ermöglichen. Tunc verhehlt aber selbst nicht, daß der Einführung des proxy-Systems erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen, weil man in Frankreich nicht auf die Einrichtung einer der SEC (Securities and Exchange commission) entsprechenden Institution, die bei Verstößen gegen das Vertretungssystem scharf durchgreifen könnte, rechnen könne.

3. Keine der Anregungen aus der Literatur zur Überwindung des Systems der Blankovollmachten hat sich in dem Entwurf niedergeschlagen, den die nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzte "Commission de Réforme du Code de Commerce"

(208) La représentation des actionnaires, S. 1146 ff.

(209) Tunc, D. 1952, Chr. 73 ff. (Nr. 6 ff.); ebenso Berr, L'exercice du pouvoir, Nr. 434

(210) Zum proxy-System siehe Tunc, D. 1952, Chr. 73 ff.; Wiethölter, Interessen und Organisation der Aktiengesellschaft im amerikanischen und deutschen Recht (Karlsruhe 1961), S. 248 ff.

ausgearbeitet hat. Die in diesen Entwurf aufgenommenen Bestimmungen über die Hauptversammlung stellen insgesamt nur eine Kodifizierung des geltenden Rechts und der herrschenden Übung dar (211). Dementsprechend hat die Kommission auch auf der Plenarsitzung vom 24. 11. 1950 aufgrund eines ihr auf ihren Wunsch vom Kommissionssekretariat erstatteten Berichts über die ausländischen Vertretungssysteme beschlossen, die Blankovollmachten beizubehalten (212). Sie erklärte lapidar, daß die ausländischen Systeme ähnliche Unzuträglichkeiten wie die Blankovollmachten mit sich brächten, und hielt es deshalb nicht für notwendig, irgendeine Regelung des Problems der Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen zu treffen.

In zwei Entwürfen, die dem Gesetz vom 24. 7. 1966 vorangingen, finden sich dagegen interessante Versuche einer Lösung des Problems der Vertretung der Publikumsaktionäre. Ein erster Regierungsentwurf (213) und der auf ihm aufbauende, von einer Kommission unter dem Vorsitz Pleven's erstellte "Entwurf Pleven" ("Projet Pleven") verfolgten nämlich die Absicht, eine briefliche Stimmabgabe, die in der französischen (214) und der deutschen (215) Literatur schon verschiedentlich angeregt worden ist, zu ermöglichen. Der Regierungsentwurf hatte zu diesem Zweck folgenden Art. 806 Abs. 4 vorgesehen (216):

"Dans les sociétés ayant fait publiquement appel à l'épargne, un bulletin permettant de voter par correspondance pour chacune des propositions proposées par le conseil d'administration ... est mis à la disposition des actionnaires qui en font la demande."

-
- (211) Travaux de la Commission de Réforme du Code de Commerce, Bd. 2, Titre préliminaire II, C, S. 356
 - (212) Travaux ..., Bd. 3, S. 267; siehe auch Bd. 3, S. 258 ff. (zu Art. 21)
 - (213) Der Regierungsentwurf (RE) und der Entwurf Pleven (EP) sind nicht veröffentlicht. Es gibt nur einige hektografierte Exemplare der beiden Entwürfe, die vor allem Hochschullehrern zur Verfügung stehen. Diese Exemplare tragen kein Datum. Der Regierungsentwurf stammt vermutlich aus dem Jahre 1961, der Entwurf Pleven aus dem Jahre 1962.
 - (214) Gaillard, La société anonyme de demain, S. 74; Riou, La protection pénale, in: Le droit pénal spécial, S. 357; Heurteux, L'information des actionnaires, Nr. 248
 - (215) Nußbaum, zitiert bei Püttner, Das Depotstimmrecht der Banken, Bd. 7 Berliner jur. Abhandlungen (Berlin 1963), S. 145
 - (216) Übersetzung:

"In den Gesellschaften, die sich zur Kapitalbeschaffung an die Öffentlichkeit gewandt haben, wird den Aktionären, die es verlangen, ein Stimmschein zugeschiedt, der es ihnen ermöglicht, brieflich über jeden Vorschlag des Verwaltungsrats ... abzustimmen."

Nach Art. 806 Abs. 5 RE sollten Ausführungsvorschriften das Nähere regeln. Dem Stimmschein sollten umfangreiches Informationsmaterial und außerdem, in Anlehnung an das amerikanische proxy-System, Vorschläge von Aktionären mit deren Begründung beigelegt werden (217).

Mutignon (218) meint wohl zu Recht, daß die Blankovollmachten auf diese Weise nicht verschwinden würden, da die Aktionäre nicht genügend Initiative entwickeln würden, sich Stimm Scheine schicken zu lassen. Er weist darauf hin, daß das amerikanische proxy-System deshalb so wirkungsvoll sei, weil die Verwaltung dort nur die Möglichkeit habe, die Aktionäre um ein proxy zu bitten, während sich in Frankreich der Verwaltungsrat weiter Blankovollmachten beschaffen könne.

Diese Bedenken scheint ebenfalls die Kommission Pleven gehabt zu haben. Sie erkannte zwar in Art. 174 Abs. 2, S. 2 EP die Gültigkeit der Blankovollmacht grundsätzlich an, versuchte aber durch folgende Bestimmungen ihr Monopol als Mittel der Vertretung der Publikumsaktionäre zu brechen (219):

"Art. 175. Nonobstant toute clause contraire des statuts, le droit de vote peut être exercé par correspondance.

Le droit de vote par correspondance ne peut être exercé par mandataire.

La formule de mandat de représentation adressée à l'initiative de la société, comporte sur deux parties distinctes, d'une part les mentions nécessaires au mandataire pour l'accomplissement de sa mission, et d'autre part la liste des résolutions proposées par le conseil d'administration ou soumises au vote dans les conditions prévues à l'art. 168, al. 2.

(217) Art. 807 RE

(218) La représentation des actionnaires, S. 1061

(219) Übersetzung:

"Art. 175. Ungeachtet entgegenstehender Bestimmungen kann das Stimmrecht brieflich ausgeübt werden.

Das Briefstimmrecht kann nicht durch Vertreter ausgeübt werden.

Das auf Veranlassung der Gesellschaft versandte Vollmachtsformular enthält getrennt einerseits die für den Bevollmächtigten zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendigen Bemerkungen und andererseits die Vorschläge, die der Verwaltungsrat macht, oder die unter den in Art. 168 Abs. 2 vorgesehenen Voraussetzungen (Anm. Aktionärsvorschläge) zur Abstimmung gebracht werden. Der Text der Vorschläge wird so gefaßt, daß ein Aktionär, der brieflich stimmen will, das Formular als Stimmschein benutzen kann.

Art. 176. Jeder Namensaktionär, der wenigstens einen Monat vor der Einberufung der Versammlung im Aktienbuch eingetragen ist, muß von der Gesellschaft das im vorhergehenden Artikel genannte Formular und die in Art. 178 (Anm.: dieser Artikel stimmt weitgehend mit dem oben erwähnten Artikel 807 RE überein) erwähnten Unterlagen erhalten.

Le texte des résolutions est présenté de façon à permettre à l'actionnaire qui désire voter par correspondance, d'utiliser le document comme bulletin de vote.

Art. 176. Tout actionnaire nominatif inscrit depuis un mois au moins à la date de convocation de l'assemblée, doit recevoir de la société le document visé à l'article précédent et les documents mentionnés à l'art. 178 (220).

Tout actionnaire au porteur, justifiant de cette qualité par un dépôt de ses titres ... peut demander, jusqu'au cinquième jour inclusivement avant la réunion de l'assemblée, ..., l'envoi des documents visés, à l'alinéa précédant, à l'adresse indiquée par lui; les frais de poste éventuellement engagés sont à la charge de l'actionnaire.

Art. 177. L'actionnaire qui désire voter par correspondance adresse au siège social son bulletin de vote dûment complété.

Art. 179. Les votes exprimés en violation des art. 174 à 178 sont nuls. La délibération prise peut être annulée de ce chef."

Diese Bestimmungen, die für alle Aktiengesellschaften gelten sollten, enthalten im Gegensatz zum Regierungsentwurf eine ins einzelne gehende Regelung des "vote par correspondance". Im übrigen besteht die wesentliche Neuerung des Entwurfs darin, daß der Verwaltungsrat zwar immer noch die Möglichkeit haben

(219) Übersetzung (Fortsetzung):

Jeder Inhaberaktionär, der seine Aktionärseigenschaft durch ein Depot seiner Titel ... nachweist, kann bis einschließlich des fünften Tages vor der Versammlung, ..., verlangen, daß die im vorstehenden Absatz genannten Papiere an die von ihm angegebene Adresse geschickt werden; die eventuell entstehenden Portokosten gehen zu Lasten des Aktionärs.

Art. 177. Der Aktionär, der brieflich abstimmen will, schickt seinen vollständig ausgefüllten Stimmschein an den Sitz der Gesellschaft.

Art. 179. Die unter Verletzung der Art. 174 bis 178 vorgenommenen Abstimmungen sind nichtig. Die getroffene Entscheidung kann aus diesem Grunde für nichtig erklärt werden."

(220) In Art. 178 RE sind u. a. aufgeführt: Liste der Mitglieder des Verwaltungsrats; Namen der neuen Kandidaten für den Verwaltungsrat; Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung, die der Hauptversammlung unterbreitet werden sollen, samt Bericht der commissaires aux comptes; Aktionärsvorschläge mit Begründung.

sollte, Blankovollmachten für sich sammeln zu lassen, daß er dem Aktionär aber zusammen mit dem Vollmachtsformular die Unterlagen zur Ausübung des Briefstimmrechts übersenden mußte. Es sollte auf diese Weise sichergestellt werden, daß jeder Aktionär sich frei entscheiden kann, ob er an der brieflichen Abstimmung teilnimmt oder eine Blankovollmacht erteilt.

Zwar nicht in der Wahl der Mittel, aber in ihrem Gehalt sind die in dem Entwurf Pleven vorgesehenen Neuerungen den neuen Bestimmungen für das Depotstimmrecht im Aktiengesetz 1965 nahe verwandt. Denn auch nach diesen Bestimmungen soll dem Aktionär durch bessere Information vor der Hauptversammlung (221) Gelegenheit gegeben werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden, und es soll ihm ermöglicht werden, ohne besonderen Aufwand auf technisch einfachem Wege Weisungen an seine Depotbank zu geben (222). Durch die den Banken gesetzlich auferlegte Pflicht, ihre Depotkunden zur Erteilung einer Weisung aufzufordern (223), soll der Publikumsaktionär zudem, wie der Aktionär in Frankreich durch das Zusenden des Stimm Scheins, auf sein Recht hingewiesen werden, seinen Willen durch die Bank zum Ausdruck bringen zu lassen. Es wird also gleichermassen im Entwurf Pleven wie in der neuen deutschen gesetzlichen Regelung der Versuch gemacht, dem Aktionär die Ausübung seiner Gesellschafterrechte zu erleichtern. Daß der deutsche Gesetzgeber die Hemmnisse, die der Stimmrechtsausübung durch die Publikumsaktionäre im Wege stehen, durch eine Aktivierung des Weisungsrechts überwinden will, während in Frankreich ein Recht auf briefliche Teilnahme an der Abstimmung ins Auge gefaßt war, macht nur einen technischen Unterschied. Denn letztlich beruhen die Hoffnungen des Entwurfs Pleven wie der deutschen Reformbestrebungen darauf, daß wenigstens ein Teil der Publikumsaktionäre dann zur Mitarbeit in der Gesellschaft im Rahmen seiner Rechte bereit ist, wenn äußere Schwierigkeiten nicht im Wege stehen. Angesichts der Indolenz der Aktionäre ist allerdings eher zu erwarten, daß das Ergebnis solcher Versuche allein in dem Nachweis besteht, daß die Publikumsaktionäre keinen eigenen Willen haben und es deshalb vorziehen, die Ausübung ihrer Rechte Dritten zu überlassen.

Dennoch ist es erstaunlich zu sehen, in welch frühem Stadium der Gesetzgebung in Frankreich alle Versuche, das Problem der Vertretung der Publikumsaktionäre zu lösen, stecken geblieben sind. Schon in dem endgültigen Regierungsentwurf, dem "projet de loi sur les sociétés commerciales n. 1003" vom 18. Juni 1964 (224) findet sich kein Ansatz mehr zu einer Lösung der Frage. Pleven machte zwar,

(221) vgl. §§ 128 Abs. 1, 125 Abs. 1 AktG 65

(222) § 128 Abs. 2 AktG 65

(223) § 128 Abs. 2 S. 3 AktG 65

(224) In Synopse mit den von Nationalversammlung und Senat beschlossenen Texten abgedruckt in: Molle, Rapport sur le projet de loi, Sénat, première session ordinaire de 1965 - 1966, Nr. 81

unterstützt von Capitant, im Ausschuß der Nationalversammlung, die den Entwurf beriet, noch einen Vorstoß zugunsten des "vote par correspondance"; er scheiterte jedoch (225). Auch ein letzter Appell an die Nationalversammlung blieb ohne Erfolg (226).

Erwähnt werden die Bemühungen Pleven's ein letztes Mal in dem Bericht einer Senatskommission, die über die von der Nationalversammlung in erster Lesung beschlossene Fassung des neuen Gesetzes beriet. Der Bericht weist darauf hin, daß der Gesetzgeber sich bemüht habe, die Aktionäre durch ein besser ausgestaltetes Informationsrecht (227) und das Recht von Minderheiten, die Beschlußfassung der Hauptversammlung über bestimmte Punkte herbeizuführen (228), mehr am Leben der Gesellschaft zu interessieren (229). Zum eigentlichen Problem und zu den Bemühungen des ersten Regierungsentwurfs sowie des Entwurfs Pleven heißt es lapidar (230):

"Le projet n'a pas retenu une suggestion faite par la Commission Pleven d'instituer le vote par correspondance. C'eût été pourtant un remède efficace à l'absentéisme dénoncé plus haut et ce vote ne paraîtrait pas plus difficile à organiser en matière de société qu'en matière d'élections politiques. Il est vrai que l'expérience américaine est peu encourageante. Aux Etats-Unis, où ce système est pratiqué, les actionnaires ratifient presque toujours les décisions du conseil. Au surplus, le vote par correspondance n'est qu'une sorte de référendum; il ne permet que des réponses par oui ou par non et interdit toute délibération."

Es hat den Anschein, daß das Grundproblem, nämlich die Störungen im Gefüge der Gesellschaften mit weit gestreutem Kapital, die auf der Unvereinbarkeit der den Aktionären von den Schöpfern der Aktiengesellschaft zugedachten Rechte und Funktionen mit den Interessen und Möglichkeiten der Publikumsaktionäre beruht, von Anfang an auf die Frage eingeengt worden ist, ob die Möglichkeit brieflicher Stimmabgabe eine brauchbare Lösung ist. Mit der Beantwortung dieser speziellen Frage scheint für den Gesetzgeber das ganze Problem erledigt gewesen zu sein.

-
- (225) Douarec, Rapport sur le projet de loi (n. 1003), J. O., Documents de l'Assemblée Nationale, annex 1368 (Ausgabe 14. September 1966), S. 706
- (226) Debatte vom 1. 6. 1965, J. O., Débats parlementaires 1965, S. 1660 (1967) (Ausgabe 2. Juni 1965)
- (227) vgl. Art. 162, 168, 169 Ges. von 1966
- (228) vgl. Art. 160 Abs. 2 Ges. von 1966
- (229) Molle, Rapport sur le projet de loi, Sénat, première session ordinaire de 1965 - 1966, Nr. 81, Bd. 2, S. 170
- (230) loc. cit. S. 271

§ 10 Problematik und Auswirkungen des deutschen Bankenstimmrechts und der Vertretung durch Blankovollmachten

In den französischen Aktiengesellschaften ist als Vertretung der Publikumsaktionäre nur die Repräsentation durch den Verwaltungsrat der betreffenden Gesellschaften von Bedeutung. Zwar kommen auch Börsenmakler häufig in den Besitz einer erheblichen Anzahl Stimmrechtsvollmachten. Sie benutzen diese Vollmachten jedoch nie, sondern reichen sie stets an den Verwaltungsrat weiter (231). Selbst wenn ein Makler einmal diese Regel durchbrechen sollte, würde sich an dem Gesamtbild nichts ändern, zumal dem Makler gerade dann, wenn die Hauptversammlung nicht glatt abläuft, durch die Anweisungen seiner "Chambre Syndicale" die Hände gebunden sind (232). Da auch andere mit der Vertretung der Publikumsaktionäre befasste Organisationen ohne Relevanz für das Gesamtbild sind (233), hat der Verwaltungsrat einer Publikumsgesellschaft jeweils in seiner Gesellschaft, wie in Deutschland die Banken bei allen Publikumsgesellschaften, das Monopol für die Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen.

Daß in Frankreich gerade das Verwaltungsorgan einer Aktiengesellschaft in der Hauptversammlung die Interessen der anonymen Masse der Aktionäre wahrnehmen soll, obwohl die Versammlung doch weitgehend zu der Tätigkeit dieses Organs Stellung nehmen soll, muß jeden, der hiermit zum ersten Mal konfrontiert wird, verwundern. Bei der Erörterung der hiermit angesprochenen Frage der Interessenkonflikte, die im übrigen nicht das einzige Problem der Vertretung der Publikumsaktionäre ist, wird sich aber erweisen, daß das französische und das deutsche Vertretungssystem in mancherlei Hinsicht zu denselben Kollisionen führen. Außerdem gab es bisher auch in Deutschland einen Bereich, in dem Publikumsaktionäre von der Verwaltung ihrer Gesellschaft vertreten wurden, nämlich in den Hauptversammlungen der Banken (234). Bei den drei deutschen Großbanken, deren Kapital besonders weit gestreut ist, wurde bisher der überwiegende Teil des Aktienkapitals durch die Bank selbst, also ihre Verwaltung, ausgeübt. Ob hier durch § 135 Abs. 1 S. 2 AktG 1965, wonach ein Kreditinstitut die Vollmacht in seiner eigenen Hauptversammlung nur ausüben darf, soweit der Aktionär eine ausdrückliche Weisung zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung erteilt hat, eine Änderung eintritt und ob eine solche Änderung überhaupt erwünscht wäre (235), ist zweifelhaft. Jedenfalls zeigt es

(231) s. o. S. 44

(232) s. o. S. 45

(233) s. o. S. 58

(234) vgl. hierzu Busse, Das Depotstimmrecht der Banken in ihren eigenen Hauptversammlungen, NJW 1960, 1981 ff mit zahlreichen Nachweisen; Püttner, Depotstimmrecht, S. 78

(235) vgl. Schilling, NJW 1961, 486

daß es auch dem deutschen Aktienrecht nicht völlig fremd ist, daß die Verwaltung einer Gesellschaft die Publikumsaktionäre des Unternehmens vertritt. Es muß auf diesem Teilgebiet weitgehend zu den gleichen Problemen kommen wie bei den französischen Publikumsgesellschaften.

1. Erhöhung der Kapitalpräsenz

Die Anwesenheitslisten der Hauptversammlungen echter Publikumsgesellschaften in Deutschland und Frankreich lassen erkennen, daß nur ein verschwindend geringer Teil des Aktienkapitals vertreten wäre, wenn es kein Bankenstimmrecht und keine Blankovollmachten gäbe. Ohne die Bemühungen der Banken in Deutschland würden die Hauptversammlungen von Gesellschaften mit weit gestreutem Kapital völlig veröden, was die Folge hätte, daß die Entscheidungsgewalt in der Hauptversammlung als dem Organ, von dem trotz der Gewaltenteilung letztlich alle Macht in der Aktiengesellschaft ausgeht, in der Hand eines oder nur weniger mit geringem Kapital an dem Unternehmen beteiligter Gesellschafter läge. Die Hauptversammlung französischer Gesellschaften würde ohne die Bemühungen des Verwaltungsrats um Blankovollmachten häufig aktionsunfähig, weil das Quorum nicht erreicht werden könnte. Manche lebenswichtigen Entscheidungen könnten selbst auf einer wiederholten Hauptversammlung nicht gefaßt werden, weil die Beschlußfähigkeit der Hauptversammlung in manchen Fragen in jedem Fall von der Anwesenheit eines bestimmten Prozentsatzes des Kapitals abhängt. (236). Wenn die Hauptversammlung nicht in vielen Fällen lahmgelegt werden sollte, müßte ohne die Blankovollmachten das Quorum als Erfordernis der Beschlußfähigkeit abgeschafft werden.

Für die Beibehaltung des Quorums, das nur wegen der Existenz der Blankovollmachten aufrechterhalten werden kann, wird mit Argumenten gekämpft, die in Deutschland gerade von Bankenvertretern für das Depotstimmrecht angeführt werden. Das ist verständlich, weil der Gesetzgeber durch das Quorum dasselbe erzwingt, was durch das Bankenstimmrecht von allein erreicht wird, nämlich eine erhöhte Kapitalpräsenz. Für das Bankenstimmrecht spricht auch tatsächlich wie für das Quorum, daß die regelmäßige Vertretung eines beachtlichen Teiles des Kapitals eine gewisse Kontinuität in der Besetzung der Verwaltung, und damit in der Geschäftspolitik, garantiert (237). Je höher die Kapitalpräsenz ist, desto geringer ist nämlich die Wahrscheinlichkeit, daß sich eine Zufallsmehrheit ergibt, die stets die Gefahr mit sich bringt, daß sie in der nächsten

(236) s. o. S. 14

(237) Fr.: Vigreux, Les droits des actionnaires, S. 135 ff; Cordonnier, J. soc. 1934, 417 (Nr. 12); D.: Pohle, Die Aktiengesellschaft 1959, 117 (118); Beine, Die Aktiengesellschaft 1959, 179 (183); NN, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1958, 908; Vallenthin, Die Aktiengesellschaft 1958, 204 (205); Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Denkschrift zur Reform des Aktienrechts 1958, S. 17; Seidel, Das Depotstimmrecht der Banken, VWB - Schriftenreihe, Bd. 1 (Düsseldorf 1961), S. 30

Hauptversammlung nicht mehr zustande kommt. Gefährlich wäre eine solche Unstetigkeit nicht nur deshalb, weil insbesondere ein Großunternehmen erfolgreich nur durch eine auf die Dauer angelegte, zielstrebige Geschäftsführung geleitet werden kann, sondern auch aus dem Grunde, weil viele qualifizierte Unternehmerpersönlichkeiten nicht zur Übernahme einer Aufgabe bereit sind, ohne wenigstens eine gewisse Garantie zu haben, daß ihnen ihr Mandat nicht schon nach einem Jahr wieder entzogen wird und daß sie ihre Vorstellungen über einen längeren Zeitraum hinweg verwirklichen können. Daneben entspränge aus der Abwesenheit des überwiegenden Teils des Kapitals eine weitere Gefahr, weil es ohne allzu großes Engagement von Kapital möglich wäre, ein Unternehmen mit überragender wirtschaftlicher Bedeutung zu kontrollieren. Ein solcher Zustand ist unerwünscht, weil es leicht geschehen kann, daß ein unter diesen Umständen die Gesellschaft beherrschender Aktionär wegen seines geringen Kapitalrisikos das Unternehmen leichtfertig großen Gefahren aussetzt oder mit seinem Einfluß gar gesellschaftsfremde Zwecke verfolgt (238).

Die unmittelbaren Gefahren einer völligen Verödung der Hauptversammlungen wenden das Depotstimmrecht und die Blankovollmachten, diese freilich nur mittelbar, gleichermaßen durch die Erhöhung der Kapitalpräsenz ab. Beide verdecken deshalb insofern nicht nur das Nichtfunktionieren der Selbstverwaltung in der Aktiengesellschaft (239), sondern leisten einen positiven Beitrag zu einer vernünftigen Verwirklichung der Verfassung der Aktiengesellschaft.

Erhaltung der Kontinuität in der Geschäftsführung durch die beiden Vertretungssysteme bedeutet allerdings gleichzeitig Begrenzung der Möglichkeiten einer Opposition auf der Hauptversammlung in Frankreich und Deutschland. Je stärker die Kräfte derer sind, die die Macht in Händen haben, desto geringer sind die Chancen Dritter, die Entwicklung der Gesellschaft mitzugestalten oder gar die Herrschaft selbst zu übernehmen. Denn diejenigen, die das Schicksal des Unternehmens bestimmen, brauchen nicht zu befürchten, von einer schwachen Minderheit aus dem Sattel gehoben zu werden, und sie sind deshalb auch nicht gezwungen, auf die Wünsche der außerhalb stehenden Aktionäre Rücksicht zu nehmen. Das erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Bemerkenswert ist aber, daß die Situation grundlegend anders wäre, wenn nicht ein oder jedenfalls nur wenige Vertreter einer Vielzahl von Aktionären auf der Hauptversammlung aufträten, sondern wenn die Vertretenen selbst erschienen. Denn dann hätte ein Opponent die Chance, Dritte für die von ihm vertretene Linie zu gewinnen, weil er sich nicht einem geschlossenen Block gegenüber sähe, innerhalb dessen die verschiedensten Interessen schon zum Ausgleich gebracht sind und der folglich auf der Hauptversammlung keine weitere Aufgabe hat, als bereits intern gefaßte

(238) Zu den Gefahren, daß Banken und Verwaltungsräte Aktionärstimmen ohne eigenes Kapitalrisiko ausüben s. u. S. 77

(239) Püttner, Depotstimmrecht, S. 24

Beschlüsse formgerecht zu wiederholen. Dann würde der Opponent nicht als einzelner gegen eine schon festgefügte Front stehen, die in Frankreich eine natürliche Folge der Tatsache ist, daß der Verwaltungsrat nach außen als Einheit auftritt und die in Deutschland daraus resultiert, daß die Banken sich mit der Verwaltung schon vor der Hauptversammlung in den sie interessierenden Punkten geeinigt haben. Mag der Opponent auch in dem gedachten Fall, daß alle Aktionäre selbst zur Hauptversammlung kommen, in der Minderheit bleiben, so könnte er seine Ziele doch, unterstützt durch eine größere Zahl anderer Aktionäre, intensiver verfolgen, und die Aussichten, daß er dann respektiert würde, wären wesentlich günstiger.

2. Die Eignung von Banken und Verwaltungsrat als Vertreter der Publikumsaktionäre

a) Problemstellung

Die Diskussion um das Depotstimmrecht entbrennt stets in erster Linie um die Frage, ob die Banken geeignete Vertreter der Publikumsaktionäre sind. Diese Frage stellt sich in zweierlei Hinsicht, nämlich einmal in der Weise, ob der Einfluß der Banken der Gesellschaft selbst von Nutzen ist, und dann insofern, als es zweifelhaft sein kann, ob die Banken bereit sind, bei einem Widerstreit der Interessen von Aktionären und Gesellschaft, die Interessen ihrer Vollmachtgeber, also die Aktionärsinteressen, zu vertreten. Da der Verwaltungsrat der von ihm geleiteten Gesellschaft entschieden näher steht als eine deutsche Bank einem von ihr betreuten Unternehmen, ist es nicht verwunderlich, daß es auch in Frankreich ein brennendes Problem ist, ob die Publikumsaktionäre in dem Verwaltungsrat einen brauchbaren Vertreter gefunden haben (240).

Ob eine deutsche Bank oder der Verwaltungsrat geeignet zur Vertretung sind, ist freilich in den Fällen kein Problem, in denen der Bevollmächtigte an eine Weisung gebunden ist; denn dann besteht keine Gefahr eines Interessenkonflikts. Ein Imperativmandat an den Verwaltungsrat ist aber ebenso eine seltene Ausnahme wie eine Weisung an eine Bank. Nach den Erhebungen eines großen deutschen Kreditinstituts im Jahre 1958 haben zwar 72 % aller Depotkunden eine allgemeine Stimmrechtsermächtigung erteilt, nur weniger als 1 % dieser Kunden hat aber auf Anfrage eine Weisung gegeben (241). Es ist deshalb kaum vorstellbar, daß die Banken wegen der ihnen im Aktiengesetz 1965 auferlegten Verpflichtung,

-
- (240) Siehe hierzu insbesondere: Tunc, D. 1952, chr. 73 ff; Amiaud, L'évolution du droit des sociétés par actions, in :Le droit privé français au milieu du XX^e siècle, Bd. 2, S. 287 ff; Perroud, La condition de l'actionnaire, in: Le droit privé ..., Bd. 2, S. 319 ff; Vigreux, Les droits des actionnaires dans les sociétés anonymes (Paris 1953), S. 36
- (241) Klug, Die Neuordnung des Bankenstimmrechts, in: Festschrift für Walther Schmidt (Berlin 1959), S. 60

eine Weisung bei ihren Depotkunden einzuholen (242), in Zukunft in wesentlichem Umfang lediglich Übermittler des Aktionärwillens sein werden. Sie werden sich auch künftig in keiner anderen Situation befinden als der Verwaltungsrat in Frankreich, dem der Gesetzgeber auch im Ges. v. 1966 weiterhin freie Hand gelassen hat (243).

Der Diskussion um die Frage, ob die Publikumsaktionäre einen geeigneten Vertreter gefunden haben, läßt sich nicht einfach dadurch der Boden entziehen, daß man erklärt, es sei Sache des Aktionärs, wenn er - in Kenntnis der Konfliktlage, die sich im übrigen zum Beispiel auch bei dem Auftrag an eine Bank zu einem Aktiengeschäft ergeben könne - seine Bank zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigt (244). Es handelt sich nämlich - und das gilt für Frankreich wie für Deutschland - nicht im wesentlichen darum, ob die Vermögensinteressen eines einzelnen Aktionärs, über die dieser freilich disponieren könnte, in befriedigender Weise wahrgenommen werden. Es geht vielmehr um die Frage, ob es im Interesse der Allgemeinheit oder doch wenigstens der Gesamtheit der Aktionäre und im Interesse der betreffenden Aktiengesellschaft ist, daß den Banken beziehungsweise dem Verwaltungsrat die Entscheidung über die Verwendung der Stimmen des Streubesitzes überlassen bleibt.

Am Kern der Sache vorbei gehen auch die Äußerungen derer, die behaupten, daß unzufriedene Aktionäre ihre Aktien verkauften (245), daß diese Aktionäre gar selbst zur Hauptversammlung kämen (246), daß die Bevollmächtigung durch den Aktionär als Vertrauensbeweis zu werten sei (247) und daß damit das Problem weitgehend gelöst sei. Schon die diesen Ansichten zugrunde liegende Voraussetzung, daß die Erteilung einer Stimmrechtsvollmacht eine Stellungnahme zu Problemen der Gesellschaft sei, ist wenigstens anfechtbar, wenn nicht gar falsch. Weiterhin bleibt auch hier die Frage ungelöst, ob es wünschenswert ist, daß Banken oder Verwaltungsrat die Verfügungsmacht über erhebliche Teile der Stimmen der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen haben, obwohl sie häufig selbst nicht unbeteiligt sind an den Gegenständen, über die die Hauptversammlung zu entscheiden hat.

b) Konfliktfälle

Die Vielzahl der möglichen Interessenkonflikte, in die in Deutschland die bevollmächtigte Bank geraten kann, läßt sich in zwei Fallgruppen gliedern. In der einen Gruppe können die Fälle zusammengefasst werden, in denen die Interessen

(242) § 128 Abs. 2 S. 3 AktG 65

(234) s. o. S. 43

(244) Rasch, Richtige und falsche Wege, S. 12

(245) Vallenthin, Die Aktiengesellschaft 1958, 205/206

(246) Klug, Neuordnung des Bankenstimmrechts, S. 55

(247) vgl. o. S. 40, Anm. 82 und 83

der Gesellschaft und der Aktionäre mit denen des Bankenvertreters in dessen Eigenschaft als im Aufsichtsrat an der Geschäftsführung der Aktiengesellschaft Beteiligter kollidieren. Zu der zweiten Gruppe gehören die Konstellationen, in denen sich Gesellschaft und Bank als Wirtschaftsunternehmen gegenüberstehen, oder in denen doch wenigstens Interessen der Bank als Wirtschaftsunternehmen im Spiel sind. Es wird sich erweisen, daß es auch im System der Vertretung durch Blankovollmachten entsprechende Interessenkonflikte gibt, daß das Gewicht der beiden Kollisionsgruppen jedoch wesentlich anders verteilt ist als im deutschen Bankenstimmrecht.

aa) Zu der ersten Gruppe von Kollisionen gehören die Fälle, in denen die Hauptversammlung neue Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen hat und in denen Beschluß gefasst wird über die Festsetzung der Aufsichtsratsvergütung, über die Entlastung des Aufsichtsrats und über den Verzicht auf Ansprüche gegenüber dem Aufsichtsrat. Bei diesen Gelegenheiten wirken die Banken als Vertreter ihrer Depotkunden bei Entscheidungen mit, obwohl sie dann, wenn sie selbst einen Kandidaten zur Wahl stellen oder wenn sie schon im Aufsichtsrat durch ein Mitglied repräsentiert sind, eigene Interessen am Ergebnis der Abstimmung haben. Dieselbe Situation ergibt sich für den Verwaltungsrat, wenn in der Hauptversammlung einer französischen Gesellschaft über die erwähnten Fragen hinsichtlich des Verwaltungsrats abgestimmt wird.

Dennoch ist es sicher nicht richtig, aus der theoretisch gleichen Konfliktlage, darauf zu schließen, daß die Blankovollmachten insoweit dieselben Auswirkungen wie das Bankenstimmrecht haben. Zu bedenken ist einmal, daß diese Konfliktsituationen nicht notwendigerweise zum Bild der Hauptversammlung einer deutschen Aktiengesellschaft gehören, weil die Banken nicht im Aufsichtsrat jeder Publikumsgesellschaft, an deren Hauptversammlung sie teilnehmen, vertreten sind, während die Publikumsaktionäre in Frankreich stets von dem in diesen Fragen befangenen Verwaltungsrat vertreten werden. Hinsichtlich der Wahl in Verwaltungsrat beziehungsweise Aufsichtsrat ist weiter zu berücksichtigen, daß eine Bank nur Persönlichkeiten als Kandidaten aufstellen wird, von deren fachlicher Qualifikation sie zu Recht überzeugt sein kann. Die Garantie, daß eine Bank, in aller Regel eine Großbank, ein für sein Amt befähigtes Aufsichtsratsmitglied stellt, ist wesentlich größer als die Wahrscheinlichkeit, daß der Verwaltungsrat die Stimmen der Publikumsaktionäre nur zugunsten eines für seine Aufgaben geeigneten Verwaltungsratsmitglieds abgibt. Bei der Neuwahl eines Verwaltungsratsmitglieds kann der Verwaltungsrat sogar ein Interesse daran haben, daß ein schwacher Vertreter gewählt wird, der das alte Kollegium gewähren läßt; ein solches Interesse wird eine Bank dagegen nie haben. Auch persönliche Beziehungen zu dem Kandidaten können unter Mißachtung aller fachlichen Gesichtspunkte zur Wahl eines neuen Kollegen in den Verwaltungsrat führen. Persönliche Gründe werden zwar auch bei einer deutschen Depotbank manchmal den Ausschlag bei der Auswahl des Bankenvertreters für den Aufsichtsrat geben. Die Wahl wird aber immer auf bewährte Führungskräfte der Bank fallen.

Niemand kann erwarten, daß der Verwaltungsrat, wenn es um seine Wiederwahl geht, die Stimmen der Publikumsaktionäre dazu benutzen wird, sich selbst abzuwählen. Diejenigen, die im Verwaltungsrat den bestimmenden Einfluß ausüben und denen folglich die Stimmen des Streubesitzes zur Verfügung stehen (248), werden sich, unter der Voraussetzung, daß sie daran interessiert sind, kritiklos immer wieder selbst in ihrem Amt bestätigen. Ebenso wird zwar auch eine Bank immer dazu neigen, mit den Depotstimmen den eigenen Aufsichtsratsvertreter zu bestätigen. Es ist aber nicht – wie in der französischen Aktiengesellschaft – schon theoretisch jede Kontrolle des betreffenden Aufsichtsratsmitglieds ausgeschlossen; denn die Bank, und nicht das Aufsichtsratsmitglied selbst, verfügt über die Aktionärstimmen. Und außerdem besteht, wegen der stärkeren Berücksichtigung sachlicher Gesichtspunkte bei der Neuwahl eines Bankenvertreters, ein geringeres Bedürfnis nach einer sachlichen Kontrolle bei der Wiederwahl.

Auch in den anderen Kollisionsfällen der ersten Gruppe, zum Beispiel bei der Entlastung von Aufsichtsrat und Verwaltungsrat sowie bei der Festsetzung der Vergütung, ist immer zu bedenken, daß die Bank nicht identisch ist mit ihrem Aufsichtsratsmitglied, während in Frankreich der Verwaltungsrat über seine eigenen Belange selbst entscheidet, die Geschäftsführung durch die Publikumsstimmen hier also in keiner Weise kontrolliert wird (249). Und es muß ferner bedacht werden, daß es einer Bank – von den erst später zu behandelnden Fällen abgesehen, in denen sie wegen Verbindungen zu einem anderen Unternehmen einmal daran interessiert sein kann, daß einer Gesellschaft Nachteile zugefügt werden – stets am Herzen liegen muß, daß es einer Gesellschaft, in deren Hauptversammlung sie als Vertreter von Publikumsaktionären auftritt, gut geht. Denn jede Aktiengesellschaft ist ein tatsächlicher oder potentieller Geschäftspartner der Bank, und unzweifelhaft ist ein gesunder Kontrahent auf die Dauer ein interessanterer Partner als ein schwacher. Eine Bank wird zwar aus diesen Gründen nicht ihrem eigenen Aufsichtsratsvertreter in der Hauptversammlung die Entlastung verweigern. Sie wird aber durch ihren Vertreter stets auf eine für das Unternehmen vorteilhafte Geschäftsführung dringen.

In der Regel dürfte der Verwaltungsrat freilich auch am Wohlergehen der Gesellschaft interessiert sein, und in bedeutenden Publikumsgesellschaften werden oft Banken im Verwaltungsrat vertreten sein. Gut denkbar ist aber auch, daß die Geschäfte nachlässig und ohne rechte Initiative geführt werden, weil dem Verwaltungsrat die Qualifikation fehlt oder er sich persönlich mit dem einmal Erreichten zufrieden gibt. Für diesen Fall haben die Publikumsaktionäre nicht wie in Deutschland einen Vertreter, der gegen eine solche Geschäftsführung angeht; durch die Stimmen des Streubesitzes wird immer nur akklamiert.

(248) s. o. S. 48/49

(249) Perroud, *La condition de l'actionnaire*, S. 321

Weiterhin ist dem Bankenvertreter im Aufsichtsrat, auch wenn er Vorstandsmitglied der Bank sein sollte und deshalb davon ausgegangen werden kann, daß er allein über die Ausübung der Stimmrechtsvollmachten bestimmen kann, die Möglichkeit versperrt, offensichtlich egoistische Ziele mit dem Aufsichtsratsmandat zu verfolgen. Denn das Ansehen der stets im Licht der Öffentlichkeit stehenden Banken würde durch ein solches Verhalten allzusehr in Mitleiden-schaft gezogen. Diese Bremsen existieren in Frankreich nicht, weil die Ver-waltungsratsmitglieder bei der Ausübung der Publikumsstimmen nicht als Ver-treter bedeutender Unternehmen, wie einer deutschen Bank, auftreten, sondern als für das breite Publikum anonyme Personen. Wie bei den Wahlen zum Auf-sichtsrat, so führen auch hier das deutsche und französische System der Ver-tretung der Publikumsaktionäre zwar weitgehend zu denselben Interessenkollis-sionen; die konkreten Gefahren des Systems der Blankovollmachten erscheinen aber als wesentlich höher, zumal der Verwaltungsrat nicht nur der Kritik der Publikumsaktionäre entzogen ist, sondern sich gerade mit den Stimmen des Streubesitzes der Kontrolle durch Dritte entzieht.

bb) Die zweite Gruppe von Interessenkollisionen bei der Ausübung des Depot-stimmrechts besteht aus Fällen, in denen die Banken als Wirtschaftsunternehmen an bestimmten Entscheidungen einer Aktiengesellschaft interessiert sein können. Hierher gehört auch die Entscheidung über die Dividende.

Ob die Banken in der Dividendenfrage andere Interessen als die Aktionäre haben, die sie vertreten, und ob ihr Verhalten in dieser Frage volkswirtschaftlich erwünscht ist, ist immer noch umstritten. Unmittelbar eigene Interessen einer Bank an der Dividendenfrage dürften nur dann im Spiel sein, wenn diese Bank Kreditbeziehungen zu dem betreffenden Unternehmen hat. Für diesen Fall meint Linhardt (250), daß die Tendenz dieser Bank, für die Rücklagenbildung und gegen eine angemessene Gewinnausschüttung zu plädieren, notwendig aus ihrer Gläubigerstellung folge. Klug (251) ist dagegen der Ansicht, daß es zwar im Interesse einer Bank liege, mit einem finanziell soliden Unternehmen zusammen-zuarbeiten. Sobald eine Gesellschaft aber über eine genügende Kapitalaus-stattung verfüge, liege der Bank daran, mit diesem Unternehmen ins Kredit-geschäft zu kommen. Außerdem, so meint Klug, würde sich dauernde Selbst-finanzierung auf das Effektengeschäft der Bank nachteilhaft auswirken.

Aus dieser Diskussion folgt, daß die Banken auch in der Dividendenfrage, sofern sie in Geschäftsbeziehungen zu der betreffenden Aktiengesellschaft stehen, eige-ne Interessen haben und daß die Frage allein ist, ob und wieweit diese Interessen sich mit denen der Gesellschaft und der Aktionäre decken, so daß ein Interessen-konflikt vermieden wird. Daß eine Bank kein Interesse daran haben kann, daß eine Gesellschaft in solchem Maße Gewinn hortet, daß sie finanziell autark wird, ist einleuchtend. Sobald ein Unternehmen kreditwürdig ist, hat eine Bank keinen

(250) Linhardt, Die Aktiengesellschaft 1958, 169 (175)

(251) Klug, Neuordnung des Bankenstimmrechts, S. 44

Anlaß mehr, die finanzielle Unabhängigkeit dieses Unternehmens durch ihr Eintreten für eine restriktive Dividendenpolitik zu fördern. Weiterhin erscheint es auch als richtig, wenn Klug sagt, daß die Banken bei Überlegungen in der Dividendenfrage auch das Effektingeschäft im Auge haben. Denn das Kreditgeschäft ist nur eines der Geschäfte der Banken. Wegen des Effektenhandels liegt den Banken auch etwas an der Kapitalmarktpflege durch eine vernünftige Dividendenpolitik (252).

Wie die deutsche Bank, die in ständigen Geschäftsbeziehungen zu einer Aktiengesellschaft steht, so hat auch der Verwaltungsrat einer französischen Aktiengesellschaft ein eigenes Interesse an der Entscheidung der Dividendenfrage. Er vergrößert seinen Machtbereich durch die Stärkung und Ausdehnung des Unternehmens. Er ist umso unabhängiger in der Entscheidung aller mit dem Unternehmen zusammenhängenden Fragen, je weniger er gezwungen ist, Kredite in Anspruch zu nehmen. Der Verwaltungsrat wird seine Stimme deshalb soweit als eben möglich für die Rücklagenbildung abgeben. Sofern er auf die Kurse der Aktien der eigenen Gesellschaft keine Rücksicht zu nehmen braucht, weil er den Kapitalmarkt nicht durch eine Kapitalaufstockung in Anspruch zu nehmen beabsichtigt, gibt es keine Gründe, die den Verwaltungsrat veranlassen könnten, die Dividende nicht so niedrig zu halten, wie er es in der Hauptversammlung gerade noch durchsetzen kann (253). Vigreux belegt die These, daß der Verwaltungsrat in der Regel tatsächlich zu einer restriktiven Dividendenpolitik neigt, damit, daß nach seinen Feststellungen Familienaktiengesellschaften gewöhnlich höhere Dividenden ausschütten als Publikumsgesellschaften (254). In jenen Gesellschaften besteht nämlich in aller Regel ein engerer Kontakt zwischen dem Unternehmen und den Aktionären, und dementsprechend haben die Gesellschafter bessere Möglichkeiten, ihre Wünsche bei der Gewinnverteilung gegen den Verwaltungsrat durchzusetzen. Daß in Familiengesellschaften höhere Dividenden verteilt werden, beweist folglich, daß die dominierende Stellung des Verwaltungsrats in den reinen Publikumsgesellschaften häufig die Ursache einer niedrigen Dividendenausschüttung ist (255).

-
- (252) so auch: Vallenthin, Aktienreform und Kapitalmarkt, in: Marburger Aussprache zur Aktienrechtsreform (Marburg 1959), S. 48; Seidel, Das Depotstimmrecht der Banken, S. 22 ff.; Busse, Das "Depotstimmrecht der Banken" unter besonderer Berücksichtigung der bei seiner Ausübung auftretenden Interessenkollisionen (Diss. Erlangen 1960), S. 93
 - (253) Ein krasses Beispiel erwähnt Gounod, Actionnaires et conseils d'administration (Lyon, ohne Jahresangabe), S. 9
 - (254) Les droits des actionnaires, S. 156
 - (255) Zum Umfang der durch die restriktive Dividendenpolitik ermöglichten Selbstfinanzierung in Frankreich siehe Heurteux, L'information des actionnaires, Nr. 49

In diesem Zusammenhang bemerkt Vigreux, daß es dem Verwaltungsrat nicht schwer falle, für eine geringe Dividende zu plädieren, weil seine Tantieme sich nämlich nach dem Nettogewinn und nicht nach dem ausgeschütteten Gewinn richte (256). Da die nicht verteilte Dividende als Kapital in dem Unternehmen arbeite, werde der Verwaltungsrat weiter dadurch bevorzugt, daß die Erträge des Unternehmens voraussichtlich in Zukunft steigen und die Tantieme des Verwaltungsrats entsprechend wachsen würde, während die vom Verwaltungsrat praktizierte Dividendenpolitik den Aktionären allein den Nachteil brächte, daß ihre Aktien an der Börse unter ihrem wahren Wert gehandelt würden (257). - Seit der Verordnung vom 30. September 1953 sind diese Gefahren jedoch beseitigt, da nunmehr eine Tantieme nur verteilt werden darf, wenn eine Dividende ausgeschüttet wird (258).

An der Dividendenfrage wird in besonderem Maße evident, daß es Fälle gibt, in denen eine Bank aus verschiedensten persönlichen Gründen an einer bestimmten Entscheidung interessiert sein kann, daß die eigenen Interessen aber gar nicht mit denen der von ihr vertretenen Aktionäre zu kollidieren brauchen, weil sie sich schon innerhalb der Bank kompensieren. Eine solche Neutralisierung von Interessen des Aktionärsvertreters tritt dagegen in Frankreich nicht ein, weil der Verwaltungsrat nicht in dem Maße wie eine Bank im Spannungsfeld verschiedenster einander aufhebender Interessen steht.

Es gibt aber auch für die deutschen Banken bei der Ausübung des Depotstimmrechts zahlreiche Situationen, in denen sie in Versuchung kommen können, mit den Stimmen der Publikumsaktionäre ihre eigenen Interessen als Wirtschaftsunternehmen gegen die Interessen der Gesellschaft zu vertreten. Denn in vielen Fällen neutralisiert sich das Eigeninteresse nicht, das eine Bank an einem bestimmten Vorgang hat. So kann es sein, daß eine Bank es aus geschäftlichen Gründen mit einem bestimmten Aktionär nicht verderben will und deshalb unbedingt in dessen Sinne die Depotstimmen verwendet. Die Bank kann weiter auch an einem für die Aktionäre sehr ungünstigen Sanierungsverfahren interessiert sein, weil sie Gläubigerin des notleidenden Unternehmens ist. Aus demselben Grunde kann ihr auch viel an einem für die Publikumsaktionäre sehr schädlichen Organschaftsvertrag oder an einer Fusion liegen, wenn sie als Hausbank der Gesellschaft mit den notwendigen Transaktionen betraut wird. Zu denken ist auch daran, daß die Bank sich durch rechtzeitige Aktienkäufe die Mög-

(256) Les droits des actionnaires, S. 69

(257) Les droits des actionnaires, S. 71/72, 78

(258) Décret 30 sept. 1953 incorporé dans la loi 4 mars 1943 (Art. 11 Abs. 4); inzwischen aufgehoben (Art. 505) und ersetzt (Art. 351) durch Ges. von 1966; die deutsche Regelung ist wesentlich liberaler, vgl. § 86 AktG 65

lichkeit verschafft, erhebliche Spekulationsgewinne durch die von ihr mitgeschlossenen Maßnahmen zu erzielen (259).

Wenn nicht besondere Umstände vorliegen, hat der Verwaltungsrat einer französischen Gesellschaft, der sich ja gewöhnlich nicht mit Bankgeschäften befaßt, an diesen Vorgängen kein unmittelbar eigenes Interesse. Eine entsprechende Kollisionslage entsteht aber für den Verwaltungsrat dann, wenn er bei einem anderen wirtschaftlichen Vorgang Partner der Gesellschaft ist (260), beispielsweise Waren bei ihr bezieht. Denn es ist eine landläufige Erfahrung, daß jeder Vertragspartner versucht, die Bedingungen eines Vertrages für sich möglichst günstig zu gestalten. Dasselbe gilt, wenn ein Verwaltungsratsmitglied aus anderen Gründen an einem von der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag persönlich interessiert ist. Wenn die Hauptversammlung über solche Vorgänge im Rahmen der Entlastung des Verwaltungsrats zu entscheiden oder solche Verträge zu genehmigen hat, ist der Verwaltungsrat - es scheint ja auch nach Art. 103 Abs. 4 Ges. von 1966 nicht einmal das betroffene Verwaltungsratsmitglied als Vertreter dritter Aktionäre ausgeschlossen zu sein (261) - ein denkbar ungeeigneter Vertreter der Publikumsaktionäre.

Es dürfte kaum möglich sein, die Frage zu entscheiden, ob das französische oder das deutsche System der Vertretung des Streubesitzes bei der hier behandelten Gruppe von Kollisionsfällen in größerem Umfang zu Nachteilen für die betroffenen Aktiengesellschaften führt. Sagen läßt sich lediglich, daß die Vertreter der Publikumsaktionäre gleichermaßen in beiden Ländern in eine Situation kommen können, in der sie über Fragen der Gesellschaft abzustimmen haben, obwohl sie wegen ihrer eigenen wirtschaftlichen Betätigung, also aus gesellschaftsfremden Gründen, an einer bestimmten Lösung der Frage interessiert sind. Es ist allerdings zu bedenken - und das gilt ebenso für die erste Gruppe von Interessenkollisionen -, daß eine deutsche Bank sich in ihrem Verhalten an den vom "Bundesverband des privaten Bankgewerbes" aufgestellten "Grundsätzen über die Ausübung des Depotstimmrechts" und an der im Aktiengesetz 1965 enthaltenen gesetzlichen Regelung des Bankenstimmrechts zu orientieren hat, während der Verwaltungsrat in Frankreich bei der Beschaffung und Ausübung der Blankovollmachten an keine speziell für diesen Fall geschaffene Schutznorm gebunden ist (262). Mögen die in Deutschland das Bankenstimmrecht regelnden Normen auch nur in geringem Maße zur Beteiligung der Publikumsaktionäre an der Willens-

(259) Zu diesen Fällen siehe Püttner, Depotstimmrecht, S. 75 ff.; Seidel, Depotstimmrecht, S. 20, 31; Busse, Depotstimmrecht, S. 104

(260) Solche Geschäfte muß die Hauptversammlung genehmigen, vgl. o. S. 10

(261) s. o. S. 22

(262) s. o. S. 45/46

bildung der Hauptversammlung beitragen, so zwingen diese Normen die Banken doch wenigstens zur Offenlegung der zur Entscheidung stehenden Probleme und führen damit – wie jede Publizität – zur Verringerung der Gefahr, daß die Publikumsstimmen in unvertretbarer Weise verwandt werden.

c) Andere die Eignung der Aktionärvertreter bestimmende Umstände

Es wäre falsch, die Frage der Eignung der Banken und des Verwaltungsrats als Aktionärvertreter nur unter dem Blickwinkel der Interessenkollision zu sehen. Zu Recht wird in der deutschen Literatur darauf hingewiesen, daß das Depotstimmrecht die Möglichkeit gebe, die Erfahrungen der Banken den Publikumsgeellschaften zugute kommen zu lassen (263). Zwar sind die Bankenvertreter in der Hauptversammlung selbst gewöhnlich schweigsam und desinteressiert an der Debatte, und die Kundenstimmen werden auch gewöhnlich von kleineren, an Weisungen gebundene Angestellten ausgeübt (264). Aus diesen Tatsachen und daraus, daß die Depotbanken nie Opposition anmelden (265), darf aber gewiß nicht geschlossen werden, daß die Banken sich mit den Problemen der Gesellschaft nicht befaßten. Im Aufsichtsrat – und bei umfangreicheren Geschäftsbeziehungen zwischen Bank und Gesellschaft auch sonst außerhalb der Hauptversammlung – hat die Bank vielmehr häufig die Verwaltungsvorschläge mitgestaltet, die sie später in der Hauptversammlung durch das Depotstimmrecht lediglich durchzusetzen versucht (266). Das ist der Grund dafür, daß die Entscheidungen gewöhnlich schon vor der Hauptversammlung feststehen. Aus dem Schweigen der Banken in den Hauptversammlungen kann man jedenfalls nicht schließen, daß sie ihre Einflußmöglichkeiten ungenutzt ließen und nicht den Versuch machten, ihre Erfahrungen nutzbringend zu verwenden, zumal die Banken am Wohlergehen der Aktiengesellschaften in ihrer Gesamtheit immer interessiert sein müssen. Durch die Vorgänge außerhalb der Hauptversammlung, an denen die Banken beteiligt sind und durch die sie weit besseren Einblick in die Gesellschaft bekommen als die Hauptversammlung, sind die Banken überdies besser informiert als alle anderen Hauptversammlungsteilnehmer. Sie sind deshalb, von Interessenkollisionen abgesehen, besser als jeder Dritte in der Lage, die Stimmen des Streubesitzes zum Besten der Gesellschaft und zum Nutzen der Publikumsaktionäre abzugeben (267).

(263) Möhring, Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in : Beiträge zur Aktienrechtsreform (Heidelberg 1959), S. 86 ff. (108)

(264) Püttner, Depotstimmrecht, S. 90 ff.

(265) Püttner, Depotstimmrecht, S. 112

⁵⁾ Seidel, Depotstimmrecht, S. 20/21

267) Möhring, Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute, S. 113

Von dem Verwaltungsrat ließe sich zwar auch sagen, daß er die Aktionärsinteressen wegen seiner Sachkunde am besten vertreten könne. Aber das wäre ein Trugschluß. Denn einmal beruht der Wert der Banken als Aktionärvertreter nicht nur auf ihrer Kenntnis von den Vorgängen in der konkreten Gesellschaft, sondern auf ihrer darüber hinausgehenden, unbestreitbar besonders großen allgemeinen wirtschaftlichen Erfahrung. Zum anderen bleibt die Bank, auch wenn sie im Aufsichtsrat vertreten sein sollte, immer Dritter gegenüber der Verwaltung, während die Blankovollmachten der Verwaltung selbst zur Verfügung stehen. Der Sinn der Hauptversammlung, daß nämlich ein von der Verwaltung verschiedener Dritter bestimmte Entscheidungen trifft und die Verwaltungsorgane kontrolliert, wird im französischen System der Vertretung der Publikumsaktionäre nicht erfüllt.

Für die Geeignetheit der deutschen Banken als Vertreter gerade der Kleinaktionäre spricht schließlich, wie Püttner (268) zu Recht erwähnt, daß die Banken es sich wegen ihrer Stellung in der Öffentlichkeit nicht leisten können, diese Aktionäre zu verletzen. Selbst eine bedeutende französische Kapitalgesellschaft steht längst nicht in dem Maße wie eine Großbank im Lichte der Öffentlichkeit. Sie kann es deshalb viel eher wagen, eine sich zum Nachteil der Kleinaktionäre auswirkende Entscheidung in der Hauptversammlung mit Hilfe der Blankovollmachten durchzusetzen. Zwar würde auch sie hierdurch gewiß Anlaß zu Mißfallenskundgebungen geben, aber sie würde sich doch nicht in dem Maße der öffentlichen Kritik aussetzen, wie eine Bank, die in der Öffentlichkeit stets als Symbol der Macht des Geldes dasteht. Damit fehlt dem System der Vertretung durch Blankovollmachten eine Bremse, die im Bankenstimmrecht existiert und die eine Bank bei der Ausübung des Depotstimmrechts erheblich in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt.

3. Wettbewerbsfragen und Konzentration

a) Das Kartellproblem

Eine wenigstens latente Gefahr für die Freiheit des Wettbewerbs sieht Püttner (269) im Depotstimmrecht. Zum Beweis dieser These weist er nach, daß Banken häufig in Aufsichtsräten verschiedener, miteinander konkurrierender Unternehmen vertreten sind (270). Sofern man davon ausgeht, daß diese Aufsichtsratsmandate wirklich auf dem Bankenstimmrecht beruhen, liegt tatsächlich der Verdacht nahe, daß eine Bank in dieser Situation ihren Einfluß dazu benutzt, ein abgestimmtes, also wettbewerbsbeschränkendes Verhalten der betreffenden Unternehmen herbeizuführen. Denn damit könnte sie in ihrem eigenen Interesse als Bank beiden Unternehmen Erleichterung verschaffen.

(268) Depotstimmrecht, S. 79/80

(269) Depotstimmrecht, S. 128 ff.

(270) Depotstimmrecht, S. 129/130

Das französische System der Vertretung der Publikumsaktionäre hat diese Tendenz nicht. Die Blankovollmachten stehen nämlich zur Verfügung der Verwaltung der Gesellschaft, also nicht zur Disposition eines außerhalb der Gesellschaft stehenden Dritten, der, wie in Deutschland, auch Einfluß in anderen Unternehmen hat. Das System der Blankovollmachten ist folglich wettbewerbsneutral.

b) Unternehmenskonzentration

Ernster als das Kartellproblem ist die Frage, ob dem französischen und dem deutschen System der Vertretung des Publikumsbesitzes die Tendenz zur Konzernbildung oder zur Bildung größerer Unternehmenseinheiten innewohnt. Für das Depotstimmrecht ist diese Frage verschiedentlich bejaht worden (271). Manche Autoren dagegen haben sie verneint (272). Sie weisen darauf hin, daß die Banken kein generelles Interesse daran haben könnten, daß kleine und mittlere Unternehmen sich zu größeren Einheiten zusammenschließen oder durch Großunternehmen aufgesogen werden. Denn durch ein die Unternehmenskonzentration förderndes Verhalten würden die Banken sich selbst einen Teil des Feldes ihrer Betätigung zerstören (273). Größere Unternehmenseinheiten sind nämlich gewöhnlich, da sie über mehr wirtschaftliche Macht verfügen, weniger von Banken abhängig als Mittelunternehmen. Konzerne sind, weil sie ein "Liquiditätssammelbecken" darstellen, weniger auf Fremdmittel angewiesen als die zu dem Konzern gehörenden Einzelunternehmen es wären. Ohne Gründe anzuführen, kommt im übrigen auch der Konzentrationsbericht des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft zu der Feststellung, daß die Banken tatsächlich zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit von Unternehmen beitragen (274). Nur in Sonderfällen, nämlich wenn eine Bank eine Sicherung der von ihr gegebenen Kredite oder hohe Gewinne bei den notwendigen Transaktionen erwarten kann, muß damit gerechnet werden, daß sie dazu neigt, die Depotstimmen im Sinne einer Konzentration zu verwenden (275).

In Frankreich wirkt zwar nicht schon allein die Tatsache konzentrationsfördernd, daß die Machtposition des Verwaltungsrats durch die Blankovollmachten wesentlich gestärkt wird und jeder Verwaltungsrat den natürlichen Drang hat, seinen Aktionsradius zu erweitern. Denn damit ist dem Verwaltungsrat ja nur größere Macht innerhalb der Gesellschaft, nicht aber gegenüber Dritten gegeben. Die Frage, ob die deutschen Banken konzentrationsfördernd wirken, konnte nur des-----

- (271) Fischer, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1958, 28 (37); Linhardt, Die Aktiengesellschaft 1958, 169 ff.
- (272) Klug, Neuordnung des Bankenstimmrechts, S. 56; Vallenthin, Die Aktiengesellschaft 1958, 204 (206)
- (273) Klug, Neuordnung des Bankenstimmrechts, S. 56
- (274) Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. 2. 1964, erstattet vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt am Main, abgedruckt als Bundestagsdrucksache IV, 2320, S. 39
- (275) Seidel, Depotstimmrecht, S. 31

halb entstehen, weil ihnen durch das Depotstimmrecht Einflußmöglichkeiten in verschiedenen Gesellschaften eröffnet sind. Die Blankovollmachten begünstigen Konzentrationsbestrebungen dagegen aus ganz anderen Gründen. Wenn es einem Aktionär kraft einer größeren Beteiligung an einer Publikumsgesellschaft gelungen ist, die Wahl eines ihm genehmen, vielleicht sogar willfährigen Verwaltungsrats durchzusetzen, kann er nämlich künftig einen Teil seiner Aktien abstoßen und mit einer sehr geringen Beteiligung seinen bestimmenden Einfluß in der Gesellschaft aufrechterhalten. Denn "sein" Verwaltungsrat kann die zur Erhaltung der Vormachtstellung in der Hauptversammlung notwendigen Stimmen durch Blankovollmachten besorgen. Da es demnach möglich ist, die Kontrolle über ein Unternehmen mit relativ geringem Kapitaleinsatz aufrechtzuerhalten, ist es relativ leicht, in weiteren Unternehmen mit dem frei gewordenen Kapital Einfluß zu erlangen und folglich einen Konzern oder andere Erscheinungsformen der Konzentration zu bilden (276). Unterstützt wird diese auf den Blankovollmachten beruhende Möglichkeit noch dadurch, daß es im französischen Aktienrecht keinerlei Beschränkungen für die Ausübung von Stimmrechten gibt, die auf Beteiligungen eines Konzernunternehmens an einem anderen Unternehmen des Konzerns beruhen (277). Das System der Blankovollmachten hat in dieser Hinsicht so grundlegend andere Auswirkungen als das Depotstimmrecht, weil die Stimmen der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen über den Verwaltungsrat in den Einflußbereich von Personen kommen können, die als an der Industrie beteiligte Unternehmer andere Interessen haben als die Banken in Deutschland.

4. Die Macht der Banken

Aus deutscher Sicht ist die Frage, welche Auswirkungen das System der Vertretung durch Blankovollmachten auf das Verhältnis zwischen Banken und Gesellschaften hat, besonders wichtig. Denn die ganze Diskussion um das Depotstimmrecht bewegt sich insoweit auf schwankendem Boden, als bisher nicht definitiv geklärt werden konnte, wie weit der Einfluß der Banken in der Wirtschaft überhaupt auf dem Bankenstimmrecht beruht.

Der vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft erstattete Konzentrationsbericht enthält zwar umfangreiche Untersuchungen über das Ausmaß, in dem die Banken fremde Aktionärsstimmrechte ausüben (278). Es konnte aber weder festgestellt werden, in welcher Weise die Banken von den ihnen zur Verfügung stehenden Stimmen Gebrauch gemacht hatten (279), noch ergibt sich aus den Untersuchungen, ob ohne Beteiligung der Banken an den Hauptversammlungen andere Entscheidungen getroffen worden wären. Welche Bedeutung das Depotstimmrecht für die Macht der Banken hat, bleibt deshalb ungeklärt.

(276) In diesem Sinne: Vanhaecke, *Les groupes de sociétés* (Paris 1959), S. 84

(277) s. o. S. 9

(278) S. 39 ff

(279) S. 96 (Stellungnahme der Bundesregierung)

Einen einzigen, freilich sehr interessanten Hinweis auf die tatsächliche Bedeutung des Bankenstimmrechts enthält der Bericht allerdings doch. Es wird nämlich festgestellt (280), daß im Jahre 1961 in 150 Gesellschaften, in denen Banken den Aufsichtsratsvorsitzer stellten, die betreffenden Banken folgende Kapitalanteile auf der Hauptversammlung vertreten hatten:

Über 50 % des Kapitals bei 42 Gesellschaften,
über 25 % des Kapitals bei 41 Gesellschaften,
über 5 % des Kapitals bei 26 Gesellschaften,
unter 5 % des Kapitals bei 41 Gesellschaften.

Andererseits sind Banken nach den angestellten Untersuchungen in 14 Aufsichtsräten von 73 Gesellschaften, in denen sie die Kapitalmehrheit vertraten, nicht vertreten (281). Hieraus zieht die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zu dem Bericht zu Recht die Folgerung (282): "Das Depotstimmrecht der Banken spielt nämlich nach dem vorliegenden Untersuchungsergebnis für die Wahl von Bankenvertretern in die Aufsichtsräte offenbar keine entscheidende Rolle."

Daß dieses für einen Teilbereich, nämlich die Wahl in den Aufsichtsrat, gefundene Ergebnis auch für viele andere Entscheidungen Gültigkeit hat, die auf der Hauptversammlung unter Mitwirkung der Banken getroffen werden, kann sich vielleicht durch das Verhältnis zwischen Banken und Aktiengesellschaften in Frankreich nachweisen lassen.

In Frankreich üben sowohl die Depotbanken wie die Geschäftsbanken nie die Stimmrechte des Aktienstreubesitzes aus. Weder einzelne Banken noch der "chef de file", der kurze Zeit die gesamten Blankovollmachten in Händen hält, behalten Vollmachten für sich zurück. Nach allen für die vorliegende Arbeit eingeholten Informationen erliegen auch die Geschäftsbanken, für die die Blankovollmachten wegen ihrer eigenen unternehmerischen Interessen in der Wirtschaft an sich besonders wertvoll sein müssten, nie der Versuchung, die auftragsgemäß eingesammelten Vollmachten für sich zu behalten. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, daß die Banken vertragsbrüchig würden, wenn sie die Publikumsstimmen selbst ausüben würden. Denn der Zweck der von dem Verwaltungsrat eingeleiteten Bemühungen um die Vollmachten des Streubesitzes ist ja gerade, dem Verwaltungsrat die Verfügungsmacht über die Aktionärsstimmrechte des breiten Publikums zu verschaffen.

Es bleibt aber, jedenfalls aus deutscher Sicht, merkwürdig, daß nicht einmal die Geschäftsbanken den Versuch machen, ohne Auftrag einer Gesellschaft, also aus eigener Initiative, in ihrer Klientel Stimmrechtsvollmachten für sich zu beschaffen. Die oben (283) für ihr Verhalten angeführten Gründe können

(280) S. 41

(281) S. 41

2) S. 96 ff

3) s. o. S. 29

allein nicht überzeugen. Einen Hinweis auf eine wesentliche Ursache dieser Inaktivität und gleichzeitig einen Anhaltspunkt für die Bedeutung des Stimmrechts einer Bank in einer Hauptversammlung kann man aber der Tatsache entnehmen, daß häufig die Banken für ihre Eigenbestände dem Verwaltungsrat eine Blankovollmacht erteilen. Es ist kaum denkbar, daß eine Bank auf diese Weise wertvolle Mittel bewußt aus der Hand gibt. Es scheint vielmehr das Stimmrecht, jedenfalls für eine Bank, nicht entscheidend zu sein für die Möglichkeit, in dem für sie notwendigen Umfang auf die wichtigen Entscheidungen in einer Gesellschaft Einfluß zu nehmen. Denn kein Unternehmen kann ohne Kredit und die sonstigen Dienstleistungen der Banken arbeiten. Durch die Kreditbeziehungen und eine vielleicht gleichzeitig vorhandene Beteiligung einer Bank wird dieser Bank bei für sie interessanten Gesellschaften fast immer ein Verwaltungsratsmandat zufallen (284). Ihr Verwaltungsratsmitglied wird auf solche Entscheidungen hinwirken, die auch die Interessen der Bank wahren. Sollte der Verwaltungsrat der Hauptversammlung andere Vorschläge unterbreiten wollen oder selbst andere Entscheidungen treffen, so wird ein Hinweis der Bank auf die Konsequenzen, die sie für die Kreditbeziehungen ziehen wird, seine Wirkung nicht verfehlen.

Tunc stellt diese sich aus den Kreditbeziehungen ergebenden Kräfteverhältnisse eindrucksvoll dar (285). Nach seinen Erfahrungen legt ein Kreditinstitut Wert auf einen Verwaltungsratsposten in einer Gesellschaft, die seine Hilfe in Anspruch nimmt (286). Weiter stellt er fest (287): "Wenn eine Entscheidung wirklich schwerwiegend zu sein scheint, werden Präsident und Generaldirektor es manchmal für notwendig halten, davon diesem oder jenem Verwaltungsratsmitglied, das eine Finanzgruppe in dem Unternehmen vertritt, oder der einen oder anderen Finanzgruppe, die ein großes Aktienpaket der Gesellschaft hat, ohne im Verwaltungsrat vertreten zu sein, zu berichten." Das führe dann dazu, daß man sagen könne, "daß es niemals die Hauptversammlung ist, die wirklich die Entscheidungen trifft, und daß es auch selten der Verwaltungsrat ist." Die Hauptversammlung selbst stimme nur zu.

Derartige Beziehungen zwischen den großen Aktiengesellschaften und Bankunternehmen im weitesten Sinne können als Erklärung für das Desinteresse der Banken an den Stimmrechten des weitgestreuten Kapitals dienen. Die eigene Beteiligung einer Bank an einer Gesellschaft ist vielleicht oft die Grundlage einer Einwirkungsmöglichkeit. Bei den wichtigen, die Banken interessierenden Entscheidungen gibt aber nicht das auf einer Beteiligung beruhende oder durch Vollmacht übertragene Stimmrecht der Aktionäre den Ausschlag, sondern das auf den übrigen Beziehungen zwischen Bank und Gesellschaft beruhende Kräfteverhältnis. Es scheint so,

(284) siehe hierzu Rebotier, *Les participations bancaires* (Paris 1935), S. 232 ff.

(285) Tunc, *Le rôle de l'actionnaire dans la société anonyme et les enseignements du droit américain*, in: *Travaux et Conférences VII* (Brüssel 1959), S. 5 ff.

(286) *Le rôle de l'actionnaire*, S. 12

(287) *Le rôle de l'actionnaire*, S. 12

daß die französischen Banken nicht darauf angewiesen sind, ihre Stellung in den Gesellschaften durch fremde Stimmrechte zu stärken.

Dies ist aber nicht nur eine Erklärung dafür, warum die Banken nicht für sich selbst Stimmrechtsvollmachten beschaffen. Hieraus ergibt sich gleichzeitig die Beantwortung der Frage, welchen Einfluß auf das Verhältnis der Banken zu den Gesellschaften die Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen durch den Verwaltungsrat hat. Denn es folgt daraus, daß die Blankovollmachten in den Händen des Verwaltungsrats die Machtverhältnisse zwischen Bank und Gesellschaft nicht entscheidend beeinflussen. Das durch das Gesellschaftsrecht den Inhabern oder Vertretern des Aktienkapitals eingeräumte Recht, über die Gesellschaft zu bestimmen, wird anscheinend oft, vor allem in Gesellschaften mit weitgestreutem Kapital, durch andere, wirtschaftliche Kräfte in den Hintergrund gedrängt (288).

Der Umstand, daß die französischen Banken, insbesondere die Geschäftsbanken, in der Wirtschaft eine starke Machtposition innehaben, obwohl sie die Stimmen der Publikumsaktionäre nicht in ihren Dienst stellen, läßt wichtige Rückschlüsse auf die Bedeutung des Depotstimmrechts zu. Wenn die französischen Banken auch ohne die Publikumsstimmen in den ihnen nahestehenden Unternehmen ein entscheidendes Wort mitzureden haben, liegt es nämlich nahe, daß die in der deutschen Literatur häufig vertretene These richtig ist, der Einfluß der deutschen Banken beruhe nicht im wesentlichen auf dem nur einmal jährlich ausgeübten Bankenstimmrecht, sondern auf jahrelangen geschäftlichen Beziehungen, der durch die Banken gewährten finanziellen Beratung, der Kreditgewährung und den Dienstleistungen im Auslandsgeschäft (289). Bestätigt wurde die Richtigkeit dieser Überlegungen im übrigen auch schon durch die oben erwähnten Feststellungen des Konzentrationsberichts zu der Bankenvertretung in den Aufsichtsräten (290), nämlich durch die Tatsache, daß offenbar kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Stimmenmacht einer Bank in einer Hauptversammlung und ihrer Vertretung im Aufsichtsrat besteht. Es scheint deshalb, daß in Deutschland von den Gegnern des Depotstimmrechts die Macht oft überschätzt wird, die den Banken durch die Stimmrechte ihrer Depotkunden zukommt.

(288) Jauffret (Rev. int. dr. comp. 1957, 269 ff. (294)) meint, daß letztlich die "Banque de France" die Gesellschaften durch die Kontrolle des Kredits überwacht.

(289) Beine, Die Aktiengesellschaft 1959, 179 (182); Vallenthin, Die Aktiengesellschaft 1959, 149 (150); Klug, Neuordnung des Bankenstimmrechts, S. 56; Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Denkschrift 1958, S. 19; Püttner, Depotstimmrecht, S. 19, 123; Seidel, Depotstimmrecht, S. 19/20
(290) s. o. S. 88

3. Kapitel: Die Vertretung der Publikumsaktionäre in Belgien (1)

§ 11 Überblick

1. Das Recht der Vertretung

Da die Ermächtigung als juristische Konstruktion dem belgischen Recht unbekannt ist, kann auch in Belgien, wie in Frankreich (2), ein Dritter das Stimmrecht eines Aktionärs nur als Vertreter ausüben. Es würde sich sogar derjenige, der ein fremdes Stimmrecht im eigenen Namen ausübte, nach Art. 200 LC strafbar machen. Denn er würde sich als Eigentümer von Aktien ausgeben, die ihm in Wirklichkeit nicht gehören (3).

Es könnte sich aber jeder Aktionär auf der Hauptversammlung vertreten lassen. Denn die Zulassung zur Hauptversammlung darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß der Aktionär eine Mindestzahl Aktien besitzt (4), und das in Art. 74 Abs. 2 LC normierte Recht, sich durch einen Dritten auf der Hauptversammlung vertreten zu lassen, kann durch die Satzung nicht ausgeschlossen werden (5). Die Möglichkeiten, das Stimmrecht durch einen Dritten ausüben zu lassen, sind auch deshalb günstig, weil ein Aktionär in der Wahl seines Vertreters nicht beschränkt ist (6), es sei denn, daß die Satzung der Gesellschaft den Kreis der als Vertreter Zugelassenen auf die Aktionäre begrenzt (7).

Auch der Verwaltungsrat der Gesellschaft könnte die Aktionäre auf der Hauptversammlung vertreten, weil selbst der Verwaltungsrat in keinem Fall, in dem seine Interessen mit denen der Gesellschaft kollidieren, als Vertreter von der Teilnahme an einer Abstimmung ausgeschlossen ist. Daß ein eigenes Interesse an dem Abstimmungsergebnis den Verwaltungsrat nicht an der Ausübung eigener Stimmrechte hindert, ist oben (8) schon erwähnt worden. Entsprechendes gilt für ihn als Vertreter dritter Aktionäre. Diskutiert wird diese Frage allerdings, soweit ersichtlich, in der gesamten Literatur zum belgischen Aktienrecht überhaupt nicht, obwohl es – wenn auch nur in Ausnahmefällen (9) – vorkommt, daß der Verwaltungsrat einer Gesellschaft eine größere Anzahl von Aktionären auf der Hauptversammlung in den Abstimmungen vertritt. Diese Tatsache ist bisher nie als rechtlich bedenklich oder gar als unzulässig kritisiert worden.

-
- (1) Es werden weiterhin alle an einer Aktiengesellschaft Beteiligten, die ein Stimmrecht in der Hauptversammlung haben, als "Aktionär" bezeichnet.
- (2) s. o. S. 20
- (3) Zu Art. 200 LC siehe Frédéricq, Bd. 5, Nr. 782 (S. 1101); Resteau, Bd. 4, Nr. 2187 ff.
- (4) s. o. S. 11/12
- (5) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 490 (S. 694)
- (6) Répertoire pratique du droit belge, Bd. 12: "Sociétés", Nr. 1274
- (7) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 490 (694)
- (8) s. o. S. 10/11
- (9) s. u. S. 94 ff

Auch hinsichtlich des Inhalts der Stimmrechtsvollmachten kennt das belgische Aktienrecht fast keine Beschränkungen. Ein Aktionär kann insbesondere durch ein Imperativmandat genau festlegen, wie der Bevollmächtigte das Stimmrecht ausübt (10). Andererseits steht es ihm auch frei, einen Dritten unwiderruflich zu bevollmächtigen. Das ist ganz unbestritten dann rechtlich zulässig, wenn die Bevollmächtigung zeitlich begrenzt ist (11). Einige Autoren (12) schließen allerdings aus einer Entscheidung des Kassationshofs aus dem Jahre 1938 (13), in der die Gültigkeit einer auf etwa ein Jahr erteilten unwiderruflichen Vollmacht bejaht worden war, daß eine unwiderrufliche Bevollmächtigung nur in diesem Fall, also nur bei zeitlicher Begrenzung der Vollmacht, gültig sei. Dagegen vertritt Demeur (14) den Standpunkt, daß auch der Gültigkeit einer unwiderruflichen Dauervollmacht nichts im Wege stehe, weil es allein darauf ankomme, ob der Mechanismus der Hauptversammlung durch die Bevollmächtigung gestört werde oder nicht.

Die Vollmacht kann im übrigen auch als Blankovollmacht erteilt werden, also ohne Angabe des Namens des Bevollmächtigten, wie es in Frankreich üblich ist (15). Nach van Ryn (16) wäre allerdings eine unwiderruflich erteilte Blankovollmacht nichtig, da sie eine Zession des Stimmrechts an einen Unbekannten darstellte. Das ändert aber nichts daran, daß die Blankovollmacht als Mittel der Vertretung des Streubesitzes in Belgien genauso zur Verfügung steht wie in Frankreich.

Häufig verlangen die Satzungen der Gesellschaften für die Vollmachten die Einhaltung einer bestimmten Form, gewöhnlich der einfachen Schriftform. Gesetzliche Formvorschriften für die Vollmachten bestehen dagegen nicht. Auch das übliche "bon pour pouvoir" vor der Unterschrift ist nicht Voraussetzung für die Gültigkeit einer Vollmacht.

Für die Beurteilung der Möglichkeiten der Publikumsaktionäre, sich auf der Hauptversammlung vertreten zu lassen, ist schließlich noch von Interesse, daß bei der Berechnung der nach Art. 76 LC zulässigen Höchststimmenzahl die von einem Hauptversammlungsteilnehmer im eigenen und im fremden Namen ausgeübten Aktienstimmen zusammenzurechnen sind (kumulative Berechnung). Es gibt zwar hierzu, soweit ersichtlich, keine Rechtsprechung. Die Literatur hat sich aber bei der Berechnung des höchsten nach Art. 76 LC zulässigen Stimmenanteils fast ausnahmslos dagegen gewandt, Eigen- und Fremdbesitz eines Hauptversamm-

-
- (10) Cass. civ., 13. 1. 1938, R. P. S. 1938, Nr. 3700 (als obiter dictum); Frédéricq, Bd. 5, Nr. 490 (S. 694)
 - (11) Liège, 8. 12. 1938, R. P. S. 1939, Nr. 3785; Cass. civ. 13. 1. 1938, R. P. S. 1938, Nr. 3700; Demeur, R. P. S. 1938, Nr. 3701; van Ryn, Bd. 1, S. 434 (Nr. 689)
 - (12) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 490 (S. 695); van Ryn, Bd. 1, S. 434 (Nr. 689)
 - (13) Cass. civ., 13. 1. 1938, R. P. S. 1938, Nr. 3700
 - (14) R. P. S. 1938, Nr. 3701 (S. 689)
 - (15) Frédéricq, Bd. 5, Nr. 490 (S. 694)
 - (16) Bd. 1, S. 434 (Nr. 689)

lungsteilnehmers getrennt zu rechnen (distributive Berechnung) (17). Ausführlich setzt sich insbesondere Resteau mit der von Nyssens vertretenen Gegenmeinung auseinander. Er beruft sich auf den Wortlaut des Gesetzes ("Nul ne peut prendre part au vote ...") und sieht in der Methode der kumulativen Berechnung keine unzulässige Beschränkung der Aktionärsrechte. Denn es sei Sache jedes einzelnen Aktionärs, sich einen Vertreter zu suchen, der seine Stimmrechtsvollmacht auch tatsächlich ausüben kann (18). Der Streit ist freilich letztlich für die Vertretung des Aktienstreubesitzes nicht von besonderer Bedeutung, weil ja schon fünf Hauptversammlungsteilnehmer in der Lage sind, das gesamte Aktienkapital zu vertreten.

Schon dieser kurze Überblick über die gesetzlichen Bestimmungen, die die Vertretung eines Aktionärs bei der Stimmrechtsausübung regeln, genügt für die Feststellung, daß rechtliche Schwierigkeiten einer Vertretung auf der Hauptversammlung nicht im Wege stehen. Es wäre deshalb – betrachtet man nur die gesetzlichen Grundlagen – zu erwarten, daß die Publikumsaktionäre in Belgien in ähnlichem Umfang wie in Frankreich und Deutschland auf den Hauptversammlungen vertreten werden.

2. Die Praxis der Vertretung der Publikumsaktionäre

Von geringen Ausnahmen abgesehen, bleiben die Publikumsaktionäre und alle anderen Aktionäre, die mit ihrem Kapitalbesitz keine Unternehmerinteressen verfolgen, auf den Hauptversammlungen belgischer Aktiengesellschaften unvertreten. Weder Banken noch Gesellschaften bemühen sich um die Vertretung dieser Aktionäre. Es gibt in Belgien kein Vertretungssystem, das die Funktion des deutschen Bankenstimmrechts, des französischen Systems der Blankovollmachten oder des amerikanischen proxy-Systems erfüllt. Es hat auch in früheren Zeiten nie eine Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen in Belgien gegeben.

Diese überraschende Feststellung beruht auf den Auskünften zahlreicher Wissenschaftler und Praktiker. Da die Banken durch die bei ihnen unterhaltenen Depots die geeigneten Mittler zwischen Gesellschaft und Aktionären sind, wurden im Rahmen der vorliegenden Arbeit Vertreter der vier bedeutendsten belgischen Banken und ein Vertreter der Bankenaufsicht (Commission Bancaire) befragt. Die von ihnen allen erteilte Auskunft, daß es grundsätzlich keine Vertretung des weit gestreuten Kapitals gebe, wurde ausnahmslos bestätigt von allen befragten, teils praktisch tätigen, teils wissenschaftlich arbeitenden Juristen.

(17) Baughiet, La réglementation du droit de vote dans les sociétés anonymes (Brüssel 1935), Nr. 50; van Ryn, Bd. 1, Nr. 705; Wauwermans, Manuel pratique des sociétés, 7. Aufl. (Brüssel und Paris 1933), Nr. 594; Resteau, Bd. 2, Nr. 1184; Namur, Le code de commerce belge, 2. Aufl. 1884, Bd. 2, Nr. 1118; a. A. nur Nyssens, Rev.prat. soc. 1893, 1

(18) Resteau, Bd. 2, Nr. 1185

Die Richtigkeit dieses Ergebnisses wird auch, jedenfalls mittelbar, durch die Literatur zum Aktienrecht bestätigt. Nirgends findet sich ein Hinweis auf eine derartige Vertretung. Es werden auch keine Klagen erhoben, daß irgendjemand die Stimmenmacht der an ihrem Unternehmen nicht interessierten Aktionäre mißbrauche, und die Reformkommissionen haben sich deshalb auch nie mit einer Neuordnung des Rechts der Vertretung der Aktionäre befaßt (19).

Nach einer Veröffentlichung in der Tageszeitung "La Libre Belgique" aus dem Jahre 1937 (20) ist sogar der Vorschlag gemacht worden, eine Vertretung der Aktionäre durch Banken oder Börsenmakler zu erleichtern. Auch in neuerer Zeit ist eine ähnliche Lösung für das Problem des geringen Kontakts zwischen Gesellschaft und Aktionären empfohlen worden (21). Nach diesem Vorschlag sollen die Banken eine Mittlerrolle zwischen Aktionären und Gesellschaft einnehmen und Stimmrechtsvollmachten (für sich ?) in ihrer Klientel einsammeln. Da diese Anregung von einem Bankdirektor stammt (22), wird auch durch diese Veröffentlichung offenbar, daß die Banken jetzt nichts für eine Vertretung der Publikumsaktionäre unternehmen.

Es gibt auch keine anderen Einrichtungen, die sich mit der Vertretung der an ihrer Gesellschaft unternehmerisch nicht interessierten Aktionäre befassen. Es besteht kein Aktionärverein und auch keine andere Vereinigung von Wertpapier-sparern in Belgien. Niemand bemüht sich um die Vertretung der Aktionäre, die nicht von sich aus für ihre Teilnahme an der Hauptversammlung Initiative entwickeln.

§ 12 Ausnahmen

Es gibt freilich einige, für das Gesamtbild unbedeutende Ausnahmen von der Regel, daß Aktionäre ohne Unternehmerinteressen unvertreten bleiben.

1. Berühmt ist der Fall einer Großbank (Depotbank), der sich vor einigen Jahren zugetragen hat. Zwischen dem Präsidenten des Verwaltungsrats der Bank und dem einzigen Großaktionär war es zu Spannungen gekommen, und der Präsident mußte befürchten, abgewählt zu werden. Mit Hilfe des Filialnetzes der von ihm geleiteten Bank erlangte er jedoch durch eine schnell eingeleitete Aktion eine große Anzahl Blankovollmachten von der Bankkundschaft, und es gelang ihm, auf der nächsten Hauptversammlung einen größeren Anteil des Kapitals zu vertreten als der früher dominierende Großaktionär. Auf diese Weise konnte er verhindern, abgewählt zu werden.

(19) Zu den Reformbestrebungen s. u. S. 107 ff

(20) Ausgabe vom 11. 4. 1937, S. 3, unterzeichnet mit "Paul Struye"

(21) Larcier, La revue de la banque 1960, 283 (293)

(22) Larcier ist "directeur" bei der "Banque Lambert"

Berühmt ist dieser Fall, weil das Verhalten des Präsidenten der Bank unüblich ist. Die Urteile von Juristen und Praktikern der Wirtschaft über diesen Zwischenfall schwanken zwischen "ungewöhnlich" und "unanständig".

Die Verwaltungsräte der Depotbanken beschaffen sich allerdings auch in einigen anderen Fällen, ohne Anstoß zu erregen, Blankovollmachten zur Vertretung einiger Aktionäre auf der eigenen Hauptversammlung.

Es handelt sich dabei aber immer nur um eine sehr geringe Zahl Aktionäre. Denn der Verwaltungsrat einer Bank wendet sich immer nur an die Aktionäre der Bank mit der Bitte um eine Vollmacht – sofern sie nicht selbst erscheinen wollen –, die ein größeres Aktienpaket besitzen und enge Beziehungen zu der Bank haben. Diese Aktionäre sind häufig der Gruppe der Bank nahestehende Gesellschaften. An diese Aktionäre wenden sich die meisten Banken anlässlich jeder Hauptversammlung (23).

Die Erteilung und Benutzung einer Vollmacht dieser Aktionäre ist jedoch anders zu werten als das System der Vertretung durch Blankovollmachten in Frankreich. Es handelt sich nicht um eine Vertretung des Aktienstreubesitzes, also nicht um die Zusammenfassung anonymer Macht. Die wenigen um eine Vollmacht gebetenen Aktionäre erteilen die Vollmacht nicht aus Unwissenheit oder Routine, sondern weil sie dem Verwaltungsrat, über dessen Tätigkeit und Fähigkeit sie im Bilde sind, vertrauen. Der Verwaltungsrat bemüht sich um die Vollmachten nicht, um seine eigene Stellung zu festigen, sondern meist nur, um die Erreichung des Quorums der außerordentlichen Hauptversammlung zu sichern oder um die betreffenden Aktionäre irgendwie am Leben der Gesellschaft zu beteiligen. Die Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft werden wegen der meist dominierenden Stellung der die Gesellschaft kontrollierenden Gruppe durch die relativ geringe Zahl der Vollmachten nicht verschoben, zumal es sich, wie erwähnt, häufig bei den Vollmachtgebern um der Gruppe nahestehende Aktionäre handelt. So kommt es, daß an diesem Verhalten der Verwaltungsräte der Banken, soweit ersichtlich, bisher nirgends Kritik geübt worden ist.

2. Eine weitere Ausnahme besteht darin, daß die Depotbanken in wenigen Fällen entgegen ihrer Übung Blankovollmachten in ihrer Depotkundschaft für den Verwaltungsrat bestimmter anderer Gesellschaften beschaffen. Aber auch hier sind das Verhalten der Banken und die Wirkung ihrer Tätigkeit anders zu beurteilen als in Frankreich.

(23) Die Aktionäre erhalten gewöhnlich einen hektografierten Brief, in dem auf die Hauptversammlung und ihre Tagesordnung hingewiesen wird. Bei einer außerordentlichen Hauptversammlung wird der genaue Inhalt der geplanten Satzungsänderung wiedergegeben. Außerdem werden die Aktionäre gebeten, zu der Hauptversammlung zu kommen oder die beiliegende Vollmacht unterschrieben an die Bank zu senden. Die Vollmacht stimmt überein mit der oben beschriebenen, in Frankreich benutzten Vollmacht (s. o. S. 24). Sie enthält häufig selbst auch die Tagesordnung.

Die Vollmachten werden nicht routinemäßig eingesammelt. Die Bank wird nur in Ausnahmefällen tätig. Sie bemüht sich nämlich nur, wenn es sich um eine Gesellschaft der Gruppe handelt, der sie angehört (24), und wird nur tätig auf Veranlassung des Verwaltungsrats dieser Gesellschaft, der sie meist auch nur zur Erreichung des Quorums einer außerordentlichen Hauptversammlung um ihre Mithilfe bittet. Zudem erfüllt sie diese Tätigkeit stets nur ungern, da sie nicht den Eindruck erwecken möchte, sie wolle sich einmischen. Auch der Kreis der Aktionäre, an den sie sich in diesen Ausnahmefällen wendet, ist nur sehr klein. Sie bittet nur die ihr gut bekannten oder befreundeten großen Aktionäre, selbst auf der Hauptversammlung zu erscheinen oder eine Vollmacht, eventuell blanko, zu erteilen (25). Die Aktionäre, die dann dem Verwaltungsrat der Gesellschaft eine Stimmrechtsvollmacht erteilen, handeln gewiß überwiegend in Kenntnis der Lage der Gesellschaft und aus Vertrauen zu dem Verwaltungsrat.

Die Tätigkeit der Bank, die im übrigen gewöhnlich keine Provision erhält und die die eingehenden Vollmachten immer an den Verwaltungsrat der betreffenden Gesellschaft weitergibt, zielt folglich allein darauf, der Gesellschaft bei der Erreichung des Quorums zu helfen und dafür zu sorgen, daß der Wille der bedeutenden Aktionäre in der Hauptversammlung zum Ausdruck kommt. Auch hier wird nicht die Macht einer anonymen, indifferenten Masse durch einen Dritten zusammengefaßt.

3. Neben diesen beiden Fallgruppen, in denen Depotbanken für ihre eigene Hauptversammlung oder in Ausnahmefällen für die Hauptversammlung einer ihr nahestehenden Gesellschaft Stimmrechtsvollmachten von größeren inaktiven Aktionären beschaffen, interessieren hier noch die wenigen Gesellschaften, die sich selbst unmittelbar mit der Bitte um eine Vollmacht an ihre Aktionäre wenden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Versicherungsgesellschaften. Allein diese Unternehmen sind nämlich, da häufig ihr Aktienkapital nicht voll eingezahlt ist, gezwungen, die in Belgien recht unbeliebte Namensaktie auszugeben (26). Diese Gesellschaften haben die Verpflichtung, ihre gesamten Aktionäre, die ihnen ja alle durch das Aktienbuch bekannt sind, durch einen Brief zur Hauptver-

-
- (24) Äußerst selten geschieht es, daß der Verwaltungsrat einer der Gruppe fremden Gesellschaft die Bitte äußert, ihm Vollmachten zu beschaffen. Dieser Bitte entspricht die Bank nur, wenn sie dazu einen besonderen Anlaß sieht. Sie möchte vermeiden, in die Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft einzugreifen.
- (25) Zum Inhalt des Anschreibens und der Vollmacht s. o. Anm. 23. Die Bank schreibt die Aktionäre im eigenen Namen an. Sie bittet die Aktionäre, ihr selbst die für den Verwaltungsrat bestimmten Vollmachten zuzusenden.
- (26) Art. 46 Abs. 2 LC

sammlung einzuberufen (27). Da die Gesellschaft also ohnedies anläßlich jeder Hauptversammlung mit ihren Aktionären Kontakt aufnehmen muß, nimmt der Verwaltungsrat dieser Unternehmen, insbesondere wenn es sich um eine nur bei Anwesenheit von wenigstens der Hälfte des Kapitals beschlußfähige außerordentliche Hauptversammlung (28) handelt, häufig die Gelegenheit wahr, der an alle Aktionäre gerichteten Einberufung ein Vollmachtsformular beizufügen. Die von einem Teil der Aktionäre zurückgeschickten, meist blanko erteilten Vollmachten werden dann, wie in Frankreich, durch Mitglieder des Verwaltungsrats ausgeübt.

Dies ist der einzige Fall, in dem in belgischen Aktiengesellschaften der Aktienstreubesitz überhaupt vertreten wird. Bei einer Betrachtung der Zusammensetzung der in den letzten Jahren abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlungen bedeutender Versicherungsunternehmen (29) ergibt sich allerdings, daß die vom Verwaltungsrat ausgeübten Publikumsstimmen nie für die Bildung der Mehrheit entscheidend waren. Wenigstens die relative Mehrheit befand sich stets in Händen von offensichtlich zu einer bestimmten Gruppe gehörenden Personen oder Gesellschaften. Die im breiten Publikum gesammelten Vollmachten dienten lediglich der Erreichung des Quorums und waren für die Gewichtsverteilung in der Hauptversammlung ohne jede Bedeutung.

§ 13 Ursachen des Fehlens einer Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen

Das Stimmrecht der Aktionäre bedeutet die Möglichkeit, Einfluß in einer Aktiengesellschaft auszuüben, also Macht. Da ein großer Teil der Aktionäre seine Macht nicht ausübt, ist anzunehmen, daß irgendein Dritter versucht, sich diese Macht nutzbar zu machen. Sollte das wider Erwarten, wie fast in allen belgischen Gesellschaften, niemand tun, so muß es dafür schwerwiegende Gründe geben. Entweder ist es dann zu schwierig, die Stimmrechte zu sammeln, oder diejenigen, die dazu in der Lage wären, interessieren sich nicht für die Stimmen, weil sie auf die in ihnen verkörperte Einflußmöglichkeit nicht angewiesen sind.

(27) Art. 73 Abs. 4 LC

(28) Art. 70 bis, Abs. 3 LC

(29) Zu der Zusammensetzung der außerordentlichen Hauptversammlung von Versicherungsgesellschaften siehe *Moniteur Belge*, *Recueil des actes de sociétés* 1957, II, 5, Nr. 16764 (*La Royale Belge, Incendie, Vol et Risques Divers*), 1957, II, 5, Nr. 16763 (*La Royale Belge, Société Anonyme d'Assurances*), 1961, II, Nr. 14514 (*Compagnie Belge d'Assurance-Crédit*), 1962, III, 1, Nr. 23166 (*L'Assurance Liégeoise*)

1. Die Organisation der Banken

Da die Inhaberaktie auch in Belgien der vorherrschende Aktientyp ist und weil gewöhnlich nur die Banken die Inhaberaktionäre kennen, bilden die Banken das Bindeglied zwischen den Publikumsaktionären und demjenigen, der sie um eine Vollmacht bitten will. Deshalb ist für die Suche nach den Ursachen der überraschenden Tatsache, daß der Aktienstreubesitz in den Hauptversammlungen belgischer Aktiengesellschaften unvertreten bleibt, die Organisation der Banken von Interesse.

a) Bis zum Jahre 1934 gab es nur den Typ der "banque mixte", also Banken, die das normale Bankgeschäft betrieben und sich gleichzeitig mit der Gründung von Unternehmen, der Plazierung von Aktien und Obligationen sowie der Kontrolle von Gesellschaften durch eigene Beteiligungen befaßten. Der Einfluß dieser Banken in der Wirtschaft ist außerordentlich stark gewesen (30).

Als Reaktion auf Liquiditätsschwierigkeiten, in die mehrere Banken geraten waren, wurden 1934 und 1935 zwei königliche Verordnungen erlassen, die das Bankwesen neu regelten (31). Danach bestehen strenge Vorschriften für Institute, die Sichteinlagen oder Gelder entgegennehmen, für die eine zweijährige oder noch kürzere Kündigungsfrist vereinbart ist (32). Nur diese Institute dürfen sich "Bank" nennen (33). Sofern solche "Banken" in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft oder GmbH bestehen (34), dürfen sie keinerlei Beteiligung an einem Wirtschaftsunternehmen, außer an einer "Bank" oder einer reinen Innengesellschaft (association en participation) haben (35). Von geringen Ausnahmen abgesehen, dürfen leitende Angestellte dieser Banken nicht gleichzeitig eine leitende Stellung in einer Handelsgesellschaft bekleiden (36). Alle Banken im Sinne dieser Verordnungen unterstehen außerdem einer sehr scharfen Kontrolle durch Revisoren (37) und die "Commission Bancaire" (38).

(30) Commission Bancaire 1935-1960 (Brüssel 1960), S. 76

(31) Arrêté royale Nr. 2 vom 22. 8. 1934 (Mon. 24. 8. 1934); arrêté royale Nr. 185 vom 9. 7. 1935 (Mon. 10. 7. 1935)

(32) Art. 1 VO Nr. 185

(33) Art. 3 VO Nr. 185; sie werden entsprechend der französischen Benennung unten als "Depotbank" bezeichnet.

(34) Alle bedeutenden belgischen Depotbanken außer der "Banque Lambert", die eine Kommanditgesellschaft auf Aktien ist, sind Aktiengesellschaften.

(35) Art. 14 Abs. 1 VO Nr. 185; nach Absatz 2 dieses Artikels gelten gewisse Ausnahmen für die Mitwirkung bei Neuemissionen und die Sicherung von Forderungen.

(36) Art. 16 § 1 VO Nr. 185

(37) Art. 19 ff. VO Nr. 185

(38) Art. 35 ff. VO Nr. 185

Durch diese Bestimmungen sollte zum Schutz der Bankgläubiger die Liquidität der Banken (Depotbanken) erhöht werden (39). Außerdem sollten alle Verbindungen zwischen Depotbanken und Wirtschaftsunternehmen, soweit es sich nicht um reine Bankbeziehungen handelt, unterbunden werden (40). Die Macht der alten, großen "banques mixtes" sollte beschränkt werden, und es sollte erreicht werden, daß kreditsuchende Unternehmen objektiv, also nach ihrer Kreditwürdigkeit, behandelt werden (41). Zudem sollte es einem Bankier durch die mit der gesetzlichen Neuregelung verbundene Begrenzung des Tätigkeitsfeldes der "Banken" verwehrt werden, die schlechte Finanzlage eines Unternehmens zur Einflußnahme auszunutzen (42).

Die rechtliche Trennung der Aufgaben der Depotbanken von denen der Geschäftsbanken hätte jedoch allein zur Erreichung des gesteckten Ziels nicht ausgereicht. Alle jetzt bestehenden, zu einem der beiden Typen gehörenden Banken sind nämlich ursprünglich aus einem Unternehmen, einer "banque mixte", hervorgegangen. In den Jahren 1934/1935 ist das eine Aufgabengebiet auf eine neugegründete juristische Person übertragen worden, deren Kapital das alte Unternehmen in Form einer Beteiligung übernahm oder als Kredit zur Verfügung stellte (43). Dadurch entstand entweder eine Abhängigkeit der Geschäftsbank von der Depotbank oder umgekehrt. Im Laufe der Zeit ist jedoch durch die Bemühungen der "Commission Bancaire" eine wirkliche Trennung der Depotbanken von den Geschäftsbanken und Holdings durchgesetzt worden. Das Ziel der beiden Verordnungen scheint erreicht worden zu sein. Die Depotbanken werden im Interesse ihrer Klientel eigenverantwortlich geleitet (44).

b) Nur mit den Depotbanken hat das breite Publikum zu tun. Denn bei ihnen kann jedermann ein laufendes Konto führen lassen oder ein Spar- und Wertpapierkonto unterhalten. Zwar könnten gerade die Wertpapiere, die an sich hier allein von Interesse sind, auch bei einer Geschäftsbank deponiert werden. Aus denselben Gründen wie in Frankreich (45), weil nämlich über alle Wertpapiergeschäfte, über die Kuponeinlösung und über die Kontoführung bar abgerechnet werden müßte, werden jedoch die Aktien des breiten Publikums allein bei den Depotbanken verwahrt.

(39) van Ryn, Bd. 3, Nr. 1996

(40) Ponlot, Le statut légal des banques et le contrôle des émissions de titres et valeurs (Court-St.-Etienne 1958), S. 111. Nach Ponlot (a. a. O.), der Mitglied der Commission Bancaire ist, darf deshalb eine Bank selbst dann keine Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen haben, wenn sie diese Beteiligungen in der Bilanz mit "null" bewertet.

(41) Commission Bancaire 1935-1960, S. 79

(42) Wie Anm. 41

(43) Wurde das ursprüngliche Unternehmen Depotbank, so bot sich nur diese zweite Möglichkeit, da die Depotbank keine Beteiligungen besitzen darf. (Art. 14 Abs. 1 VO Nr. 185).

(44) Ponlot, Le statut légal, S. 104

(45) s. o. S. 31

Allein die Depotbanken könnten demnach die Inhaber des weit gestreuten Aktienkapitals erreichen. Weil sie von Beteiligungen an der Wirtschaft ausgeschlossen sind, haben sie jedoch nicht das Ziel, dort unmittelbar Einfluß auszuüben. Sie interessieren sich deshalb nicht dafür, für sich selbst in ihrer Klientel Stimmrechtsvollmachten zu beschaffen.

Die Geschäftsbanken und andere Unternehmen mit größeren Beteiligungen an der Wirtschaft könnten sich, jedenfalls an die breite Masse der Inhaberaktionäre (46), nur über die Depotbanken wenden. Hier ist es nun von Bedeutung, daß die Depotbanken sich zur Selbständigkeit entwickelt haben und nicht einfach zum Beschaffen von Vollmachten gezwungen werden können. Aber auch freiwillig übernehmen sie grundsätzlich (47) nicht den Auftrag, für eine Geschäftsbank oder sonst irgendjemanden Stimmrechtsvollmachten zu sammeln. Dafür, daß die Depotbanken auch nicht auf Grund vertraglicher Vereinbarungen für eine Geschäftsbank oder für andere Interessenten Vollmachten beschaffen, wird aus Bankkreisen häufig als Begründung angeführt, daß man nicht den Eindruck gewaltiger Wirtschaftsmacht der Depotbanken noch dadurch verstärken wolle, daß man beim Beschaffen von Vollmachten in Erscheinung tritt. Außerdem befürchtet man, daß die "Commission Bancaire" – bei größerem Umfang dieser Tätigkeit – eingreifen könnte, weil ein solches Verhalten als Umgehung der Vorschriften über die Trennung der Aufgabenbereiche der Banken (48) angesehen werden könnte. Eine Tätigkeit dieser Art in großem Stil verträgt sich nach belgischer Auffassung nicht mit der Stellung einer Depotbank.

2. Der Wunsch der Aktionäre nach Anonymität

Ein trotz der bisher angeführten Gründe unternommener Versuch, Vollmachten der Aktionäre zu beschaffen, würde auch noch aus anderen Gründen keinen besonderen Erfolg versprechen. Viele Belgier – das ist kein Geheimnis – bemühen sich nämlich besonders intensiv, Steuern zu "sparen". Sie legen deshalb keinen Wert darauf, als Aktionäre in Erscheinung zu treten; denn dadurch könnten sie gezwungen werden, bei Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuereklärungen vollständige Angaben zu machen.

Auf diese Haltung nimmt zum Beispiel der oben (49) zitierte Reformvorschlag von Jacobs-Havenith Rücksicht. Es wird dort zur Belebung der Vertretung auf den Hauptversammlungen empfohlen, die nur vertretenen Aktionäre nicht auf der Anwesenheitsliste der Hauptversammlung erscheinen zu lassen (50), da durch die Eintragung in der Anwesenheitsliste Untersuchungen des Fiskus ausgelöst werden könnten, die zur Zeit viele Aktionäre davon abhielten, sich vertreten zu lassen.

(46) Zu den Namensaktionären beachte oben S. 96/97

(47) Ausnahmen s. o. S. 95 ff

(48) Vor allem von Art. 14 VO Nr. 185

(49) s. o. S. 94, Anm. 20

(50) Die Führung einer Anwesenheitsliste ist nicht gesetzlich vorgeschrieben, aber notwendig zur Überprüfung der gesetzlichen Begrenzung der Höchststimmzahl (Art. 76 LC); in diesem Sinne: van Ryn, Bd. 1, Nr. 700

Diese Ansicht wird von vielen Praktikern geteilt. Da die Anwesenheitslisten von den Finanzbehörden eingesehen werden können und bei außerordentlichen Hauptversammlungen sogar im "Moniteur Belge" veröffentlicht werden müssen (51), weigern sich nach ihrer Ansicht viele Aktionäre, dem Verwaltungsrat oder einer Bank eine Vollmacht zu erteilen. Denn das hätte für sie keinen Nutzen, sondern nur die Folge, daß sie ihr Einkommen, ihr Vermögen oder eine Erbschaft richtig deklarieren müßten.

Wie sehr diese Überlegungen viele Aktionäre beherrschen, wird auch daran evident, daß es üblich ist, daß viele der Aktionäre, die selbst zur Hauptversammlung kommen, nur den Teil der Aktien als ihren Besitz angeben, den sie für das Durchsetzen ihres Willens benötigen.

Der Wunsch vieler Aktionäre (52), nicht auf der Anwesenheitsliste aufgeführt zu werden, ist deshalb verständlich, weil sie, jedenfalls bis Ende des Jahres 1962, normalerweise an keiner anderen Stelle als Aktienbesitzer in Erscheinung traten. Selbst bei der Dividendenauszahlung erfuhren die Steuerbehörden den Namen eines Aktionärs, der einen Kupon einlöste, nicht. Die Finanzbehörden hatten nämlich nicht das Recht, von den Banken die Nennung der Namen der Dividendenempfänger zu verlangen (53). Folglich war ein Aktionär, der seine Dividende, abzüglich eines von den Banken für den Fiskus einzubehaltenden Betrages, der freilich nicht auf die entstandene Steuer (54) anzurechnen war, ohne Kenntnis des Finanzamts erhielt, sehr daran interessiert, seine Kapitaleinkünfte nicht durch seine Eintragung in die Anwesenheitsliste der Hauptversammlung zu offenbaren.

Da dieses System zu sehr zur Steuerhinterziehung reizte, wurde eine Reform angestrebt. Es ist bezeichnend, daß zur Zeit der Entstehung des neuen Gesetzes die Ansicht geäußert wurde, es sei unzweckmäßig, die mit der Kuponeinlösung befaßten Stellen zur Mitteilung der Namen der Dividendenempfänger zu verpflichten. Dies wurde damit begründet, daß durch solch eine Maßnahme der Sparer vom Kapitalmarkt vertrieben würde (55). Tatsächlich ist dann auch nach

(51) Art. 12 Abs. 2, Art. 10 Abs. 2, Art. 9 LC

(52) In Betracht kommen nur Inhaberaktionäre; die Namensaktionäre sind aus dem Aktienbuch erkennbar.

(53) Goblet, Les techniques de financement par actions et obligations aux Etats-Unis d'Amérique (Gembloux 1958), S. 470

(54) Zur Steuerpflichtigkeit dieses Einkommens siehe Bours, Commentaire sur la réforme fiscale-impôt des personnes physiques, herausgegeben durch Banque de Bruxelles (1963), S. 49. In Wirklichkeit kam dieser Steuerpflicht kaum ein Aktionär nach.

(55) Goblet, Les techniques de financement par actions et obligations ..., S. 470

der Reform des Einkommensteuerrechts im Jahre 1962 dem Aktionär folgende Wahl gelassen worden (56): Entweder er bleibt anonym; dann hat die Bank einen besonderen Abzug (*complément de précompte*) von der Dividende vorzunehmen und an den Fiskus abzuführen. Bei der Einkommensteuererklärung hat der Aktionär die empfangene Dividende trotzdem anzugeben (57). Das "*complément de précompte*" wird auf die Steuerschuld angerechnet. - Die andere Möglichkeit ist, daß der Aktionär der Bank seinen Namen nennt oder der Bank die Nennung seines Namens erlaubt. Dann teilt die Bank dem Finanzamt den Namen mit und behält das "*complément de précompte*" nicht ein.

Jedermann kann sich ausrechnen, ob es für ihn günstiger ist, seinen Namen anzugeben oder anonym zu bleiben (58). Manche Aktionäre werden vermutlich in Zukunft weniger Wert darauf legen, nicht auf den Anwesenheitslisten von Hauptversammlungen zu erscheinen, da der Fiskus sie schon von der Kuponeinlösung her kennt (59). Es wird aber gewiss noch einige Zeit vergehen, bis sich die alte Abneigung gegen die Anwesenheitslisten infolge der neuen Steuergesetzgebung verringert und bis diese Abneigung ihre Wirkung auf die Einstellung vieler Aktionäre verloren hat.

Bei Spekulationen über die Wirkung der neuen Steuergesetzgebung ist im übrigen zu bedenken, daß sich in der Einstellung der Aktionäre gegenüber dem Fiskus über die Absicht hinaus, Steuern zu umgehen, auch eine allgemeinere Haltung ausdrückt, nämlich ein ganz genereller Wunsch nach Anonymität. Belgische Aktionäre möchten oft auch der Gesellschaft selbst nicht bekannt sein, nicht weil sie irgendwelche Absichten verbergen wollten, sondern weil sie niemandem Einblick in ihre Vermögensverhältnisse gewähren wollen. Dies ist einer der Gründe für die Abneigung gegen die Namensaktie. Es ist sicher bei vielen Aktionären auch eine Ursache für den Wunsch, nicht vertreten zu werden.

(56) Ges. vom 20. 11. 1962 (Mon. 1. 12. 1962) und königliche Verordnung vom 2. 12. 1962, *relatif au complément de précompte mobilier* (Mon. 4.12. 1962)

(57) van Fraeyenhoven, *La réforme des impôts sur les revenus* (Brüssel 1963), Nr. 285

(58) Bours, *Commentaire sur la réforme fiscale*, S. 50 ff. errechnet - für die verschiedensten Zusammensetzungen der Portefeuilles - die Höhe des Gesamteinkommens, bis zu der es vorteilhafter ist, seinen Namen zu nennen, und von der an es vorzuziehen ist, das "*complément de précompte*" zu zahlen. Diese Ausführungen beleuchten übrigens auch recht deutlich die belgische Steuermoral. Unter diesem Gesichtspunkt ist für das "*complément de précompte*" die Bezeichnung "*prime de fraude*" geschaffen worden.

(59) Manche Aktionäre werden aber sicher auch später lieber anonym bleiben und ein für ihre Einkommenklasse zu hohes "*complément de précompte*" zahlen, um ihren Erben Erbschaftsteuer zu sparen.

3. Die Macht der Holdings und Gruppen

Die beiden bisher angeführten Gründe dafür, daß Aktionäre ohne Unternehmerinteressen in Belgien grundsätzlich unvertreten bleiben, sind vor allem technischer Natur: Denjenigen, die sich für die Stimmen des weit gestreuten Kapitals interessieren könnten, versagen Depotbanken und Aktionäre ihre Unterstützung. Hierzu kommt ein dritter Grund, der tiefer wurzelt und dessen Wirken deshalb schwerer nachweisbar ist.

Der Einfluß der Holdings und Gruppen (60) sowie der wenigen großen Familien ist in der belgischen Wirtschaft von eminenter Bedeutung. Zwei in jüngerer Zeit erschienene Veröffentlichungen, eine der "Fédération Générale du Travail de Belgique" (61) und eine des "Centre de recherche et d'information sociopolitiques" (62) haben aufschlußreiches, im wesentlichen übereinstimmendes Zahlenmaterial über die in Belgien einflußreichsten Wirtschaftskräfte gebracht. Nach einer von der "Fédération Générale du Travail" gefertigten Zusammenstellung (63) wurden im Jahre 1954 folgende Anteile der unten aufgezählten Wirtschaftszweige von zwölf Gruppen (davon stellt eine "Gruppe" die Zusammenfassung aller ausländischen Kapitalinhaber dar) kontrolliert (64):

<u>Wirtschaftszweig</u>	<u>kontrollierter Anteil</u>	
1. Banken (berechnet nach Höhe der Einlagen)	98	%
2. Versicherungen (nach eingenommenen Prämien)	61,5	%
3. Kohleförderung (nach Höhe der Produktion)	76	%
4. Elektrizitätserzeugung (nach Höhe der Produktion)	87,5	%
5. Transportgewerbe	79,5	%
6. Stahlerzeugung (nach Höhe der Produktion)	92	%
7. Metallerzeugung außer Stahl (nach Höhe der Produktion)		
	Kupfer:	90 %
	Zink:	78,5 %
8. Chemische Industrie, je nach Gegenstand	75-100	%

(60) Centre de recherche et d'information sociopolitiques, Morphologie des groupes financiers (Brüssel 1962), S. 31 zum Begriff der Gruppe:

" Die finanzielle oder industrielle Gruppe ist ein relativ neuer Begriff in der Wirtschaft; man kann die Gruppe als die Gesamtheit der Unternehmen definieren, unter denen irgendeine Verbindung besteht, die genügend stark und dauerhaft ist, um eine gewisse gemeinsame Wirtschaftspolitik zu erlauben, sei es auf dem Gebiet der Preise, der Produktion, der Investitionen, der Löhne usw." (Übersetzung)

(61) Holdings et Démocratie Economique (Lüttich, ohne Jahresangabe; nicht vor 1954)

(62) Morphologie des groupes financiers (Brüssel 1962)

(63) Holdings et Démocratie Economique, S. 179

(64) Zum Wesen dieser Kontrolle s. u. S. 104

Aufschlußreich ist auch eine Tabelle der "Fédération Générale du Travail" von den 100 nach ihren Aktiva größten Unternehmen (65). Danach werden von diesen Gesellschaften 95 durch bestimmte Gruppen kontrolliert:

<u>Kontrollierende Gruppe</u>	<u>Zahl der kontrollierten Unternehmen</u>
Société Générale	34
Gruppe de Launoit	10
Solvay-Janssen-Boel	5
Empain	5
ausländische Gruppen	11
...	.
... (kleinere Gruppen)	.
...	.
ausländische und belgische Gruppen gemeinsam	4
Summe der von bestimmten Gruppen kontrollierten Unternehmen	95

Diese Aufstellung wird bestätigt durch eine vom "Centre de recherche et d'information socio-politiques" angefertigte Tabelle. Danach werden von den 147 größten belgischen Unternehmen nur 5 als "privé" (wohl Familienunternehmen) und 4 als "indépendant" bezeichnet (66). Alle übrigen werden durch eine Gruppe kontrolliert. Die Gruppe der Société Générale beherrscht von diesen Unternehmen allein 27, gemeinsam mit anderen Gruppen weitere 24, zusammen also 51 Gesellschaften (67).

Die Kontrolle durch die Gruppen besteht darin, daß die wesentlichen, grundlegenden Entscheidungen, die eine Gesellschaft zu treffen hat, durch die Gruppe im Verwaltungsrat der betreffenden Gesellschaft entscheidend beeinflusst werden. Insbesondere auf finanziellem Gebiet macht die Gruppe ihren Einfluß geltend, "kontrolliert" sie, während sie die technischen und alltäglichen wirtschaftlichen Fragen der Entscheidung der "direction" überläßt (68). Möglich ist es den Gruppen, über die Verwaltungsräte das Schicksal nahezu aller bedeutenden Aktiengesellschaften zu bestimmen, weil es ihnen durch ihre Kapitalbeteiligung an diesen Gesellschaften und durch die finanzielle Abhängigkeit dieser Gesellschaften von den Gruppen und den zu ihnen gehörenden Banken gelungen ist, in erstaunlichem Maße Sitze in den Verwaltungsräten zu erobern (69).

(65) Holdings et Démocratie Economique, S. 181 ff.

(66) Morphologie, S. 438 ff.; es sind nur die Unternehmen berücksichtigt, die ihre Bilanz veröffentlichen.

(67) Der Börsenwert der Beteiligungen der Société Générale betrug unter Zugrundelegung der Kurse von Ende Juli 1961 rund FB 12 Milliarden ohne die afrikanischen Beteiligungen, die zusätzlich FB 2,37 Milliarden ausmachten (Centre de recherche et ..., Morphologie, S. 445, 446).

(68) Centre de recherche et ..., Morphologie, S. 403; zur Funktion der "Direction" s. o. S. 15/16

(69) Zur überwältigenden Zahl der Verwaltungsratsmandate in den Händen der Gruppen siehe Fédération Générale ..., Holdings et Démocratie Economique, S. 188

Nach den Berechnungen der "Fédération Générale" haben Vertreter der oben (70) erwähnten Gruppen in den hundert nach ihren Aktiva größten Unternehmen allein 71 Präsidentenposten inne (71).

Prozentual ist die Kapitalbeteiligung einer Gruppe an den von ihr kontrollierten Gesellschaften meist gering. In der Regel verfügen die Gruppen nur über eine Kapitalminderheit (72), die ihnen genügt, eine stabile relative Mehrheit in den Hauptversammlungen zu erreichen. Je weiter das Kapital gestreut ist, je mehr sich demnach der "absentéisme" der Publikumsaktionäre auswirken kann, desto geringer braucht die Höhe des Kapitals zu sein, das zum Erreichen der erforderlichen relativen Mehrheit notwendig ist. Ganz unzweifelhaft ist folglich die Indolenz der Aktionäre eine wesentliche Ursache für die nahezu unumschränkte Macht der Gruppen. Hätte man nämlich mit dem Erscheinen oder der Vertretung der Publikumsaktionäre auf den Hauptversammlungen zu rechnen, so müßten die Gruppen sich intensiver an einzelnen Unternehmen beteiligen, um sich in ihnen durchzusetzen. Sie müßten sich, da auch ihre finanziellen Mittel nicht unbeschränkt sind, auf die Kontrolle einer wesentlich geringeren Anzahl Gesellschaften beschränken.

Aus dem Umstand, daß die überwiegende Zahl der Publikumsgesellschaften mit einem geringen Prozentsatz des Aktienkapitals kontrolliert wird, könnte man den Schluß ziehen, daß es für außerhalb der Gruppen stehende Dritte interessant und relativ einfach sein müßte, Stimmen des Streubesitzes zusammenzufassen. Denn angesichts der Minderheitenherrschaft der Gruppen bedürfte es nicht allzuvieler Publikumsstimmen, um das Übergewicht in der Hauptversammlung zu erlangen. In Wirklichkeit wäre aber ein Versuch, auf diesem Wege eine Gesellschaft in die Hand zu bekommen, wegen der Übermacht der Gruppen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Auf die Hilfe der Depotbanken könnte ein Aktionärverein und jeder andere Dritte, der Kontakt mit den Publikumsaktionären aufnehmen wollte, schon aus den oben (73) genannten Gründen nicht rechnen. Hinzu kommt noch, daß die Depotbanken sich zwar infolge der Bemühungen der "Commission Bancaire" zu eigenverantwortlichen Unternehmen entwickelt haben (74), daß aber jede dieser Banken nach wie vor einer bestimmten Gruppe zugeordnet ist und daß sie sich deshalb unter keinen Umständen dazu bereit fände, einem Dritten zu Einfluß in der Hauptversammlung einer Gesellschaft zu verhelfen, die von der eigenen Gruppe kontrolliert wird.

Auch wenn es sich um ein zum Bereich einer anderen Gruppe gehörendes Unternehmen handelt, wird eine Bank einem Dritten keine Unterstützung zukommen lassen. Denn die Beziehungen zwischen den Gruppen sind allem Anschein nach gut. Seit einiger Zeit arbeiten sie sogar häufig zusammen (75). Keine Bank wird es

(70) S. 104 oben

(71) Holdings et Démocratie Economique, S. 188

(72) So auch Goblet, Les techniques de financement, S. 463

(73) s. o. S. 100

(74) s. o. S. 99

(75) Centre de recherche et ..., Morphologie, S. 410 ff.

riskieren, das friedliche Nebeneinander der Gruppen zu stören, indem sie einer anderen Gruppe durch die einem Dritten beim Beschaffen von Aktionärstimmen gewährte Hilfe, Unannehmlichkeiten bereitet. Es handelt sich hierbei um dasselbe Phänomen wie auf den Hauptversammlungen der großen deutschen Banken. Auch hier hätten es nämlich die Konkurrenzbanken in der Hand, einander auf ihren Hauptversammlungen größte Schwierigkeiten zu machen. Denn die Banken vertreten stets – das galt schon zur Zeit des Aktiengesetzes von 1937 (76) und wird sich vermutlich durch die Neuregelung in § 135 Abs. 1 S. 2 des Aktiengesetzes 1965 noch verstärken – ganz erhebliche Teile des Aktienkapitals auf der Hauptversammlung der mit ihnen konkurrierenden Banken. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß die Banken sich auf den Hauptversammlungen ihrer Konkurrenz ebenso zurückhalten wie auf den Hauptversammlungen von Gesellschaften, die im Interessenbereich einer Konkurrenzbank liegen (77).

Soweit es auf diesen Gründen beruht, daß die Banken nicht bereit sind, einem Dritten bei der Herstellung des Kontaktes zu den Publikumsaktionären behilflich zu sein, handelt es sich um eine typische Folge der Tatsache, daß fast ausnahmslos jede bedeutende Publikumsgesellschaft zu einer der wenigen Gruppen gehört, die sich in ihrem eigenen Interesse gegenseitig nicht unnötig stören wollen. Die starke Konzentration aller wirtschaftlichen Macht würde darüber hinaus einen Außenseiter, der mit den Publikumsstimmen, die er beispielsweise durch einen Aktionärsverein gesammelt haben könnte, Einfluß zu erlangen und das Schicksal einer Gesellschaft zu bestimmen suchte, vor die größten Schwierigkeiten stellen. Denn es ist ja mit einem Erfolg auf der Hauptversammlung noch nicht viel erreicht. Im alltäglichen Leben der Gesellschaft könnte sich die ursprünglich auch in der Hauptversammlung allein bestimmende Gruppe nämlich weitgehend ihren Einfluß erhalten, weil die betreffende Aktiengesellschaft durch ihr bisheriges Geschäftsleben in vielfältiger Weise mit der Gruppe, insbesondere mit der zu der Gruppe gehörenden Bank, verflochten ist. Es ist kaum vorstellbar, daß ein ehemals einer Gruppe fest angehörendes Unternehmen ohne größte Gefahren für seine wirtschaftliche Existenz durch einen Außenseiter, der sich in der Hauptversammlung allein durch die Stimmen des Streubesitzes durchsetzen konnte, aus seinen alten Bindungen gelöst werden kann.

Weiterhin führt die starke Konzentration wirtschaftlicher Macht wegen des Wunsches der Gruppen, sich gegenseitig möglichst wenig zu behelligen, auch dazu, daß eine Gruppe nicht daran interessiert sein kann, in den Interessenbereich einer anderen Gruppe einzudringen, indem sie bei den Publikumsaktionären Stimmrechtsvollmachten zu erlangen versucht, mit denen sie auf der Hauptversammlung ihre Ziele verfolgen könnte. Man würde miteinander nämlich nur einen auf die Dauer völlig unfruchtbaren Kleinkrieg zum Schaden aller Beteiligten führen. Gewiß ist diese Einsicht, die, wie soeben erwähnt, offensichtlich

(76) Busse, Das Depotstimmrecht der Banken in ihren eigenen Hauptversammlungen, NJW 1960, 1981 ff.

(77) Busse, Depotstimmrecht, S. 100

auch das Verhalten der deutschen Banken auf den Hauptversammlungen der Konkurrenzbanken bestimmt, der wesentliche Grund für das völlige Desinteresse der Gruppen an den Stimmrechten der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen.

Alle drei Gründe für das Fehlen einer Vertretung der Publikumsaktionäre – die Aufgabenverteilung unter die Banken, der Wunsch der Aktionäre anonym zu bleiben und die überragende Macht der Gruppen – wirken ineinander. Sie bewirken zusammen, daß es generell keine Vertretung des Aktienstreubesitzes gibt und daß es auch in einem besonders gelagerten Einzelfall kaum möglich ist, entgegen der Übung eine Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen zu erreichen.

§ 14 Reformbestrebungen

In den Vorschlägen zur Reform des Rechts der Aktiengesellschaft spielt die Regelung des Stimmrechts, der Vertretung der Aktionäre und überhaupt der Hauptversammlung nur eine untergeordnete Rolle.

Es ist zwar vereinzelt darum diskutiert worden, ob es vernünftig ist, die Hauptversammlung zu beleben, indem man beispielsweise den Zutritt zu ihr dadurch erleichtert, daß man von der vorherigen Sperrung der Aktien absieht (79), oder ob es sinnlos ist, den Versuch zu machen, der Hauptversammlung auf diese oder jene Weise neue Impulse zu geben (80). Es ist auch erörtert worden, ob sich das Funktionieren der Hauptversammlung nicht dadurch verbessern läßt, daß nur die Namensaktien mit einem Stimmrecht ausgestattet (81) oder die Namensaktionäre auf andere Weise bevorzugt werden (82). So könnten unter Umständen engere Beziehungen zwischen den Stimmberechtigten und der Gesellschaft hergestellt werden. Zur Verbesserung der Kontrolle durch die Hauptversammlung ist auch einmal vorgeschlagen worden, den Verwaltungsrat dann von der Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung auszuschließen, wenn er ein eigenes Interesse am Abstimmungsergebnis hat (83). Für eine organisierte Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen sind aber bisher nur Larcier und Jacobs – Havenith mit ihren oben (84) erwähnten Vorschlägen, die bis jetzt ohne jedes Echo geblieben sind, eingetreten. Das Problem der Vertretung des Aktienstreubesitzes steht in Belgien im Grunde gar nicht zur Diskussion.

- (79) Rapport Destenay (1935), wiedergegeben bei Piret, L'évolution de la législation belge sur les sociétés anonymes (Tournai-Paris 1946) S. 150; Larcier, La revue de la banque 1960, 283 (293)
- (80) van Ryn, Bd. 1, S. 382, Fußnote 3; Dabin, Annales de la Faculté de Droit de Liège 1959, 237 (249)
- (81) Vandeputte, in: Christelijke Werkgever, Dezember 1945, erwähnt bei Piret, Journal des Tribunaux 1947, 209; Frédéricq und van Houtte, R. P. S. 1940-1946, Nr. 3889 (S. 264); del Marmol, La revue nouvelle 1956, 29 (35)
- (82) Larcier, La revue de la banque 1960, 283 (285)
- (83) Rapport Destenay, wiedergegeben bei Piret, L'évolution de la législation belge, S. 150
- (84) s. o. S. 94, Anm. 20, 21

Zusammenstellungen von Reformprojekten (85), die besonders in der Zeit von 1930 - 1946 in großer Zahl vorgelegt worden sind, zeigen deutlich, daß man in Belgien nicht durch eine Reform des Rechts der Hauptversammlung, sondern auf ganz anderen Wegen versucht, das Funktionieren der Aktiengesellschaft zu verbessern. Die Bemühungen gehen nämlich dahin, die Kontrolle durch die Buchprüfer zu verstärken, die Publizität zu verbessern und dem einzelnen Aktionär eine Schadenersatzklage gegen den Verwaltungsrat im Namen der Gesellschaft ("action individuelle") zu geben.

Der einzige bedeutendere, jedoch nicht zum Gesetz gewordene, Regierungsentwurf zur Änderung der Gesetze über die Handelsgesellschaften vom 7. 6. 1939 (86) befaßt sich ebenfalls außer mit diesen Punkten nur mit der Vergütung des Verwaltungsrats. Weder in diesem Entwurf noch in der Stellungnahme des "Centre d'Etude des Sociétés" (87) zu dem Entwurf ist der geringste Vorschlag zur Regelung des Stimmrechts in der Hauptversammlung enthalten.

Zur Zeit wird in einer Kommission ein neuer Entwurf für ein Gesetz über die Handelsgesellschaften erstellt. Nach Auskünften mehrerer Mitglieder dieser Kommission ist mit Sicherheit mit keiner wesentlichen Änderung des Stimmrechts in der Hauptversammlung zu rechnen. Es ist keine Organisation der Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen geplant. Man wird nicht versuchen, die Hauptversammlung auf irgendeine Weise wiederzubeleben. Die Gesellschaften sollen statt dessen zu größerer Publizität gezwungen werden. Dadurch soll eine bessere Kontrolle der Verwaltung von außen her ermöglicht werden.

§ 15 Schlußbemerkung

Von Bedeutung ist das belgische Beispiel, weil an ihm deutlich wird, daß die Vertretung der Publikumsaktionäre keine Selbstverständlichkeit ist, und weil sich an ihm darstellen läßt, welche Umstände eine Vertretung des Streubesitzes hemmen, wenn nicht gar ausschließen.

Die Möglichkeiten einer Vertretung der Publikumsaktionäre werden einmal von gewissen technischen Voraussetzungen bestimmt: Entweder muß die Namensaktie das Anlagepapier des breiten Publikums sein, so daß es möglich ist, die Aktionäre direkt von der Gesellschaft her zu erreichen. Oder, falls die Inhaberaktie der dominierende Aktientyp ist, müssen die Banken so organisiert sein, daß sie geeignet und gewillt sind, für sich oder andere Stimmrechtsvollmachten zu sammeln.

(85) Centre d'Etudes des Sociétés, Heft Nr. 5: Le projet de loi du 7 juin 1939 modifiant les lois sur les sociétés commerciales (Brüssel-Paris 1939), S. 207 ff.

(86) Wiedergegeben in: Centre d'Etudes des Sociétés, Heft Nr. 5

(87) Centre d'Etudes des Sociétés, Heft Nr. 5

Des weiteren können psychologische Gründe von entscheidender Bedeutung sein: Wenn die Aktionäre eine starke Abneigung dagegen haben, Dritten Einblick in ihre Vermögensverhältnisse zu geben, oder fürchten, als Teilnehmer einer Hauptversammlung dem Staat ihre Kapitaleinkünfte und den Umfang ihres Vermögens zu offenbaren, muß man damit rechnen, daß sie ohne eigenes Interesse einem Dritten nur widerwillig eine Stimmrechtsvollmacht erteilen. Das gilt jedenfalls dann, wenn ihre Aktionärs-eigenschaft erst durch eine Vertretung auf der Hauptversammlung offenbar wird.

Endlich ist vor allem die Kapitalverteilung und die finanzielle Kontrolle, der die Unternehmen ausgesetzt sind, von großer Wichtigkeit; Wenn feste Herrschaftsverhältnisse durch wenigstens stabile Minderheitsbeteiligungen und starke finanzielle Kontrolle bestehen und die in der Wirtschaft einflußreichen Kräfte sich zu arrangieren suchen, besteht jedenfalls für diese Gruppen wenig Anlaß, sich um eine Vertretung der Aktionäre ohne Unternehmerinteressen zu bemühen. Für Außenseiter entfällt ein Interesse hieran, da sie auch auf diese Weise keinen Einfluß ausüben könnten.

4. Kapitel: Die Vertretung der deutschen Publikumsaktionäre in französischen und belgischen Gesellschaften (1)

§ 16 Frankreich

Hinsichtlich der Vertretung deutscher Aktionäre französischer Gesellschaften verhalten sich die deutschen Banken grundsätzlich genauso wie französische Bankunternehmen. Das heißt, daß sie weder als Vertreter ihrer Klientel auf den Hauptversammlungen französischer Gesellschaften auftreten noch in anderer Weise aus eigener Initiative etwas für die Vertretung dieser Aktionäre unternehmen. Das hat seinen Grund einmal darin, daß die deutschen Banken sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, gegen Usancen der französischen Aktienrechtspraxis zu verstoßen, und zum anderen darin, daß für ein deutsches Bankinstitut kaum jemals ein Interesse an der Ausübung der Depotstimmen besteht, da sich nur sehr geringe Kapitalanteile an französischen Gesellschaften in Händen deutscher Kleinaktionäre oder anderer Aktionäre ohne Unternehmerinteressen befinden.

Häufig bemühen sich aber die mit dem Beschaffen von Blankovollmachten beauftragten französischen Banken auch um die Stimmrechte der deutschen Aktionäre. Hier kommt es nun darauf an, ob die Aktienurkunden in Frankreich oder Deutschland verwahrt werden. Sofern sie in Deutschland im Depot liegen – das ist in der Regel nur dann der Fall, wenn sie in Deutschland zum Börsenhandel zugelassen sind –, so werden deren Inhaber im Prinzip wie französische Aktionäre auf der Hauptversammlung vertreten. Der Kontakt zu den Aktionären wird, wie wenn sie in Frankreich wohnten, dadurch hergestellt, daß der "chef de file" sich im Auftrage der betreffenden Aktiengesellschaft an die deutschen Banken wendet, deren Kundschaft vermutlich Aktien dieser Gesellschaft innehat.

Das um seine Mitwirkung gebetene deutsche Bankhaus wird allerdings häufig gar nicht erst tätig, weil ihm die Bitte, sich um Vollmachten zu bemühen, oft erst so spät zugeht, daß ihm nicht genügend Zeit bleibt, die benötigten Vollmachtsformulare in Frankreich anzufordern, ein Begleitschreiben an ihre Depotkunden zu verfassen und rechtzeitig die eingegangenen Vollmachten abzuliefern. Schon aus diesem Grunde bleibt der Großteil der deutschen Aktionäre französischer Gesellschaften, deren Papiere in Deutschland verwahrt werden, unvertreten.

Auch wenn die Bank der Bitte nachkommt und sich um Stimmrechtsvollmachten bemüht, wendet sie sich gewöhnlich nur an die Aktionäre, die eine größere Anzahl der betreffenden Aktien besitzen oder deren Interesse an der Gesellschaft aus anderen Gründen vermutet wird. Sie benutzt dann die vorher von der französischen Bank beschafften Vollmachtsformulare, wie sie auch in Frankreich verwendet werden. Erfahrungsgemäß schicken daraufhin etwa 50 % der angesprochenen Aktionäre das Formular blanko unterschrieben zurück; sie bestimmen also, wie die französischen Aktionäre, keinen Bevollmächtigten. Die von

(1) Die folgenden Ausführungen beruhen auf Auskünften von Vertretern zweier deutscher Großbanken.

der Kundschaft eingegangenen Blankovollmachten werden der französischen Bank, die um die Mitarbeit gebeten hatte, zugeschickt, nachdem sie von der deutschen Bank mit einem Vermerk versehen worden sind, der dem "avis d'immobilisation" entspricht. Nach Beendigung ihrer Tätigkeit erhält die deutsche Bank eine Provision wie jede französische Domizilbank.

Da sich Aktien französischer Gesellschaften bisher nur in geringem Umfang in deutschem Publikumsbesitz befinden, und wegen der erwähnten technischen Schwierigkeiten der häufig in Zeitdruck geratenden deutschen Banken, sind die auf diesem Wege beschafften Blankovollmachten deutscher Aktionäre ohne nennenswerte Bedeutung für die Hauptversammlungen französischer Gesellschaften (2). Für eine deutsche Bank hat die Mitwirkung bei dem Einsammeln der Vollmachten nur deshalb einen gewissen Reiz, weil sie sich auf diese Weise für andere, wirtschaftlich interessante Geschäfte als Partner empfehlen kann.

Das bisher Gesagte gilt nur für die Vertretung der Aktionäre, deren Papiere in Deutschland verwahrt werden. Ein großer Teil der Aktienurkunden, die deutschen Aktionären französischer Gesellschaften gehören, liegt freilich in Frankreich im Depot, weil es zu umständlich, zeitraubend und kostspielig wäre, an einer französischen Börse erworbene Aktien nach Deutschland auszuliefern, und weil eine später vielleicht einmal notwendig werdende schnelle Veräußerung der Stücke unmöglich wäre. In Frankreich werden nun aber die Papiere in der Regel nicht in Einzeldepots für die verschiedenen deutschen Aktionäre verwahrt, weil die französischen Banken sich meist weigern, Aktiendepots für im Ausland wohnende Ausländer zu führen. Es machen vielmehr die deutschen Banken von der in § 22 Abs. 1 Satz 1 des deutschen Depotgesetzes gegebenen Möglichkeit Gebrauch: Sie übertragen ihren deutschen Kunden nicht die für sie erworbenen, im Ausland verbleibenden Aktien, sondern lassen sie für sich selbst bei einer französischen Bank verwahren. Diese Aktien werden als "Deckungsbestände" bezeichnet und dienen als Deckung für die gegen die deutsche Bank gerichteten Ansprüche ihrer Kunden auf Übereignung der gekauften Aktien. Auf diese Weise werden fast alle, deutschen Aktionären gehörenden, sich im Ausland befindenden Aktien französischer Gesellschaften verwahrt. Investmenttrusts und kleinere Banken halten ihre Deckungsbestände über eine der deutschen Großbanken.

Liegt der soeben beschriebene Fall vor, so werden die deutschen Banken, die die Depots unterhalten, oft wie jeder andere Depotkunde von der das Depot führenden Bank im Auftrag des Verwaltungsrats der betreffenden Gesellschaft um eine Vollmacht gebeten. Tritt dieser Fall ein, so verhalten sich die einzelnen deutschen Großbanken verschieden.

-
- (2) Nur sehr selten gelingt es einer der deutschen Großbanken, für die Hauptversammlung einer bedeutenden französischen Gesellschaft Blankovollmachten zur Vertretung von insgesamt FF 500 000 Aktienkapital zu beschaffen.

Eine der bedeutendsten Großbanken schickt meist der ausländischen Bank eine Blankovollmacht zur Vertretung der auf ihren Namen für ihre Kundschaft unterhaltenen Deckungsbestände. Sie hält sich dazu für berechtigt, weil sie die Aktien nicht auf ihre Auftraggeber übertragen hat. Um sich abzusichern, hat sie außerdem das von ihr benutzte allgemeine Formular, das sie zur Stimmrechtsausübung aller Papiere des Kunden, die sich bei ihr im Depot befinden, berechtigt, so abgefaßt, daß auch nur für den Aktionär "verbuchte" Aktien erfaßt werden. Ein entsprechender Hinweis befindet sich außerdem in dem jährlich mit dem Stimmrechtsformular an die Depotkunden versandten Schreiben.

Eine andere Großbank, in deren Formularen entsprechende Hinweise fehlen, hält sich ihrer Kundschaft gegenüber nicht für berechtigt, eine Vollmacht zur Vertretung der Deckungsbestände zu erteilen. Sie hält ihre Kunden für die eigentlichen Aktionäre und verhält sich deshalb in diesem Fall genauso wie dann, wenn sich die Aktien im Inland, also bei ihr selbst im Depot befinden.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die Vertretung deutscher Publikumsaktionäre weder dann, wenn die Papiere in Deutschland verwahrt werden, noch dann, wenn sie sich in Frankreich für eine deutsche Bank im Depot befinden, in den Hauptversammlungen französischer Gesellschaften ins Gewicht fällt.

§ 17 Belgien

Für die Verwahrung der Aktien belgischer Gesellschaften, die deutschen Aktionären gehören, und die Vertretung dieser Aktionäre durch deutsche Banken gilt das für Frankreich Gesagte entsprechend.

Da in Belgien selbst grundsätzlich niemand die Initiative zur Vertretung belgischer Publikumsaktionäre und anderer Aktionäre ohne Unternehmerinteressen ergreift, bleiben diese Aktionäre, auch wenn es sich um Deutsche handelt, auf den Hauptversammlungen belgischer Gesellschaften ebenfalls unvertreten.

Literaturverzeichnis

1. Literatur zum französischen Recht

- Amiaud L'évolution du droit des sociétés par actions, in: Le droit privé français au milieu du XXe siècle, Etudes offertes à Georges Ripert, Bd. 2 (Paris 1950), S. 287.
- Bailly Défense des actionnaires et finance minière (Nancy 1930).
- Bastian J. C. P. 1947. II, Nr. 3518 (Anm.).
J. C. P. 1950. II, Nr. 5694 (Anm.).
J. C. P. 1954. II, Nr. 8049 (Anm.).
- Baudouin-Bugnet Das Recht der französischen Aktiengesellschaften, Ausländische Aktiengesetze Bd. 4 (Berlin und Frankfurt 1959).
- Berr L'exercice du pouvoir dans les sociétés commerciales, gérance et administration des sociétés commerciales (Paris 1961).
- Boulle Précis de technique bancaire, 2. Aufl. (Paris 1953).
- Chéron D. P. 1926. I, 17 (Anm.).
- Commission de Réforme du Code de Commerce et du Droit des Sociétés Travaux (Paris 1951-58).
- Commission Pleven (Commission chargée de l'examen du projet de réforme du droit des sociétés) Rapport, projet et avant-projet gouvernemental (hektografiert).
- Copper-Royer Traité des sociétés anonymes, 4. Aufl. (Paris 1931).
- Cordonnier L'usage des pouvoirs en blanc dans les assemblées d'actionnaires, J. soc. 1934, 417.
Anmerkungen zum Gesetz vom 13. 11. 1933, D. P. 1934. IV, S. 41.

- L'actionnaire peut-il céder son droit de vote? J. soc. 1927, 5.
- Dalsace L'actionnaire et l'assemblée générale de la société anonyme, Revue des sociétés 1960, 258.
D. 1960, 454 (Anm.).
- Dauthy Rapport au Sénat, in: Impressions du Sénat 1930, Nr. 621.
- David Le caractère social du droit de vote, J. soc. 1929, 401.
La réforme de la législation des sociétés par actions d'après les enseignements du droit comparé, Rev. gén. dr. comp., 1941, 501.
- Decugis La suppression des actions à vote plural et ses conséquences, J. soc. 1930, 481.
- Douarec Rapport fait au nom de la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi (n. 1003) sur les sociétés commerciales, J. O., Documents de l'Assemblée Nationale, Annex 1368 (14 sept. 1965).
- Encyclopédie Dalloz Droit Commercial III: Sociétés (Paris 1958); mit Ergänzungslieferungen.
- Jean et Edouard Escarra et Rault Principes de droit commercial, Bd. 6 (Paris 1937).
- Ferronnière Les opérations de banque, 2. Aufl. (Paris 1958).
- Feuilhade de Chauvin Une grande banque de dépôt: Le Crédit Lyonnais; in: Les éditions de l'épargne Paris, ohne Jahresangabe).
- Freyria Etude de la jurisprudence sur les conventions portant atteinte à la liberté du vote dans les sociétés, Revue trimestrielle de droit commercial 1951, 419.
- Gaillard La société anonyme de demain, 2. Aufl. (Paris, ohne Jahresangabe).

Goré	D. 1958, 135 (Anm.).
Gounot	Actionnaires et conseils d'administration (Lyon, ohne Jahresangabe).
Goyet, Rousselet et Patin	Droit pénal spécial (Paris 1958).
Guimont	Les remèdes proposés contre l'absentéisme des actionnaires aux assemblées générales (Diss. Paris 1932).
Hamel	Les problèmes contemporains de la société par actions, Banque 1951, 329. Rapport aux journées de droit francolatino-américains, Rev. int. dr. comp. 1951, 677.
Hamel et Lagarde	Traité de droit commercial (Paris 1954).
H. B.	J. soc. 1940, 105 (Anm.).
Heinsius	Die Vertretung bei der Ausübung des Stimmrechts aus Aktien nach dem Recht der wichtigsten westeuropäischen Länder im Vergleich zu den deutschen Vorschriften, Betriebsberater 1962, 1267.
Hepp	Beitrag zur Diskussion des Berichts von Vienot, Bulletin de la société d'études législatives 1936, 252.
Heurteux	L'information des actionnaires et des épargnants en droit français et comparé (Paris 1961).
Houpin et Bosvieux	Traité général théorique et pratique des sociétés civiles et commerciales et des associations, 7. Aufl. (Paris 1936/37).
Institut Dourdain	Les français veulent épargner, mais méconnaissent les placements, La vie française 27 sept. 1957.
Jauffret	Les pouvoirs respectifs des administrateurs et des assemblées dans les sociétés par actions, Rev. int. dr. comp. 1957, 269.
Joly	Dictionnaire du droit des sociétés anonymes et en commandite par actions (Paris, Stand 30. 9. 1962).
Jurisqueleur	Jurisqueleur commercial: Banque et Bourse. Jurisqueleur des sociétés.
Leblond	La limitation des voix dans les assemblées générales, J. soc. 1956, 5.

Lecouturier	Manuel pratique des assemblées d'actionnaires, 4. Aufl. (Paris 1910).
Lesaché	Rapport au nom de la commission de législation civile et criminelle, in: Impressions du Sénat 1932, Nr. 826.
Letelier	Le droit de vote de l'actionnaire (Diss. Paris 1942).
Lyon-Caen	S. 1925. 1. 241 (Anm.).
Lyon-Caen et Renault	Traité de droit commercial, 5. Aufl.
Maguet	Utilisation de pouvoirs permanents; suppression partielle des dépôts des titres au porteur, Journal des notaires et des avocats 1939, 209.
Michel	De la cession du droit de vote attaché aux actions, Recueil juridique des sociétés 1926, 80.
Moliérac	Manuel des sociétés, Bd. 2; Capitaux (Paris 1959).
Molle	Rapport fait au nom de la Commission des Lois constitutionnelles, de Législation, du Suffrage universel, du Règlement et d'Administration générale, sur le projet de loi, adopté par l'Assemblée Nationale, sur les sociétés commerciales, Sénat, première session ordinaire de 1965-1966 Nr. 81.
Moreau	La société anonyme, traité pratique, 2. Aufl. (Paris 1955).
Moreau-Néret	Les valeurs françaises depuis 1940 (1957)
Mutignon	La représentation des actionnaires (Diss. Paris 1962).
Ngo Ba Thanh	Les rapports entre l'assemblée générale et le conseil d'administration de la société anonyme moderne (droit français et comparé) (Diss. Paris 1960).

- Percerou
Lois actuelles et projets récents en matière de sociétés par actions (Diss. Paris 1932).
- Perroud
La condition de l'actionnaire, in: Le droit privé français au milieu du XXe siècle, Etudes offertes à Georges Ripert, Bd. 2 (Paris 1950), S. 319.
- Pinoteau
Législation pénale en matière économique et financière (Paris 1959).
- Planiol et Ripert
Traité pratique de droit civil français, 2. Aufl., Bd. 11 (Paris 1954); contrats civils, 2. Teil: le mandat von Savatier.
- Polti
Psychologie de l'actionnaire, in: La revue des deux mondes, 1958, Mai-Juni, S. 294.
Synthèse des grandes assemblées d'actionnaires de 1952, in: Revue politique des idées et des institutions 1952, S. 424.
- Rault
Les certificats pétroliers, Revue trimestrielle de droit commercial 1957, 843.
- Rebotier
Les participations bancaires à l'industrie (Paris 1935).
- Rengade
Les assemblées générales ordinaires des sociétés anonymes (1942).
Les pouvoirs en blanc pour les assemblées générales d'actionnaires, Droit des sociétés 1955, Nr. 4, S. 2.
- Riou
La protection pénale du droit de vote des actionnaires, in: Le droit pénal spécial des sociétés anonymes, études de droit commercial, herausgegeben unter der Leitung von Hamel (Paris 1955), S. 325.
- Ripert
Aspects juridiques du capitalisme moderne, 2. Aufl. (Paris 1951).
in: "Interventions" zu Berichten über "Les pouvoirs respectifs des administrateurs et des assemblées dans les sociétés par actions", Rev. int. dr. comp. 1957, 291.

- Ripert et Roblot Traité élémentaire de droit commercial,
5. Aufl., Bd. 1 (Paris 1963).
- Rodière Les mentions de la feuille de présence,
D. 1961, 67.
D. 1961, 616 (Anm.).
- Savatier siehe "Planiol et Ripert".
- Solus La réforme du droit des sociétés par les
décrets-lois de 1935 et 1937 (Paris 1938).
- Terrel et Lejeune Traité des opérations commerciales de
banque, 8. Aufl. (Paris 1951).
- Thaller D.P. 1893. 1. 108 (Anm.).
D. 1898. 1. 65 (Anm.).
- Thaller et Percerou Traité élémentaire de droit commercial,
8. Aufl. (Paris 1931).
- Troullier Beitrag zur Diskussion des Berichts von
Vienot, Bulletin de la société d'études
législatives 1936, 252.
- Tunc Les conventions relatives au droit de vote,
Revue générale de droit commercial 1942,
97.
L'effacement des organes légaux de la
société anonyme, D. 1952 chr., S. 73.
Le rôle de l'actionnaire dans la société
anonyme et les enseignements du droit
américain, in: Travaux et Conférences VII
(Brüssel 1959), S. 5, herausgegeben von:
Université libre de Bruxelles, faculté de
droit.
- Vanhaecke Les groupes de sociétés (Paris 1959).
- Vienot Rapport fait au nom de la Commission
chargée d'étudier la question de l'usage
des pouvoirs en blanc dans les assemblées
d'actionnaires, Bulletin de la société
d'études législatives 1934, S. 338.
Diskussion des Berichts Vienot, Bulletin
de la société d'études législatives 1936,
S. 252.

Vigreux	Les droits des actionnaires dans les sociétés anonymes (Paris 1953).
Voirin	Les pouvoirs permanents souscrits par les actionnaires à l'effet de se faire représenter aux assemblées générales, D.H. 1931 chr. S. 49.
Wahl	Des mandataires aux assemblées générales dans les sociétés par actions, J. soc. 1905, S. 97, 145 und 193.
Widmer	Die Entwicklung des französischen Handelsbankwesens nach dem zweiten Weltkrieg (Diss. St. Gallen 1956).

2. Literatur zum belgischen Recht

Bagniet	La réglementation du droit de vote dans les sociétés anonymes; commentaire de l'arrêté royal du 31 octobre 1934 (Brüssel 1935). La réforme du régime légal des sociétés anonymes, Journal des tribunaux 1947, 581.
Bours	Commentaire sur la réforme fiscale -impôt des personnes physiques (Brüssel 1963), herausgegeben von Banque de Bruxelles.
Cayphas	Les abus de la majorité dans les sociétés, Revue pratique du notariat belge 1956, S. 389.
Centre de recherche et d'information socio-politiques	Morphologie des groupes financiers (Brüssel 1962).
Centre d'étude des sociétés	Heft 5: Le projet de loi du 7 juin 1939 modifiant les lois sur les sociétés commerciales (Brüssel-Paris 1939).
Commission Bancaire	"1935-1960" (Brüssel 1960).
Dabin	Le droit des sociétés anonymes et la conception contractuelle, in: Annales de la faculté de droit de Liège 1959, 237. Das belgische Aktienrecht, Ausländische Aktiengesetze Bd. 9 (Berlin und Frankfurt 1964).

Demeur

La délégation du droit de vote aux assemblées générales des sociétés anonymes, R.P.S. 1938, Nr. 3701.

La notion du capital exprimé en relation avec le droit de vote de l'actionnaire, R.P.S. 1952, Nr. 4272.

Fédération Générale du Travail de Belgique

Holdings et démocratie économique (Lüttich ohne Jahresangabe).

van Fraeyenhoven

La réforme des impôts sur les revenus, commentaire de la loi du 20 novembre 1962 (Brüssel 1963).

Frédéricq

Traité de droit commercial belge, Bd. 4 und 5 (Gent 1950): Les sociétés commerciales en droit belge.

Frédéricq et van Houtte

Etude sur la réforme du statut légal des sociétés anonymes suivie d'un avant-projet de loi, R.P.S. 1940-1946, Nr. 3889.

Goblet

Les techniques de financement par actions et obligations aux Etats-Unis d'Amérique (Gembloux 1958).

Larcier

Pour un meilleur fonctionnement de la société anonyme, La revue de la banque 1960, 283.

del Marmol

De la société anonyme, abstraction capitaliste, à l'entreprise libre, communauté d'hommes, in: La revue nouvelle 1956, 29.

Namur

Le code de commerce belge, 2. Aufl. (1884)

Piret

L'évolution de la législation belge sur les sociétés anonymes (Tournai-Paris 1946)

La réforme de la loi sur les sociétés anonymes-retrospective- Journal des tribunaux 1947, 209.

Ponlot

Le statut légal des banques et le contrôle des émissions de titres et valeurs (Court-St.-Etienne 1958).

Répertoire

Répertoire pratique du droit belge, Bd. 1: "Sociétés" (Brüssel-Paris 1951).

- Fischer Das Depotstimmrecht der Banken und die Reform des Aktiengesetzes, Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1958, 28.
- Flume Grundfragen der Aktienrechtsreform (Düsseldorf 1960).
- Gadow-Heinichen Aktiengesetz, 2. Aufl. (Berlin 1961/65).
- Gieseke Das Aktienstimmrecht der Banken, in: Gesellschaftsrechtliche Abhandlungen 1926 Heft 2.
- Grussendorf Rechtsfragen bei der Privatisierung des Volkswagenwerks, Die Aktiengesellschaft 1960, 79.
Soll bei großen Aktiengesellschaften eine Vertreterversammlung eingeführt werden? Die Aktiengesellschaft 1961, 275.
- Hallstein Die Aktiengesetze der Gegenwart, Gesetz und Entwürfe in rechtsvergleichender Darstellung (Berlin 1931).
- Heinsius Die Vertretung bei der Ausübung des Stimmrechts nach amerikanischem Aktienrecht (proxy-System), Der Betriebsberater 1962, 824.
- Klose Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes in der Sicht des Vorstandes der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Die Aktiengesellschaft 1959, 85.
- Klug Die Neuordnung des Bankenstimmrechts, in: Festschrift für Walter Schmidt (Berlin 1959), S. 39.
- Linhardt Wider das Depotstimmrecht der Banken, Die Aktiengesellschaft 1958, 169.
- Lutter Das Recht der belgischen Aktiengesellschaft, Die Aktiengesellschaft, Sonderbeilage 1/64.
- Meilicke Das Minderheitenproblem im Aktienrecht, in: Dynamische Betriebsführung, Vorträge des 12. Deutschen Betriebswirtschaftertages (1959), S. 204-220.

Möhring	Die Ausübung des Stimmrechts durch Kreditinstitute im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: Beiträge zur Aktienrechtsreform, herausgegeben von Hengeler (Heidelberg 1959), S. 86. Das Bankstimmrecht im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Betriebsberater 1958, 1177.
Muthesius	Überfordertes Aktienrecht, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1958, 947.
N. N.	Um das Depotstimmrecht, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1958, 908.
Pleyer	Die personellen Verbindungen im Aktienrecht, Die Aktiengesellschaft 1961, 205.
Pohle	Zur Neuordnung des Aktienrechts, Die Aktiengesellschaft 1959, 117.
Püttner	Das Depotstimmrecht der Banken, Berliner juristische Abhandlungen Bd. 7 (Berlin 1963).
Rasch	Richtige und falsche Wege der Aktienrechtsreform (Karlsruhe 1960).
Schäffer	Die Aktienrechtsreform und ihre Probleme, Betriebsberater 1958, 1253.
Schilling	Das Depotstimmrecht der Banken in der eigenen Hauptversammlung, NJW 1961, 486.
Seidel	Das Depotstimmrecht der Banken, VWB-Schriftenreihe Bd. 1 (Düsseldorf 1961).
Strauss	Die Rechtsstellung des Aktionärs, in: Marburger Aussprache zur Aktienrechtsreform (Marburg 1959).
Vallenthin	Die Ausübung von Aktionärsstimmrechten durch Banken, Die Aktiengesellschaft 1958, 204. Die Stimmrechtsausübung durch Banken (sogenanntes Depotstimmrecht), Die Aktiengesellschaft 1959, 149.
Wiethölter	Interessen und Organisation der Aktiengesellschaft im amerikanischen und deutschen Recht (Karlsruhe 1961).

Lebenslauf

Ich bin als Sohn des Diplom-Ingenieurs Erwin Werner und dessen Ehefrau Gertrud, geb. Benz, am 31. 10. 1936 in Berlin geboren. Nach dem Besuch des altsprachlichen Gymnasiums habe ich die Rechtswissenschaften in München und Freiburg studiert. Meine Referendarzeit habe ich im April 1965 in Mainz mit der großen juristischen Staatsprüfung beendet. Seit dem Sommer 1965 bin ich als Rechtsanwalt bei den Landgerichten Mannheim und Heidelberg zugelassen.

THE STATE OF NEW YORK
IN SENATE
January 21, 1894.
REPORT
OF THE
COMMISSIONERS OF THE LAND OFFICE
IN RESPONSE TO A RESOLUTION
PASSED BY THE SENATE
MAY 1, 1893.
ALBANY: J. B. LIPPINCOTT & CO. PRINTERS.
1894.

